

26

Bonn, Donnerstag 17. April 1969

Sprecher: Amrehn, Brauksiepe, Dufhues, Filbinger, Gradl, Hahn, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lücke, [Rathke], Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarzhaupt, Stoltenberg, Streibl.

Bericht zur Lage. Gesetzgebungsarbeit für den Rest der Legislaturperiode. Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Parteivorstands. Es sind entschuldigt die Herren Barzel, Blank, Professor Erhard, von Hassel, Meyers, Lemmer, Niermann und Röder und Stingl. Wir haben eine Menge zu besprechen. Ich soll einen Bericht zur Lage geben. Ich will es so kurz wie möglich machen.

BERICHT ZUR LAGE

Zur außenpolitischen Situation! Sie wissen, ich war in den Vereinigten Staaten bei der Trauerfeier für Eisenhower und hatte bei dieser Gelegenheit eine Unterhaltung mit Präsident Nixon. Dieser Unterhaltung war ein Schriftwechsel mit ihm vorausgegangen, in dem er bat, daß er vertraulich behandelt würde.¹ Wir hatten bei seinem Besuch in Bonn und in Berlin Gelegenheit, unsere politischen Auffassungen miteinander zu vergleichen. Mein Eindruck auch nach der halbstündigen Unterhaltung mit ihm in Washington war der – er hatte an diesem Tage einen Marathonlauf von Unterhaltungen mit einer Reihe von Regierungschefs; ich habe diese Unterhaltungen ergänzt durch ein Gespräch mit Kissinger, den ich seit langem kenne –, daß dieser Präsident derjenige amerikanische Politiker ist, der seit Dulles zum erstenmal wieder etwa, wenn auch unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse, in den Kategorien von Dulles denkt; d. h. ein Mann, der sich keine Illusion über den Osten macht und der fest davon überzeugt ist, daß jede ernsthafte Verhandlung mit den Russen nur geschehen kann unter der Voraussetzung eines kohärenten soliden Bündnisses. Er hat mir auch klargemacht, daß er in diesem Zusammenhang das deutsch-amerikanische Verhältnis für entscheidend hält. Das bedingt natürlich, daß er von uns einiges erwartet und daß von amerikanischer Seite das Nötige geschieht, d. h., daß die Tendenzen zur Verminderung der Truppen-

¹ Nixon führte am 31. März und 1. April 1969 am Rande der Beisetzungsfestlichkeiten für Dwight D. Eisenhower Gespräche mit ausländischen Staats- und Regierungschefs. Vgl. AdG 1969 S. 14548. – Gesprächsaufzeichnungen vom Nixon-Besuch am 26. Februar 1969 in AAPD 1969 Nr. 79–81; Nixon an Kiesinger vom 4. Februar 1969 in ACDP 01–226–285.

stärke hier bekämpft werden. Er erwartet, daß wir erstens die konventionelle Truppenstärke mindestens halten, wenn nicht vermehren, zweitens er erwartet von uns ein klares Abkommen, das sowohl dem Inhalt nach als auch der Zeitdauer nach einigermaßen den amerikanischen Vorstellungen nahekommt. Ich will jetzt auf diese Einzelheiten nicht eingehen. Er hatte in seiner Rede vor dem NATO-Rat ausdrücklich gesagt, es habe keinen Zweck, von Flexibilität zu reden, wenn man gleichzeitig die konventionellen Streitkräfte verringere.²

Der zweite Eindruck von dem Mann ist, daß er sein Versprechen, das er in der denkbar feierlichsten und nachdrücklichsten Form auch in seiner Rede vor dem NATO-Rat wiederholt hat, zu konsultieren und nichts über die Köpfe der Verbündeten hinweg zu tun, um eine Erosion des Bündnisses zu vermeiden, ganz ernst meint. Es gibt keine feierlichere und nachdrücklichere Stelle in seiner Rede, und er ist bei jeder Unterhaltung mit mir darauf zurückgekommen. Er hat – das hat mir hier der amerikanische Geschäftsträger sagen lassen – die amerikanischen Botschaften angewiesen, unter allen Umständen von jedem Versuch eines Druckes auf die Verbündeten in Fragen, die Amerika interessieren, abzusehen. Deswegen gibt es z. B. auch keinen Druck in Fragen des Atomsperrvertrages. Es gibt einen harten Standpunkt – das kann ich nicht leugnen – in Fragen Offset³, aber ich bin ja seit langem der Meinung, daß hier der amerikanische Standpunkt sehr wohl verständlich ist. Ich brauche das im einzelnen hier nicht auszuführen. Ich bin immer noch der Meinung, daß dies noch die billigste Art von Verteidigung ist, die wir hier schaffen.

Der weitere Eindruck ist der eines abwägenden, sehr vorsichtigen und sich vortastenden Mannes. Das ist der Gegensatz zu seinem Vorgänger, der gleich mit einem Paukenschlag auftrat und immer den Eindruck eines auf höchsten Touren laufenden Motors machte, eines Mannes, der sozusagen jeden Tag einen neuen Erfolg vorweisen wollte. Es war für mich sehr interessant, ich fragte die deutschen Journalisten in Amerika nach ihren Eindrücken, nachdem sie mich gefragt hatten, lassen sie mich ein paar Fragen an sie stellen. Sie sind ja hier lange genug Beobachter. Es ist ganz typisch, daß ein Mann wie Freiherr von Borch⁴ prompt wieder nachschwatzte, was gewisse gegnerische Blätter in Amerika schrieben: Nun sei der Mann schon zwei Monate Präsident, und noch sei nichts passiert. Andere Journalisten, die da waren, haben natürlich sofort widersprochen und gesagt, ein vorsichtiges Herangehen und ein Zaudern sei durchaus nicht im-

2 Nixon hielt sich im Rahmen seiner Europa-Reise am 23. und 24. Februar 1969 in Brüssel auf und präsentierte vor dem NATO-Rat sein neues Konzept für eine Atlantische Partnerschaft. Vgl. AdG 1969 S. 14510. – Die Rede „Remarks to the North Atlantic Council in Brussels“ vom 24. Februar findet sich in: The Richard Nixon Library&Birthplace (Text im Internet: http://www.nixonfoundation.org/Research_Center/PublicPapers.cfm?BookSelected=1969)

3 Vgl. Nr. 8 Anm. 7.

4 In der Vorlage: Borg. – Dr. Herbert von Borch (1909–2003), Journalist; 1933 Promotion, 1933–1943 Redakteur bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, 1935–1939 Auslandskorrespondent in Rom, 1953–1956 Mitarbeiter der FAZ, 1956–1965 Korrespondent der „Welt“, 1965–1981 USA-Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung“. – Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. April 1969 „Nixons langsame Gangart in der Innenpolitik“.

mer ein Zeichen der Schwäche. Ich sagte ihm: Wem sagen Sie das? Das ist also die typische deutsche Haltung dieser Journalisten. In Wahrheit war es so, daß allein seine Europareise, wie er sie durchgeführt hat, wie er sich Respekt und Sympathie verschafft hat, natürlich eine große Aktion war, ganz abgesehen davon, daß er auch sonst noch Erklärungen abgegeben hat. Es ist ein ruhiger, ein abwägender Mann, ein Mann mit einem behutsamen Geist. Das halte ich für außerordentlich wichtig in der gegenwärtigen Situation.

Amerika hat so schrecklich viele Probleme; die unmittelbar eigenen Probleme sind die, an denen wir mitbeteiligt sind, daß wir uns nur beglückwünschen können, wenn wir einen Präsidenten drüben haben, der auf diese ruhige und feste Art an die Probleme herangeht. Der nächste Eindruck ist der, er ist in vielen Punkten noch auf der Suche. Ich weiß nicht, ob viele von Ihnen die Rede gelesen haben, die er auf der NATO-Tagung gehalten hat.⁵ Da muß Ihnen eine Stelle aufgefallen sein, ich zitiere sie aus dem Gedächtnis: Aus den Kreisen der Verbündeten ist die Anregung gekommen, daß Amerika mit der Sowjetunion über die Frage der Abrüstung usw. verhandeln soll. – Er sagte nicht, ich will, sondern, die Anregung muß kommen. – Dann kommt der Zusatz: Einverstanden! Wenn wir das aber tun, dann muß ich darauf aufmerksam machen, ist die Ausgangslage eine völlig andere als zu der Zeit, da die NATO gegründet wurde; denn die Kräfteverhältnisse haben sich gewandelt. Die amerikanische Überlegenheit von damals ist nicht mehr vorhanden. Um es ganz klar zu sagen – fügt er hinzu –, wenn wir diese Verhandlungen betreiben, dann bedeutet das nun wirklich eine Kodifizierung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses.

Dies war eine deutliche Aufforderung an die Verbündeten, darüber nachzudenken. Ich hatte dasselbe Gefühl schon hier, dann wieder in der halbstündigen Unterhaltung in Washington und fragte hinterher Kissinger: Täusche ist mich, jedesmal wenn der Präsident dieses Thema berührt, spüre ich so etwas, als erwarte er von mir fast einen Widerspruch, eine Gegenposition. Was ist da los? Habe ich mit dieser Vermutung recht, oder will er etwas hören zum Bündnis? Nun habe ich es mir ein bißchen überlegt, er hat offenbar die Furcht, daß die Verbündeten das alles mißverstehen können, was er macht. Darauf bestätigte mir Kissinger dies und sagte dann selber: Zunächst denkt dieser Präsident vielmehr in den Kategorien von Dulles als jeder andere bisher. Zweitens, er will mit den Russen verhandeln. Er glaubt, es ist notwendig, mit ihnen zu verhandeln, aber er hat die Furcht, daß die Verbündeten dies mißverstehen und sagen könnten, nun ja, jetzt verhandeln die miteinander, dann brauchen wir uns nicht mehr groß anzustrengen.

Es ist ein entscheidendes und fundamentales Problem, das ich von Anfang an immer wieder ganz klar formuliert habe, Entspannungspolitik ohne die ganze NATO ist undenkbar. Sie kann nur – jetzt sage ich dieses verpönte Wort – von einer Politik der Stärke des Bündnisses aus betrieben werden. Hier ist also noch etwas offen, und es wird sicher noch Gelegenheit geben, darüber mit dem Präsidenten zu sprechen. Alles in allem bin ich sehr beruhigt über diese Haltung. Wenn Konrad Adenauer jetzt noch Kanzler

⁵ Vgl. Anm. 2.

wäre, dann wäre dieses Erlebnis für ihn sicherlich äußerst beglückend; darunter hat er ja schwer gelitten, daß auf amerikanischer Seite die Dinge ins Rutschen, und zwar ziemlich wirr ins Rutschen gekommen waren. Aber das ist nun nicht ein Mann – wenn man Dulles erwähnt –, der zurückkehren will zu einer ganz primitiven Politik. Das sehen Sie an dieser Stelle seiner Ansprache, wo er gesagt hat: Die Kräfteverhältnisse haben sich eben geändert. Wir leben in einer veränderten Welt, und die zwingt uns eine entsprechende Politik auf. – Das entspricht meiner eigenen Analyse. Im übrigen darf man sich nicht täuschen, dieser Präsident wird in Kürze vor denselben Problemen stehen wie Johnson, vor den nahezu unlösbaren Problemen.

Ich habe den Vizepräsidenten⁶ besucht; ein Mann, der sich noch vorsichtig zurückhält. Er ist ja nicht sehr gut aus dem Wahlkampf herausgekommen. Er ist viel kritisiert worden als unfähig usw. Ich habe den Eindruck nicht. Er ist kein unbedeutender Mann. Er hat einige Fehler anfangs begangen. Er hat sich die Sprache, die man so in den Auseinandersetzungen in einem amerikanischen Staat spricht, angewöhnt. Wer nach Amerika gereist ist, weiß ja, wie das manchmal ist. Aber ich habe dort Cabot Lodge getroffen. Er hat die Aufgabe, diese Verhandlungen zu führen. Er ist ein tief besorgter Mann. Das ging aus seinen Äußerungen hervor. Er hat überhaupt nicht zurückgehalten. Unter vier Augen ergab sich, daß er einfach kein Ende absehen kann. In der Unterhaltung mit anderen amerikanischen Politikern ging er sogar soweit, daß er sagte, das dauert mindestens noch drei Jahre. Einen Tag lang – so sagte er – hat man das Gefühl, man kommt ein bißchen weiter, aber am anderen Tage wird man wieder zurückgeworfen. Auch hier steht also der Präsident vor einer großen Aufgabe.

Von einer anderen Quelle habe ich dann noch gehört, daß diese Art, die Dinge gegenüber den Verbündeten zu sagen, auch gemacht würde mit Rücksicht darauf, daß er von allzu vielen Tauben umgeben sei, also von Leuten, die nun in der alten Form und Welt die Politik weitermachen wollten. Ich gebe das nur so wieder, wie es mir gesagt worden ist. Ob es stimmt oder nicht, weiß ich nicht. Ich war auch damit zufrieden, daß er klipp und klar sagte, daß wir auf das engste zusammenarbeiten würden. Ich habe auch ganz klar aus seinen Äußerungen entnehmen können, daß er, was die innerdeutschen Verhältnisse anlangt, auf uns zählt und nicht auf andere politischen Kräfte.

Nun zu den aktuellen Problemen! Wie gesagt, in der Frage des Atomsperrvertrages hat er sich jedes Versuches enthalten, auch nur das Thema zur Sprache zu bringen. In meiner Unterhaltung mit Kissinger ist klar geworden: Eines Tages werdet ihr wohl unterzeichnen, – so etwa war seine Formulierung. Wenn ihr ablehnt, wird von uns kein Druck ausgeübt, ihr müßt euch selber überlegen, was letzten Endes für euch von Vorteil ist oder nicht. Im übrigen machte er mir deutlich, daß für sie im Augenblick das Vietnamproblem und andere Probleme so sehr im Vordergrund stehen, daß der ganze Atomsperrvertrag angesichts dieser Situation ein völlig anderes Gesicht bekommen hat.

6 Spiro Theodore Agnew (1918–1996), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1967–1969 Gouverneur von Maryland, 1968–1973 Vizepräsident der USA, 1973 Rücktritt aufgrund einer Anklage wegen Steuerhinterziehung.

Nixon hat mir darüber einen ausführlichen Brief⁷ geschrieben und gesagt: Mit dem Erbe, das ich übernommen habe, habe ich mich abzufinden. Wenn ich es hätte machen können, dann hätte ich es anders gemacht, den Vertrag anders, die Vereinigung mit den Verbündeten anders usw. Also bitte, habt Verständnis dafür. – Das erzähle ich deswegen, weil es wichtig ist für unser eigenes Verhalten. Ich will gleich mit dem Atomsperrvertrag weitermachen. Nach meiner Rückkehr kam dieser unglaubliche Pressebrief von den Herren Jahn und Egon Bahr, worin der Presse dargelegt wurde, warum man den Atomsperrvertrag unterzeichnen müsse; Vorteile und Nachteile wurden aufgezeigt, warum dies so sei.⁸ Es ist eine unerhörte Sache, die – wie Brandt klipp und klar sagt – ohne sein Wissen und ohne seinen Willen geschehen sei. Er hat sich zwar vor die Leute gestellt, aber tatsächlich scheint es so gewesen zu sein, daß sie so, wie sie es gemacht haben, eigenmächtig gehandelt haben. Ich komme auf die Rolle der Herren Jahn und Bahr noch zurück.

Ich habe dann Diehl gebeten, sehr klar in der Pressekonferenz zu sagen, was ich von der Sache halte, also unter keinem Zeitdruck etwas zu tun noch Probleme zu klären. Ich habe das in dem Interview für die „Welt am Sonntag“ gesagt.⁹ Und um dann noch einmal einen „Nagel“ einzuschlagen, habe ich vor meiner Rede in Ludwigshafen¹⁰ diese Punkte der Presse durchgegeben, daß wir in diesen Fragen weder unter dem Druck der Zeit stehen noch unter dem Druck unserer Verbündeten. Es gibt wichtige Dinge zu klären, vor allem das Problem der Kontrolle. Dann habe ich nun nicht mehr gesagt, der sowjetrussische Interventionsanspruch, sondern habe ganz einfach erklärt: Unser Verhältnis zur Sowjetunion als Ganzes. – Dieses scheint mir das entscheidende Argument zu sein.

Zur Kontrolle wäre noch einiges zu sagen. Ich habe dann gehört, daß Herr Brandt im Fernsehen eine Pressekonferenz abhalten werde. Daraufhin habe ich ihn kommen lassen und ihm gesagt: Wenn Sie nicht wollen, daß ich in aller Öffentlichkeit Ihnen entgegenetrete, dann ist folgendes zu beachten: Hinsichtlich des Atomsperrvertrages steht die Situation so, ich habe für den 23. April – das habe ich Ihnen vor Ihrer Abreise gesagt¹¹ – diesen Punkt auf die Tagesordnung des Kabinetts gesetzt für eine Zwischenbilanz,

7 Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Rolf Pauls (1915–2002; 1968–1973 Botschafter in Washington), teilte auf Bitten Nixons Kiesinger am 8. Februar 1969 in einem handschriftlichen Brief dessen skeptische Haltung zum Atomwaffensperrvertrag mit, vgl. ACDP 01–226–007.

8 Jahn und Bahr sprachen sich in einem Pressegespräch vom 6. April 1969 für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags aus; zur heftigen Reaktion von Regierungssprecher Diehl vgl. ppp vom 11. April 1969.

9 Interview mit der „Welt am Sonntag“ am 5. April 1969, vgl. BULLETIN Nr. 44 vom 9. April 1969 S. 373.

10 Rede Kiesingers vor dem 2. CDU-Frauenkongreß, der am 11./12. April 1969 in Ludwigshafen unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“ stattfand, vgl. BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 389–393. – Vgl. auch Nr. 27 Anm. 27.

11 Brandt hielt sich vom 6.–8. April 1969 in Kanada auf (AdG 1969 S. 14587 f.) und sprach am 10. April 1969 vor dem NATO-Rat, der in Washington tagte (BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 393 f.; vgl. AAPD 1969 Nr. 118, 120, 121).

d. h. eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand des Problems. Darüber werden wir sprechen, und Punktum! Ob eine Entscheidung über den Atomsperrvertrag noch in dieser Legislaturperiode erfolgen kann und wird, ist für mich außerordentlich zweifelhaft. Ich will einmal unsere Unterhaltung abwarten. Unter keinen Umständen werde ich es mir gefallen lassen, daß das Auswärtige Amt als Auswärtiges Amt den Kanzler zu einer Entscheidung drängt. Ich wiederhole: Wir stehen nicht unter Zeitdruck. Wir sind in einer besonderen Situation, und zwar anders als andere Völker, obwohl eine ganze Reihe anderer Völker ebenfalls noch nicht unterzeichnet haben. Dabei ist mir unser Verhältnis zur Sowjetunion wichtig genug, um nicht einfach zu sagen, gut, wir unterzeichnen einmal. Er hat dann, wie Sie gelesen haben, auf der Pressekonferenz zurückgesteckt.¹² Die Resonanz in der Presse war verschieden, er hat sich aber immer noch nicht dazu bereit finden können, die richtige Aussage zu machen, sondern hat gesagt, es müsse noch in dieser Legislaturperiode eine abschließende Würdigung erfolgen. Auf neugierige Fragen der Journalisten hat er dann gesagt: Ich habe gesagt, eine abschließende Würdigung. – Was heißt das? Nun, abschließende Würdigung kann sein: Wir sind nicht soweit, weder die Frage der Kontrolle noch die Frage EURATOM, verbunden mit der Kontrolle, noch die Frage unseres Verhältnisses zur Sowjetunion ist so geklärt, daß wir in diesem Falle uns jetzt zur Unterschrift unter diesen Vertrag entschließen können. Wenn man das unter abschließender Würdigung versteht, dann heißt das, wir sind nicht in der Lage, jetzt unsere Zustimmung geben zu können. Ich werde das bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit sagen. Daß ich nicht einen öffentlichen wüsten Streit haben will, ist klar.

Die andere Frage ist die Haltung der SPD. Das haben sie auf ihrem Parteitag gestern getan: Wir haben uns klar für eine Unterschrift entschieden.¹³ – Wenn die das sagt, mag sie es sagen. Hier ist nun Brandt als Parteivorsitzender in einer bösen Situation. Es ist immer schrecklich, wenn der Außenminister zugleich Parteivorsitzender ist. Er weiß ganz genau, daß mit einem Kampf über die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag wahrhaftig nichts zu gewinnen ist, sondern nur etwas zu verlieren ist. Deswegen hat er den Ausweg gewählt, der Kanzler müsse die Kuh vom Eise bringen; es sei die Verantwortung des Kanzlers, nun diese Formel zu finden. Ich habe Verständnis dafür, daß man Schwierigkeiten auch in der eigenen Partei hat. Das erlebt ja jeder. Aber trotzdem ist es eine unangenehme Geschichte, wenn man nie ganz genau weiß, spricht hier nun der Außenminister oder spricht der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei. (*Lücke*: Es ist gut, daß das nicht für den Bundeskanzler gilt!) Dabei bleibt es also. Ich bin entschlossen, so zu verfahren. Ich möchte nicht, daß aus diesem Kreis – wir wissen ja, wie

12 Brandt äußerte sich in einer Rede anläßlich der Jahrestagung des Bundes Deutscher Zeitungsverleger am 24. April 1969 zu den Ergebnissen der NATO-Ratstagung. Vgl. BULLETIN Nr. 52 vom 25. April 1969 S. 437–439. Vgl. auch „Bonner Rundschau“ vom 15. April 1969 „Brandt drosselt die Fahrt“.

13 Die Delegierten des SPD-Parteitags nahmen den Antrag A 274 des Parteivorstands an und stimmten für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die Bundesrepublik, vgl. SPD, PARTEITAG 1969 S. 492 f.

durchlässig alles ist – hinausgeht: Der Kanzler ist entschlossen, über den Atomsperrvertrag in dieser Legislaturperiode eine Entscheidung nicht mehr herbeizuführen. – Ich glaube, ich sollte es genügen lassen bei dem, was ich gesagt habe.

Zur Budapester Erklärung!¹⁴ Ich habe dem Außenminister, bevor er nach Amerika reiste, gesagt: Sie haben die Budapester Erklärung zu optimistisch interpretiert. Diese Erklärung ist im Grunde genommen für uns gefährlicher als fast jede andere, die ihr vorangegangen ist, und zwar aus dem Grunde, weil in allen auf die westliche Mentalität abgestimmten Friedensaussagen der harte Kern der Anerkennung des Status quo durch uns steckt. Das ist an mehreren Stellen drin, während sonst fast immer noch die Vereinigten Staaten oder auch die NATO insgesamt attackiert wurde, sind wir in diesem Papier die einzigen.

Nun führte er eine Unterhaltung mit Zorapkin und publizierte aus dieser Unterhaltung, der russische Botschafter habe ihm gesagt¹⁵ – später wurde es mit tödlichem Ernst im Deutschen Fernsehen als eine Aussage des bulgarischen Ministerpräsidenten¹⁶ wiederholt –, diese Forderung nach Anerkennung der durch den Weltkrieg geschaffenen Realitäten sei keine Vorbedingung. Das hat nun direkt jedes Kind gemerkt. Die werden nicht sagen, die Vorbedingungen der Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz ist die Anerkennung der Realitäten durch die Bundesrepublik; aber es ist ebenso klar – und das haben Zorapkin und der bulgarische Ministerpräsident wiederholt –, daß die Anerkennung dieser Realitäten die Voraussetzung für einen Erfolg dieser Konferenz seien; d. h. die Sowjets sagen klipp und klar, wir können natürlich zu nichts kommen, wenn die Bundesrepublik diese Realitäten nicht anerkennt. So ist die Lage. Brandt macht sich selber keinerlei Illusionen, wie er sagt: Ich bin doch kein Narr. Ich glaube doch nicht, daß eine solche Konferenz zustande kommt. – Ich erwiderte ihm, dann sagen Sie es doch auch. Warum lassen Sie sich neben Herrn Nenni¹⁷ so aus? Alle anderen äußern sich zurückhaltend. Natürlich wird die deutsche Politik es sich nicht leisten können, zu sagen, unter keinen Umständen eine solche Konferenz!

Ich sagte in Ludwigshafen: Wir haben uns immer während dieser ganzen Regierungszeit bereit erklärt zu Verhandlungen, die zu einer wirklichen Entspannung führen können. Das sind wir auch heute noch. Deswegen werden wir zusammen mit unseren

14 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes am 17. März 1969 in Budapest verabschiedeten die Warschauer-Pakt-Staaten einen Appell an alle europäischen Länder mit dem Vorschlag einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, vgl. AdG 1969 S. 14555 f.; EUROPA-ARCHIV 1969 D 152 f.

15 Brandt sprach am 4. April 1969 mit Zorapkin, vgl. AAPD 1969 Nr. 116.

16 Todor Schiwkow (1911–1998), Buchdrucker; 1932 KP Bulgarien, 1950 Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK, 1951 Mitglied im Politbüro des ZK, 1954–1989 Vorsitzender der KP, 1962–1971 Regierungschef, 1971–1989 Staatsratsvorsitzender Bulgariens.

17 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1921 Sozialistische Partei (PSI), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident, 1966–1969 Präsident der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU), 1968/69 Außenminister. – Zu den Äußerungen Nennis vgl. AAPD 1969 S. 470, 473.

Verbündeten diese Vorschläge prüfen. Das entspricht ja dann dem Ergebnis der NATO-Konferenz.

Es ist also hier ohne jeden Zweifel eine Diskrepanz in der Aussage und in der Auffassung beim Außenminister. Wiederum ist er auf der einen Seite der Vorsitzende der SPD und auf der anderen Seite der Außenminister. Er hat – im Gegensatz zu den anderen, die alle gesagt haben, so etwas muß geprüft und gut vorbereitet werden, das ist alles sehr problematisch – ein grundsätzliches Ja zu einer solchen Konferenz gefordert. Ich hatte das ebenfalls der Presse vor meiner Rede in Ludwigshafen klipp und klar gesagt. Es war freitags abends. Deshalb habe ich es vorher gegeben, damit es noch in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen erscheinen konnte. Dann hat er in der Pressekonferenz etwas zurückgesteckt. Er hat dann in der Pressekonferenz aufgrund der Besprechung vorher mehrfach gesagt: Ich bin einig mit dem Kanzler usw. – Zugleich lese ich dann in der Presse, woher kommt dieser plötzliche Wandel, weil die Russen gesagt hätten, sie würden nicht unterschreiben, bevor die Deutschen nicht unterschrieben hätten. Nun hätte man erwartet, daß Amerika deswegen einen Druck auf uns ausübe usw. – Ich kann nur sagen, ich hoffe, daß unsere Presseorgane das deutlich machen, ohne daß dabei kleinlich und zänkisch darauf hingewiesen wird, daß es sich hier um eine Richtlinie des Bundeskanzlers handelt.

Aus dieser Konferenz wird natürlich nichts. Jeder, der ein bißchen die Verhältnisse kennt, weiß, daß aufgrund dieses Vorschlages eine solche europäische Konferenz nicht zustande kommt. Die Russen wissen natürlich genau, daß sie gegen eine Teilnahme Amerikas nichts einwenden könnten. So kann nichts daraus werden. Die Haltung aller anderen Außenminister – außer Nenni – auf dieser Tagung war ganz klar. Ich kenne die amerikanische Auffassung zur Budapester Erklärung genau.

Wir werden genau wie bisher unsere Politik weitermachen. Wir werden sagen: Zusammenhalt des Westens, Festigkeit des Bündnisses. Ich habe dann noch unterstützt diesen neuen und etwas überraschenden Vorschlag. Nixon hat ja gesagt, militärische Stärke, allerdings realistisch gesehen eben auch die russische, aber das bedeutet ja, daß man sich dann auf westlicher Seite anstrengen muß, wenn man nicht die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse kodifizieren will, wie er gesagt hat.

Er hat weiter gesagt, profundere politische Konsultationen als bisher. Dann hat er diese dritte Dimension angeführt, die er allein durch die Beispiele, die er nannte, ein bißchen abgeschwächt hat; die dritte Dimension, die gesellschaftspolitisch und, wenn man will, ideenpolitisch gemeint war. Das halte ich für eine ausgezeichnete Idee; denn die Kohärenz des Bündnisses beruht nicht nur auf dem Band und nicht nur auf einfachen politischen Konsultationen, sondern es ist wirklich an der Zeit, sich der gemeinsamen Werte deutlicher als bisher bewußt zu werden, zumal in einer Zeit, wo in fast allen westlichen Ländern diese gemeinsamen Werte von innen heraus in Frage gestellt werden. Er hat nicht umsonst mit Recht in diesem Zusammenhang auf die Studentenunruhen abgehoben. Ich bin felsenfest davon überzeugt, wir können mit Waffen klirren im Westen, aber das nützt uns nicht, wenn das Volk eines Tages von innen ausgehöhlt wird. Wir dürfen ja nur auf unser eigenes Volk blicken, was sich da in weiten Teilen begibt,

die Aushöhlung des nationalen Bewußtseins, die Aushöhlung des nationalen Selbstverständnisses, wobei ich um Gottes willen nicht oberflächlich bleiben möchte, sondern ich muß auch darauf hinweisen, wie schwer es einer jungen Generation wie der heutigen ist, in diesen Dingen sicher zu sein. Deswegen habe ich das unterstützt. Als er nachher sagte, von uns aus könne man in erster Linie helfen, wie man die Kindersterblichkeit bekämpft – wobei unsere Statistik im Vergleich mit anderen Ländern gar nicht so gut ist¹⁸ –, ist das aber nur im oberflächlichen Bereich geblieben. Ich will versuchen, wenn ich im Juni drüben bin, etwas mitzubringen.

Meine Damen und Herren! Die Erklärung der NATO-Konferenz kennen Sie.¹⁹ (Heck: Herr Katzer möchte etwas zur Lohnfortzahlung sagen. Er muß gleich weg.) Schließlich ist das mindestens so wichtig wie die Lohnfortzahlung. Ich muß ja wohl annehmen, daß der Bundesvorstand daran interessiert ist, diese Dinge zu hören. Da hilft nun einmal nichts. Herr Heck machte mich aber darauf aufmerksam, daß Herr Katzer weg muß. Wann? (Katzer: Ich habe die Kriegsofverbände da, da bahnt sich neues Unheil an, weil der Reichsbund sich nicht an die Vereinbarung ...) Wann müssen Sie weg? (Katzer: Ich muß um 12.30 Uhr drüben sein.) Dann will ich die Dinge jetzt entsprechend abzukürzen versuchen. Ich muß auch nachher noch Herrn Erlander²⁰ sprechen. Im übrigen kann ich nach dem Mittagessen noch einmal auf meinen Bericht zurückkommen. Wir haben in der nächsten Woche eine Antwort auf die Große Anfrage der FDP zur Deutschlandfrage zu geben.²¹ Ich werde dabei das Wort nehmen in dem Sinne, wie wir bisher Deutschlandpolitik gemacht haben. Bei der Gelegenheit ein kurzes Wort zu diesem merkwürdigen Papier des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU-Fraktion.²² Ich halte das für eine höchst unnützliche Sache, daß das in die Welt gesetzt wurde. Es ist kein starkes Papier, nicht überzeugend; es wirkt mißtrauisch und reaktionär, und wenn Herr von Wrangel²³, der es gut gemeint hat, hinterher sagt, man müsse die Adenauersche Politik fortsetzen, dann können Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich das als eine höchst unzeitgemäße Sache bezeichne. Nebenbei bemerkt ist das am Fraktionsvorsitzenden vorbeigegangen. Er sagte mir, dies sei ein Papier, das eigent-

18 1968 verstarben in der Bundesrepublik im ersten Lebensjahr 12.832 Jungen und 9.278 Mädchen, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1970 S. 53. Dies entsprach insgesamt einem Verhältnis von 22,7 auf tausend Geburten. In Schweden lag dieser Koeffizient bei 13,3, in Ägypten bei 118, vgl. DUD Nr. 133 vom 17. Juli 1969 S. 3.

19 10./11. April 1969 Tagung des NATO-Rats auf Ministerebene in Washington, vgl. AdG 1969 S. 14611–14615; AAPD 1969 Nr. 121.

20 Tage Erlander (1901–1985), schwedischer Politiker; 1946–1969 Ministerpräsident. – Das Gespräch fand um 12.00 Uhr statt, vgl. AAPD 1969 Nr. 128.

21 Große FDP-Anfrage betr. Deutschlandpolitik vom 24. Januar 1969, vgl. Drs. V/3769. Schriftliche Antwort des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen vom 21. April 1969, vgl. Drs. V/4101.

22 „Grundsätze unserer Deutschlandpolitik“ von Olaf von Wrangel vom 7. März 1969 (ACDP 08–001–467/1). Vgl. auch die Protokolle der Außenpolitischen Kommission der CDU vom 14. Februar und 3. April 1968 in ACDP 01–294–064/4.

23 In der Vorlage: Range.

lich gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Das sollte nur eine Unterlage sein. Ich nehme die Sache nicht weiter frappierend. Es kann nichts weiter passieren. Es ist nicht schlimm, aber wir dürfen natürlich nicht in den Geruch kommen, als ob wir nun plötzlich alles nivellierten, was wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben und nun in die bewährten Adenauerschen Bahnen zurückkehrten. Wir alle wissen, in welcher schwieriger Situation sich Adenauer in der letzten Zeit seiner Regierung befand.

Es ist eine Antwort vorbereitet worden von dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, im ganzen gut, in einer klaren und festen Sprache. Einige Dinge waren nicht richtig oder sind nicht so formuliert gewesen, wie ich sie annehmen konnte. Deswegen habe ich vorgeschlagen, daß die drei Staatssekretäre meines Hauses, des Auswärtigen Amtes und des Hauses von Herrn Wehner sich zusammensetzen und diese strittigen Passagen neu formulieren. Sie werden dann in der nächsten Kabinettsitzung beraten. Ich habe keinen Zweifel, daß es dann eine Antwort sein wird, die vom Standpunkt der CDU in unserer politischen Haltung zu der Deutschlandfrage zufriedenstellend ist, wobei ich nach wie vor betone, es bleibt bei der Deutschlandpolitik, die unter meiner Kanzlerschaft eingeleitet worden ist. Die Antworten auf die Fragen beziehen sich auf alle die Schritte, die wir in dieser Zeit gemacht haben. Ich halte diese Politik für richtig, ohne Illusionen. Wir wissen genau, was wir etwa erwarten können und was wir nicht erwarten können. Ich habe der Fraktion oft genug gesagt, daß diese Politik alles andere als eine Politik der Schwäche und des Nachgebens ist, sondern daß es im Gegenteil eine Politik ist, die den anderen nicht zur Ruhe kommen lassen will und wird. Das sind die wichtigsten Themen.

GESETZGEBUNGSARBEIT FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE

Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt wegen des Hinweises von Herrn Dr. Heck eine kurze Zeitlang die außenpolitische Darstellung unterbrechen und auf das Thema der Lohnfortzahlung kommen. Ich darf hier vorher ein Wort sagen. Meine Damen und Herren! Das wird natürlich für uns, vor allen Dingen für den Wahlkampf, ein wichtiges Problem. Aber es ist nicht nur das Problem der Lohnfortzahlung; denn zugleich steht als Gesamtproblem die Sanierung unserer Rentenversicherung an. Das ist in der Regierungserklärung angesprochen. Es liegt, wie Sie wissen, im Bundestag ein Gesetzentwurf vor²⁴, der nicht von dieser Regierung ist, sondern vom Oktober 1966 von der Regierung meines Vorgängers eingebracht worden war, der diesem Zwecke der Sanierung dienen soll. Dieser Gesetzentwurf hat in der Zwischenzeit ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Er ist einerseits durch das Finanzänderungsgesetz²⁵ geändert worden und zum anderen in langen Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses völlig umgeändert worden. Was dort jetzt beraten wird, ist etwas ganz anderes – ich glaube nicht, daß ich

24 Entwurf eines „Zweiten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes (2. RVÄndG)“, Drs. V/680 vom 10. Juni 1966.

25 „Finanzänderungsgesetz“ vom 21. Dezember 1967, BGBl 1967 I S. 1259; Berichtigung: BGBl 1968 I S. 49, 253.

damit Unrecht habe, Herr Kollege Katzer – als das, was die Regierung damals eingebracht hat.

In diesem Zusammenhang steht nun auch das Lohnfortzahlungsgesetz. Wir haben grundsätzlich ein Ja dazu gesagt; eine ganz klare und lange beratene Aussage des Berliner Programms zu dieser Frage, eine klare Aussage des Kanzlers im Bundestag dazu²⁶, jawohl, aber nur mit einem wirklichen Einstieg in die Krankenversicherungsreform. Die Fraktion hat in einem Arbeitskreis mühselig einen Kompromiß erarbeitet. Wir kennen ja die entgegengesetzten Meinungen in unserer eigenen Fraktion. Das hängt damit zusammen, daß wir viele Gruppierungen unserer Bevölkerung bei uns finden und finden müssen. Er hat einen entsprechenden Gesetzentwurf bereit. Ich habe darum gebeten, halten Sie ihn bereit für den Fall, daß wir ihn im Kabinett noch beraten können.

Inzwischen sind die Dinge nun so gediehen, daß sich ganz deutlich abzeichnet, daß die SPD-Mitglieder des Kabinetts diesen Gesetzentwurf, der auf dem Vorschlag unserer Kommission der Fraktion beruht²⁷, nicht akzeptieren werden. Es würde also im Kabinett zu einer Kampfabstimmung kommen müssen, bei der wir fairerweise den SPD-Mitgliedern des Kabinetts die Freiheit geben müßten, dann im Parlament so zu stimmen, wie sie wollen. So ist die Situation. (*Katzer*: Nein!) Doch, Herr Katzer! Ich habe mich erkundigt. Wir bekommen im Kabinett für den Gesetzentwurf, wie er in der Fraktion ausgearbeitet worden ist, die Stimmen der SPD-Minister nicht. Es sei denn, das ist eine ganz schwache Möglichkeit, wir geben ihnen die Stimmen im Bundestag frei. Die SPD hat sich nicht bereit erklärt, auf diesen Entwurf einzusteigen. Sie schneidet soviel an den Vorschlägen – das kann Herr Kollege Katzer im einzelnen darlegen – des CDU-Entwurfs weg, daß man nach meiner Ansicht nicht mehr von einem wirklichen Einstieg sprechen könnte, wenn sich diese Vorstellungen der SPD durchsetzen würden.

Abgesehen von dieser Problematik haben wir ja nun zu berücksichtigen, daß weite Kreise des Mittelstands, auch des kleinen Mittelstands, vor allem der Handwerkschaft, sich auf das entschiedenste gegen diesen Gesetzentwurf stellen. Ich habe in mehrfachen Aussprachen mit Präsident Wild²⁸ und anderen deren Auffassungen angehört. Dann kam Herr Stücklen auf eine Idee, die dann in der Fraktion angenommen worden ist, von der ich allerdings nicht weiß, ob sie sich realisieren läßt, nämlich eine Ausgleichskasse vor allem für die Handwerker zu schaffen. Die Summe, die dafür nötig wäre, glaubte er aus den Mehreinnahmen ziehen zu können. Das ist Herrn Wild gesagt worden. Herr Wild hat darauf versprochen, wenn das gemacht würde, werde er sich dafür einsetzen, daß die Handwerker stillhalten. Sie erinnern sich, da waren ja eine Reihe von tumultuarischen Kundgebungen gewesen.²⁹ Für die CDU, insbesondere im Wahl-

26 Für Kiesinger war die Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter an eine Reform der Krankenversicherung gebunden, vgl. Sten.Ber. 5. WP 188. Sitzung vom 16. Oktober 1968 S. 1065.

27 Ergebnis der Kommission „Lohnfortzahlung“ und Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktion zur Lohnfortzahlung und zur ersten Stufe der Krankenversicherung in ACDP 08-005-061/1.

28 Joseph Wild (1901–1993), Bäcker; 1955–1973 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

29 Im Juni 1968 hatte das Handwerk mit Demonstrationen gedroht, vgl. FAZ vom 11. Juni 1968 „Unruhe im Handwerk“.

jahr, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß wir hier zurechtkommen. Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß die Lohnfortzahlung dem einzelnen Arbeiter nicht sehr viel bringt. Es ist im wesentlichen eine Aufgabe der Sanierung. So ist also die Situation.

Nun haben die beiden Fraktionsvorsitzenden, die eine Abmachung miteinander getroffen haben, über das, was im Schoße des Bundestages ruht und was da noch gemacht werden soll, ein sehr ehrgeiziges Programm entwickelt. Danach müßte man beinahe zwei Jahre Zeit haben, wenn alles das gemacht werden soll, was die beiden miteinander ausgemacht haben; das Rentenversicherungsänderungsgesetz und die Lohnfortzahlung. Nun, Herr Kollege Katzer, ist es bei Ihnen.

Katzer: Herr Bundeskanzler, die Kriegsopfer sind die drängendsten Fragen. Ich fürchte, es kommt heute nachmittag bei mir zu einem Bruch, weil die Herren von mir verlangen, den Gesetzentwurf mit der Anpassung zum 1. Januar 1970 noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen.³⁰ Das ist nicht Inhalt des Gesprächs bei Ihnen gewesen. Ich werde mich genau an das Gespräch halten. Ich muß ja Deckung haben. (*Kiesinger:* Ich glaube, unsere eigenen Leute werden zustimmen. Die werden doch wohl bei der Stange bleiben.) In der Runde gibt es einen der stärksten Gegner.

Kiesinger: Dann müssen Sie ihm sagen, wenn man sich nicht an eine Sache hält, geht es auch mit der anderen nicht. Also fest bleiben!

Katzer: Es ist nun schwierig, in zehn Minuten das Problem darzustellen. Ich stimme in einem Punkt mit dem Kanzler nicht überein. Ich hätte das gern gesagt, wo er noch hier ist, nämlich die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, im Kabinett eine Einigung herbeizuführen. Ich bin der Auffassung, daß diese Einigung möglich gewesen wäre; denn es gibt – und das ist für uns von außerordentlicher Wichtigkeit – einen einstimmigen Kabinettsbeschluß. Im Jahreswirtschaftsbericht heißt es u. a.: „Die Bundesregierung wird demnächst einen entsprechenden Gesetzentwurf, der zugleich auch einen wesentlichen Einstieg in die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung vorsieht, vorlegen. Dem haben alle sozialdemokratischen Bundesminister zugestimmt.“

Das ist natürlich auch für unsere Freunde im Ausschuß von ganz erheblicher Bedeutung. (*Zuruf:* Was ist das für ein Bericht?) Das ist der Jahreswirtschaftsbericht, den wir am 29. Januar dieses Jahres verabschiedet haben, der dem Bundestag zur Beratung noch vorliegt.³¹ Das ist eine ganz harte Aussage, wo wir die Sozialdemokraten gegeneinander bringen. Ich glaube, Herr Kollege Heck, das ist sehr wichtig für die Runde, die jetzt beginnt.

Nun haben wir zwei Gesetzentwürfe, einen von der SPD, einen von der Fraktion.³² Sie sind im wesentlichen beide in meinem Hause erarbeitet worden. Der Unterschied liegt darin, daß die Sozialdemokraten auf jede Form der festen Beteiligung verzichtet haben. Die Freien Demokraten – das ist meine Sorge – werden mit einer kräftigen Er-

30 Entwurf eines „Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes“ (Drs. V/4148 vom 24. April 1969).

31 Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Bundesregierung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 241. Sitzung vom 19. Juni 1969 S. 13412–13449.

32 Vgl. Nr. 25 Anm. 10.

höhung der Versicherungspflichtgrenze kommen und damit das Gesamtpaket noch erheblich erschweren. Ich hatte von Anfang an gesagt, wir sollten eine maßvolle Versicherungspflichtgrenze von 900 DM auf 990 DM vorsehen, weil hier im Grunde genommen die Hauptbelastung der Unternehmen auch in Zukunft liegt.

Ich persönlich meine, es müßte noch einmal der Versuch unternommen werden. Ich weiß nicht, was in dem Gespräch zwischen Barzel und Schmidt herausgekommen ist; insofern wäre Herr Barzel besser in der Lage als ich, hier zu berichten. Manches passiert ja in den Fraktionen und nicht in der Regierung. Manches geht an der Regierung vorbei. Ich sehe Herrn Stoltenberg süffisant lächeln. (*Zuruf:* Freundlich!) Gut, freundlich und verständnisvoll! Vielen Dank! Herr Kollege Schröder scheint sich dem anzuschließen. (*Schröder:* Nicht so ängstlich!) Ich glaube also, Herr Kollege Heck, wir müssen sehen, daß es noch zu einer Absprache kommt. Dabei kann uns die Regierungserklärung enorm helfen. Wir müssen zu einem Kompromiß vorher kommen, nicht nachher. Meine Sorge ist, wenn wir das Ganze dem Sozialpolitischen Ausschuß überlassen, dann bleibt festzuhalten – das war die Entscheidung, die die Fraktion damals getroffen hat –, daß Herr Stoltenberg im Ausschuß eine sehr starke Position hat, während unsere Seite nicht so stark vertreten ist. Von sozialdemokratischer Seite wird sehr massiv versucht werden, im Verlaufe der Beratungen einfach Tatsachen zu schaffen, von denen man nachher im Plenum nicht mehr abgehen kann.

Deshalb meine Bitte, es muß erreicht werden auf der Grundlage dieses Beschlusses, noch vorher zu einer Einigung zu kommen, wobei ich als unverzichtbar zwei Punkte ansehe: Erstens, daß wir festhalten an der Verbindung mit der Reform der sozialen Krankenversicherung, sonst steht der nächste Arbeitsminister in der nächsten Legislaturperiode vor demselben Problem, das wir jetzt acht Jahre lang vor uns herschieben. Wir müssen ferner in der Frage der Beitragsrückgewähr endlich einmal eine Form der Beteiligung bringen, daß man den einzelnen interessiert an seiner Krankheit, daß man ihm bewußt macht, daß der Krankenschein, den er umsonst bekommt, einen Wert hat. Deshalb wollen wir diesen Krankenschein zum Wertpapier machen, der, wenn er nicht benutzt wird, später erstattet wird. Darauf würde ich nicht verzichten wollen.

Das Zweite, worauf ich nicht verzichten möchte, ist eine Erhöhung der Rezeptgebühr. Die haben wir im Verlaufe der Beratungen des Finanzänderungsgesetzes schon einmal von 50 Pfennig auf 1,00 DM erhöht. Ich würde dafür plädieren, ihn auf 2,00 DM zu erhöhen. Ich würde eine Kompromißmöglichkeit mit der SPD darin sehen, daß man die Kinder bei 1,00 DM beläßt. Das wäre eine erste Stufe, von der aus dann in der nächsten Legislaturperiode die Weiterführung der Reform erfolgen kann.

Ich will mich auf diese zwei Punkte, Herr Kollege Heck, beschränken. Ich glaube, wir müssen Nägel mit Köpfen machen. Wir haben nur noch sieben Wochen vor uns.

Wenn es jetzt in der Spitze nicht zu einer klaren Abmachung über diese beiden Punkte kommt, dann habe ich die Sorge, daß am Ende eine isolierte Lohnfortzahlung mit wechselnden Mehrheiten herauskommt. Ich habe zweitens die Sorge, daß sich die FDP, wenn wir uns nicht in der Frage der Versicherungspflichtgrenze rechtzeitig einigen, eine wesentlich höhere Belastung der Wirtschaft herauskommt, als wenn wir sie

jetzt bei uns vorsehen ab 1. Juli 1970 von 900 DM auf 990 DM [sic!]. Es geht darum, ob man diesen Termin vorverlegen kann, was auch in der Fraktion der CDU/CSU verlangt wird. Das könnte man prüfen.

Ich habe vorgestern in München mit Präsident Wild lange über die Problematik gesprochen. Die Ausgleichszahlung, die der Kollege Stücklen vorgeschlagen hat³³, ist keine ideale Lösung, aber es ist der Boden, auf den das Handwerk treten würde. Mir ist vom Handwerk deutlich gesagt worden, man solle jetzt mit der Sache zum Zuge kommen und nicht mehr weitere Verzögerungen hinnehmen. Es wurde hinzugefügt, wenn es schon geschähe, wäre es besser, als wenn es noch eine lange Diskussion gäbe.

Das sind die drei Punkte, von denen ich meine, daß wir hier die Fraktion bitten sollten, daß sie noch vor Beginn der Beratungen in der nächsten Woche eine Lösung findet.

Der Herr Bundeskanzler hat dann die Rentenversicherung angesprochen, das Dritte Rentenversicherungsänderungsgesetz. Das ist ein unerhört schwieriges Kapital. Die Rentenversicherung insgesamt ist gesund. Wir werden bis zum Jahre 1975 nach unseren Vorausberechnungen mit einem Prozentsatz von 18 durchkommen. Interessant ist, daß in der dritten Lesung meines Haushalts die FDP erklärt hat: Eine bruttolohnbezogene Rente ist selbstverständlich auch unser Ziel.³⁴ Wir haben auch nicht verlangt, es anders zu machen. Das waren nur Kreise des Wirtschaftsrats der CDU/CSU und einiger Arbeitgeberverbände. Das ist wörtlich nachzulesen im Protokoll des Bundestages. So Herr Spitzmüller³⁵ von der FDP in der dritten Lesung zu meinem Etat. Ich wollte das nur sagen, weil das auch für uns interessant ist. Die Schwierigkeit, die in der Sanierung der Renten liegt, ist folgende: Aufgrund des kulturellen Wandels von der Arbeiterschaft zur Angestelltenschaft hin ist die Angestelltenversicherung finanziell außerordentlich günstig bestückt, während die Arbeiterrentenversicherung, dazu noch landschaftlich sehr unterschiedlich, in einer schlechten Finanzlage ist, die bis zur mangelnden Liquidität geht; Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland sind in ganz schlechter Verpackung [sic!], Rheinland-Pfalz in nicht ganz glücklicher Verpackung, Bayern noch glücklich, Baden-Württemberg ebenfalls noch günstig, Nordrhein-Westfalen auch, aber in zehn Jahren ist das alles vorbei. Deshalb hatte ich vorgeschlagen, die Zusammenfassung der 18 Versicherungsträger zu einer Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter vor-

33 Die CSU-Landesgruppe hatte einen Vorschlag aus Kreisen des Handwerks aufgegriffen, der vorsah, daß Kleinbetriebe für Kosten, die durch die Lohnfortzahlung entstünden, einen Ausgleich vom Staat erhalten sollten, vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 20. März 1969 „Hilfestellung für Kleinbetriebe; „Rheinische Post“ vom 20. März 1969 „CDU plant ‚Notopfer‘ für das Handwerk“.

34 In der Vorlage: Gruppenbezogen.– Vgl. dpa vom 26. März 1969 „Katzler begrüßt Bekenntnis der FDP für Bruttolohn-bezogene Rente“.

35 Kurt Spitzmüller (geb. 1921), Hotelkaufmann; 1953–1959 und 1963–1967 Mitglied des FDP/DVP-Landesvorstands Baden-Württemberg, 1957–1969 und 1971–1980 MdB. – Spitzmüller führte in der Bundestagsdebatte am 26. März 1969 aus, daß nicht die FDP, sondern die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Wirtschaftsausschuß der CDU/CSU und Mitarbeiter des Finanzministeriums die nettolohnbezogene Rente gefordert hatten (Sten.Ber. 5. WP 224. Sitzung S. 12262).

zunehmen. Am liebsten wäre mir eine Einheitsanstalt für Arbeiter und Angestellte; denn das ist das Instrument, das wir in einer modernen Volkswirtschaft gebrauchen.

Aber, meine Damen und Herren, ich scheitere einfach an meinen Kollegen, den Arbeitsministern der Länder, und die Härtesten sind die aus der eigenen Fraktion, mit Ausnahme des Kollegen Geißler³⁶, der mich maßvoll unterstützt hat als einziger. Aber Kollege Pirkel³⁷ hat gesagt: Über meine Leiche. – So hat er formuliert. Das ist ein Punkt, den werden wir nicht schaffen in diesen sieben Wochen, so daß wir zu einer Übergangslösung werden kommen müssen, für die ich eine Reihe von Vorschlägen habe, die ich aber jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht bekanntgeben kann.

Zum dritten Punkt, Herr Kollege Heck, müssen sich in dieser Zeit die Regierungsmitglieder etwas zurückhalten, weil wir darauf angewiesen sind, daß wir die Gesetze, die wir noch brauchen, noch in dieser Legislaturperiode bekommen. Es darf nicht so sein, daß die Partei uns einfach ungeschützt den Angriffen der SPD ausliefert, daß nämlich alle Leistungen dieser Großen Koalition von Sozialdemokraten gemacht werden, wir aber sind die Trottel der Regierung, um es einmal simpel darzustellen. Es gibt Leute, die sehen das mit großer Gelassenheit bei uns, die sagen, sind Sie nicht böse, das werden wir nachher schon klarstellen. Ich habe aber die große Sorge, so etwas kann sich sehr schnell festbeißen. Das kann sich in das Gedächtnis unserer Bürger sehr schnell so vertiefen, daß sie das glauben, was man auf die Dauer in der Öffentlichkeit behauptet. Deshalb müssen wir hier schon etwas tun.

Wenn ich eine Zwischenbilanz in der Sozialversicherung ziehen darf, dann ist es folgendes: Wir haben verabschiedet in der Rentenversicherung die 8., 9., 10. und 11. Rentenanpassung³⁸ – das sind 24,7 % Rentenerhöhung in den letzten vier Jahren. Sollen denn nun wir den Sozialdemokraten gestatten, sich in der Öffentlichkeit hinzustellen und zu sagen, das hätte der Herr Schiller auch noch fabriziert? Es weißt doch jeder, daß das ohne unsere Mitwirkung nicht möglich gewesen wäre. Sie waren schamlos genug, auf der letzten Sitzung, die zufällig der Herr Brandt geleitet hat, zu sagen, daß das unter der Leitung von Brandt geschehen sei.³⁹ (*Lebhafte Unruhe.*)

36 Dr. Heiner Geißler (geb. 1930), Jurist; 1961–1965 Vorsitzender der JU Baden-Württemberg, 1965–1967 und 1980–2002 MdB, 1967–1977 Minister für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz, 1977–1989 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Vgl. LEXIKON S. 245 f.

37 In der Vorlage: Tülpel. – Fritz Pirkel (1925–1993), Diplom-Psychologe; 1958–1984 MdL Bayern (CSU), 1964–1966 Staatssekretär, 1966–1984 Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. LEXIKON S. 344. – Die Arbeits- und Sozialminister der Länder sprachen sich gegen den Vorschlag Katzers aus, die Landesversicherungsanstalten zu einer Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter zusammenzulegen, vgl. „FAZ“ vom 29. November 1968 „Bedenken der Länder gegen Arbeiter-Bundesanstalt“.

38 „Achstes Gesetz“ vom 22. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2114; „Neuntes Gesetz“ vom 28. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 768; „Zehntes Gesetz“ vom 22. Dezember 1967, BGBl 1967 I S. 1343; „Elfte Gesetz“ vom 19. Dezember 1968, BGBl 1968 I S. 1189.

39 Brandt leitete die Kabinettsitzung am 26. März 1969, vgl. ACDP 01–226–320. – Unter Vorsitz von Peter Wilhelm Brand setzte die CDU/CSU-Fraktion eine Kommission ein, die sich mit dem Problem der Lohnfortzahlung und der Reform der Krankenversicherung beschäftigte.

Das haben die in der Tat gesagt. Herr Dufhues, ich muß mit allem Nachdruck darauf hinweisen, wenn man die Gewerkschaftsversammlungen besucht, dann ist es geradezu idiotisch, mit welch frenetischem Beifall Herr Schiller bedacht wird und ihm alles, was positiv und konstruktiv ist, zugedacht wird. Wir können uns ein solches Verhalten einfach nicht erlauben. Wir haben 30 Gesetzesänderungen vorgenommen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Aus meinem Etat – wir haben für vier Jahre gerechnet – sind allein 9 Mrd. eingespart worden. Ich gebe zu, das wäre ohne die Große Koalition nicht möglich gewesen. Das hätte Mord und Totschlag gegeben, allein den Bedarf bei den Rentenversicherungsträgern zu kürzen; von daher kommt jetzt die Schwierigkeit hinsichtlich der Rentenversicherung.

Wir haben in der Kriegsoferversorgung das Dritte Neuordnungsgesetz verabschiedet.⁴⁰ Vor uns steht zur Verabschiedung das Arbeitsförderungsgesetz. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, wenn er nach Amerika geht, möchte er auch die 3. Gruppe nennen, die Nixon angesprochen hat; die er in der Tat durch diese Beispiele aber abgeschwächt hat. Ich bedauere das sehr. Das deutet auch auf eine dritte Komponente hin. Ich glaube, hier können wir einen Beitrag liefern.

Wir müssen auch – das ist mein Bemühen seit eh und je – die bildungspolitische Diskussion in Deutschland von dieser Einseitigkeit wegbringen. Wir reden unentwegt, wenn von Bildungspolitik gesprochen wird, nur von unseren Universitäten und Studenten. (*Unruhe.*)

Wir haben 300.000 Studenten an unseren Hochschulen. Wir haben aber 1,3 Mio. Lehrlinge, deren berufliche Ausbildung und Weiterbildung bis hin zur Umschulung mindestens so interessant ist für das deutsche Volk wie die 300.000 Studenten und deren Wirken. Diesen Akzent müssen wir verbreitern, daß Bildungspolitik nicht nur Hochschulpolitik ist, sondern in den Gesamtbereich der beruflichen Bildungspolitik hineingehört.

Das Arbeitsförderungsgesetz wird eine großartige Sache werden. Das Handwerk, das ursprünglich dagegen war, hat mir in München in aller Öffentlichkeit gesagt: Wir sind völlig einverstanden mit der jetzigen Vorlage. – Wir werden es in 14 Tagen im Bundestag verabschieden.⁴¹ Ich habe die Bitte, daß das nun nicht auch noch mit dem Namen Schiller verbunden wird, sondern daß man allmählich deutlich werden läßt, daß das auf unserem eigenen Mist gewachsen ist, zumal dieses Gesetz von der Regierung Erhard vorgelegt wurde. (*Unruhe.*)

Ihre Vorschläge wurden von der Fraktion am 4. Februar 1969 gebilligt (ACDP 08–001–1081/ I S. 17), vgl. „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 6. Februar 1969 „CDU-Pläne zur Lohnfortzahlung“.

40 „Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts“ vom 28. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 750.

41 Zweite und dritte Beratung des „Arbeitsförderungsgesetzes“ (Drs. V/2291 vom 16. November 1967) am 13. Mai 1969 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 234. Sitzung S. 12902–12937. – „Arbeitsförderungsgesetz“ vom 25. Juni 1969, BGBl 1969 I S. 582.

Meine Damen und Herren! Das muß man doch einmal sagen dürfen! Wir werden bekommen das Berufsausbildungsgesetz⁴², das sich nahtlos einfügt in dieses Arbeitsförderungsgesetz. Auch hier kam – zu meiner großen Überraschung – in München die volle Zustimmung des Handwerks. Herr Wild hat das vor der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen deutlich gesagt. Es sind zwar noch kleine Wünsche da, aber die Konzeption der Gesetze wird insgesamt akzeptiert.

Als ich gestern hörte, daß der Herr Schiller auf dem Parteitag sich ganz groß hinsichtlich der Eigentumspolitik einschalten will, habe ich schnell eine kleine Indiskretion laufen lassen, damit nicht das auch noch auf die andere Mühle läuft. Ich habe die Dinge, die wir gemeinsam zwischen den drei Ressorts, Finanzministerium, Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium, erarbeitet haben, dargestellt, damit der Herr Schiller – das stand in seiner Rede drin, „sein Plan“ hieß es da – seine Formulierung ändern mußte aufgrund meiner Pressedarstellung.⁴³ Wir müssen sehen, daß wir – das habe ich angeregt – mit Strauß und Schiller noch zu einem Gespräch kommen. Wir werden keine Gesetzesvorlage mehr machen können, aber eine Abschlusserklärung, daß das nicht einseitig auf die andere Seite hin zulaufen kann.

Wir haben in der Frage der Rehabilitation ganz neue Impulse gegeben. Wir haben trotz der Finanzmisere verstärkte Finanzmittel bekommen. Wir haben hinsichtlich der Situation der alten Leute – Frau Brauksiepe hat eine große Aktion hier ins Rollen gebracht – Bücher mit großen Buchstaben drucken lassen, damit die alten Menschen auch lesen können. Um die Bedürfnisse der alten Menschen kümmert sich ja keiner in Deutschland. Man kümmert sich nur um Teenager. Wir haben das in unser Altenförderungsprogramm⁴⁴ aufgenommen, aber das Echo ist nicht entsprechend. Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß die Spitzen unserer Partei damit noch nicht befaßt sind.

42 Zweite und dritte Beratung des Berufsausbildungsgesetzes (Drs. V/887 vom 30. August 1966, V/1009 vom 25. Oktober 1966) am 11. Juni 1969 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 236. Sitzung S. 13116–13128. Dritte Beratung wegen Änderungsantrags der SPD gemäß Umdruck 698 am 12. Juni 1969, vgl. Sten.Ber. 5. WP 237. Sitzung S. 13155–13158. – „Berufsausbildungsgesetz“ vom 14. August 1969, BGBl 1969 I S. 1112.

43 „Die soziale und wirtschaftliche Lage damals, heute und morgen“, Rede Karl Schillers vor dem Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 16.–18. April 1969 in Bad Godesberg. Vgl. SPD, PARTEITAG 1969 S. 80 f.

44 Erstmals waren 1968 sechs Mio. DM im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für ältere Mitbürger ausgewiesen (DUD Nr. 213 vom 8. November 1968 S. 2 f.). – Vgl. auch CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die CDU informiert – Tatsachen zählen: Der Alten-Plan der CDU. Unsere älteren Mitmenschen sollen nicht draußen bleiben! Nr. 13 Bonn o. J.; Gerhard MARTIN: Die Situation älterer Arbeitnehmer. Katzer fordert mehr Rücksichtnahme auf ältere Menschen, in: Gesellschaftspolitische Kommentare Nr. 6 vom 15. März 1969 S. 71; Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (Drs. V/3418 vom 25. Oktober 1968, V/3957 vom 27. Februar 1969) sowie die Ausführungen Katzers am 13. Mai 1969 im Bundestag (Sten.Ber. 5. WP 234. Sitzung S. 12925–12927).

Wir haben auch erstmalig ein Sozialbudget vorgelegt, indem die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eingespannt wurden für einen vierjährigen Zeitablauf.⁴⁵ Ich würde meinen, durch nichts wird der Stilwandel in unserer Sozialpolitik deutlicher als durch dieses Sozialbudget, das in diesen Tagen gedruckt und dann der Öffentlichkeit vorgelegt wird, um klarzustellen, daß die Sozialpolitik ihre Eigenständigkeit und ihre Abseitigkeit vor allem aufgegeben und sich voll mit der Finanzpolitik integriert hat. Ich würde darum bitten, Herr Kollege Heck, einmal zu prüfen, ob man nicht eine geeignete Form finden kann, daß hier rechtzeitig gehandelt wird. Wenn wir erst auf dem Wahlkongreß damit kommen, dann wird man uns das nicht mehr honorieren. Es soll eine Gelegenheit gegeben werden, das in einer geistigen Linie für eine moderne Gesellschaftspolitik darzustellen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Chance bestünde, das in einer geeigneten Weise in die Öffentlichkeit zu bringen, aber nicht erst im Juni, sondern jetzt schon, damit es sich noch auszahlt.

Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, die Lohnfortzahlung würde für den Arbeiter praktisch nichts ausmachen. Das ist natürlich nicht der Fall; denn wenn wir den Beitrag von 11 auf 9 % senken, dann macht das in der Lohntüte des Arbeiters doch einen erheblichen Betrag aus, den er spürt. Man kann also nicht sagen, es bringt dem einzelnen nichts. Es bringt ihm schon etwas; abgesehen davon, daß über die Lohnfortzahlung die Situation in der Rentenversicherung erleichtert wird. Das ist im Interesse der Unternehmungen wie der Arbeitnehmer; denn jede Erleichterung auf diesem Feld macht die Beitragserhöhung bis zur Spitze des Rentenbergs im Jahre 1975 maßvoller und damit erträglicher für alle.

Das waren die Punkte, Herr Kollege Heck, die ich hier gerne gesagt habe. Meine Bitte bleibt, eine geeignete Plattform zu schaffen, die nicht erst im Juli, sondern jetzt schon die Dinge in die Öffentlichkeit bringt. Alle Kongresse, die jetzt laufen, werden von der Öffentlichkeit nur noch halb honoriert, weil man sagt, das ist doch alles für die Wahl. Deshalb muß man da eine geeignete Form finden, daß man von diesem Odium befreit ist. Welche das ist, kann ich im Augenblick nicht vorschlagen. Vielleicht kann man das noch gemeinsam erörtern.

Schließlich darf ich noch, Herr Kollege Heck, an die Mitbestimmung erinnern. Hier müssen wir bei der Sprachregelung bleiben während des Wahlkampfs. Wir haben beim letzten Gespräch verabredet, daß Sie die Frage „Eigentumspolitik“ auch noch einmal untersuchen; ich fürchte, daß von den vier Modellen dasjenige, das unter dem Namen „Burgbacher“ bekannt geworden ist⁴⁶, vielleicht doch nicht so attraktiv sein könnte, daß wir damit gegen das antreten könnten, was jetzt Herr Schiller herausgibt. Hier müßte

45 Die Bundesregierung billigte am 22. Januar 1969 das von Katzer vorgelegte Sozialbudget, vgl. BULLETIN Nr. 12 vom 30. Januar 1969 S. 97–99; „Welt“ vom 23. Januar 1969 „Lebensstandard weiter gestiegen“.

46 Burgbacher hatte bereits am 15. März 1968 dem CDU-Präsidium ein „Kurzmemorandum über Beteiligungssparen aller Art“ vorgelegt, das in verschiedenen Fassungen seiner Weiterentwicklung (u. a. „Eigentumspolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die 6. Legislaturperiode“ vom 15. August 1969) bis zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU vom 14. April 1970 (Drs. VI/616) „Über die Beteiligung der Arbeitneh-

man sich rechtzeitig verständigen – wobei der Kollege Burgbacher dabei sein müßte –, daß man hier zu einer Übereinkunft kommt.

Heck: Vielen Dank! Ich möchte sagen, die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder sind nicht so keusch, ihre Arbeit in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Sie sind die Hauptträger dieser Propaganda, daß die SPD alles geleistet habe, ob wir den Herrn Brandt, den Herrn Schiller, den Herrn Leber oder Frau Strobel⁴⁷ nehmen; die SPD macht es sehr massiv, im übrigen mit sehr vielen finanziellen Mitteln. Herr Schiller ist eigentlich jetzt eine zentrale Propagandastelle geworden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Katzer: Darf ich hier eine Zwischenbemerkung machen! Woran liegt das denn? Wenn ich im Haushaltsausschuß eine Stelle für mein Ministerium anfordere, dann kämpfe ich tagelang für eine Stelle als Automationsfachmann. Ich stehe dann vor einer Riesenschwierigkeit. Aber der Herr Schiller kriegt sofort 20 Stellen bewilligt. Dann wundern wir uns nachher. (*Starke Unruhe.*) Wir sind doch gar nicht in der Lage, hier etwas zu machen. Ich habe auf der Pressestelle zwei Leute. Was soll ich damit anfangen? (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Katzer, der Herr Leber hatte eine ungeheure Möglichkeit, von der Regierung, bevor eine Sache im Kabinett beschlossen worden ist, sie frei zu verkaufen in seinem Leber-Plan. Er ist dann ein bißchen hängengeblieben. Aber die Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes müßte eigentlich ein Anlaß sein, daß der Arbeitsminister in der Pressekonferenz und im Fernsehen mit dem Hinweis darauf, was die Herren dem Herrn Leber zur Verfügung gestellt haben, diese Sache verkauft. Der Druck des Sozialbudgets wäre wiederum eine Sache auf dieser Ebene.

Katzer: Ich werde versuchen, bei der dritten Lesung des Arbeitsförderungsgesetzes – ich hoffe nicht, daß der Präsident⁴⁸ mich rügt – diesen Katalog zu bringen, aber die Sozialpolitik wird im Deutschen Bundestag freitags ab 11.00 Uhr behandelt. Dann sitzen noch zwölf Leute da, und die Pressetribüne ist leer. Dadurch geht also alles verloren. Ich habe doch die tollsten Anstrengungen gemacht, diese Lesung von Freitag auf den Mittwoch vorzuverlegen. Das ist doch einfach nicht möglich. Die Sozialpolitik rangiert bei uns an letzter Stelle, und dann wundert man sich, daß man nicht ankommt. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Wir sollten jetzt die Sache nicht vertiefen, sondern die Gelegenheit, solange Hans Katzer da ist, benutzen, um auch noch über das Thema der Lohnfortzahlung im

mer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungsgesetz – BLG)* als „Burgbacher-Plan“ bekanntgeworden ist. Vgl. Günter BUCHSTAB: Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969, in: HPM 7 (2000) S. 269–288. – Zu den Vorstellungen Schillers zur Vermögensbildung vgl. „pressemittelungen und informationen“ der SPD vom 5. Dezember 1968 Nr. 543/68c sowie SPD, PARTEITAG 1968 S. 785–798.

47 Käte Strobel (1907–1996), kaufmännische Angestellte; 1949–1972 MdB (SPD), 1966–1972 Bundesministerin für Gesundheitswesen bzw. für Jugend, Familie und Gesundheit. Vgl. KEMPF/MERZ S. 696–699.

48 Nach dem Rücktritt Gerstenmaiers am 31. Januar war Kai-Uwe von Hassel am 5. Februar 1969 zum Bundestagspräsidenten gewählt worden.

Krankheitsfalle und über die Krankenversicherungsreform zu sprechen. Wenn ich richtig sehe, werden in der Fraktion die Meinungen kräftig gegeneinander stehen. (*Anhaltende Unruhe.*) Die mittelständische Seite und die Seite der Wirtschaft sind der Auffassung, daß das, was von der Fraktion jetzt verabschiedet worden ist, bereits der Kompromiß sei, daß aber nicht ein Kompromiß zu suchen sei zwischen dem, was die Sozialdemokraten wollen.

Schmücker: Ich kann das nur bestätigen. Das steht etwas im Widerspruch zu der Meinung, die anfangs geäußert wurde. Wir sind der Meinung, wir haben eine Kompromißformel gefunden. Diese Kompromißformel kann draußen vertreten werden. Selbst das Handwerk hat sie akzeptiert. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei dieser Formel bleiben müssen. Wenn diese Formel verlassen wird, dann gibt es Auseinandersetzungen. Aber ich sehe zur Zeit keine Gefahr, daß diese Formel verlassen wird. (*Zuruf: Welche Formel?*) Die wir in der Fraktion gefunden haben.

Heck: Die Selbstbeteiligung bei dem Krankenhausaufenthalt von 3,00 DM (*Starke Unruhe.*) ist eine Frage, die jetzt zur Disposition für einen Kompromiß steht.

Katzer: Herr Kollege Heck, in der Fraktion ist ein Beschluß gefaßt worden bei sehr guter Besetzung gegen eine Stimme und bei einer Enthaltung, die den Kompromiß der Kommission gebilligt hat. Jetzt stehen wir vor folgender Situation: Entweder gibt es eine isolierte Lohnfortzahlung oder es gibt die Brand-Kommission, wobei man einige Modalitäten noch bringen muß. Das ist doch die Frage, vor der die Fraktion jetzt neu steht. Das ist ja das Bedauerliche, seit $\frac{3}{4}$ Jahren sage ich, machen Sie schnell, je näher der Wahltag rückt, desto teurer wird es. Aber nein, man hat geglaubt, man könne es wegziehen. Jetzt sage ich noch einmal, wenn wir es nicht jetzt machen, dann wird es in acht Wochen noch teurer. Das wird doch auf dem Parteitag der SPD diskutiert. Ich bin fest davon überzeugt, daß man jetzt damit vor die Fraktion hintreten kann. Wir haben erstens die Beitragsrückgewährung. Wir haben zweitens die Rezeptgebühr. Da müssen die Sozialdemokraten kriechen. Wir haben dort die Regierungserklärung. Die müssen hier nachgeben. Ich habe die 4 % Krankenversicherungsbeitrag bei den Rentnern im ganzen Lande verteidigt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich will das jetzt nicht vertiefen. Es war hier im Kabinett! (*Anhaltende Unruhe.*) Die Position ist unverzichtbar, nämlich bei Beitragsrückgewähr und Rezeptgebühr. Die Frage der 3,00 DM für die Krankenhausbeteiligung bringt insgesamt ein Volumen von 80 Mio. DM bei einem Gesamtvolumen der Krankenversicherung von 20 Mrd. DM. Es glaubt kein Mensch, daß wir das jetzt ernsthaft anpacken können. Aber strukturell müssen wir diese beiden Punkte durchsetzen. Wir müssen die Sozialdemokraten eben dazu zwingen, hier mitzumachen. (*Heck: Was kostet die Beitragsrückgewährung?*) Die Beitragsrückgewährung kostet 630 Mio. DM. Wir haben 180 Mio. Krankenscheine, und jetzt werden bereits 60 Mio. Krankenscheine nicht benutzt, was übrigens gegen die auch von der Dienstleistung vertretene These spricht, als wenn hier ein Mißbrauch in einem irrsinnigen Ausmaß betrieben würde. Mißbrauch wird sicherlich von allen Seiten betrieben, die da beteiligt sind, aber es ist nicht so gewaltig, wie man angenommen hat. Jetzt wird derjenige, der ohnehin keinen Krankenschein in Anspruch genommen hat, auch die Rückgewähr bekom-

men, aber entscheidend, was wir uns davon versprechen, ist doch dies, daß der einzelne für Mann und Frau [sic!], wenn er ein Jahr lang überhaupt nicht krank wird, 60 DM zurückgezahlt bekommt, also je dreimal 10 DM. Die Entscheidung ist nur die: Einen Schein lassen wir frei, damit wir uns nicht diesen Vorwurf zuziehen, ihr versperst den Weg zum Arzt.

Es ist uns gelungen, wenn wir jetzt politisch diskutieren, daß wir in dieser Runde zwar die Gewerkschaften gegen uns haben, weil sie grundsätzlich sagen, keine Kostenbeteiligung, daß wir aber die Ärzte auf unserer Seite haben. Wissen Sie noch, daß damals die 90.000 Ärzte unter dem Gesichtspunkte „Gesundheitspolitik“ die Sache maßgeblich zu Fall gebracht haben?⁴⁹ Die Ärzte tolerieren unsere Sache jetzt, sogar mit leichter Unterstützung von Herrn Jungmann⁵⁰ dankenswerterweise, der jetzt für diese Pläne ist. Der Gedanke, der dahinter steckt, ist der, wenn man sagt, die Leute werden sich überlegen, ob sie jetzt zum Arzt gehen wegen einer Grippe, oder ob sie sagen: Ich tue das jetzt nicht, sondern ich bekomme 10 DM zurück. Ich kaufe mir für 2,50 DM Tee oder sonst etwas Ähnliches in der Apotheke oder in der Drogerie. – Das ist das Hinführen zum wirtschaftlichen Denken in der Krankenversicherung. Das ist die erste Phase, von der ich spreche. Das ist der erste Punkt, von dem ich weiß, daß er jetzt erreicht werden muß. Finanziell ist das gar nicht so wichtig, sondern es ist die Frage, ob wir eine neue Denkkategorie bekommen, daß wir den Leuten a) bewußt machen, was kostet das, daß wir ihnen b) bewußt machen, du mußt nicht immer zum Arzt gehen, sondern das kannst du dir auch in der Apotheke kaufen. Wenn wir das erst einmal fertigbringen, dann ist [das] für meine Begriffe auf die Dauer gesehen günstig. Das ist nicht meine Erfindung, sondern das ist abgelesen bei der Autoversicherung. Die Leute sagen hier, es ist eine großartige Geschichte. Der Blechschaden wird von uns selbst in Ordnung gebracht usw. (*Amrehn*: Bei den Autos ist es schlecht, denn der Täter entflieht immer.) Das ist eine andere Frage. Jedenfalls werde ich mich nicht davon abbringen lassen.

Bei der Vorlage, die ich nach dem Bundesparteitag in Berlin konzipiert habe, war auch die SPD bereit, der Beitragsrückgewährung und der Krankenscheinerhöhung zuzustimmen. Darauf werden wir sie festnageln. Aus dieser Klemme kommen sie nicht heraus. Nur dürfen wir das nicht schwimmen lassen, sondern müssen sie stellen und zwingen; das muß bis nächsten Dienstag geschehen!

Lücke: Was jetzt geschehen ist, ist folgendes: Den Vorschlag von Katzer zu erfüllen, daß der Bundeskanzler die sozialdemokratischen Kollegen und Minister noch vor Dienstag zusammenruft, um sie mit diesem Wirtschaftsbericht zu konfrontieren, damit die SPD-Minister nicht querschießen bei der Verabschiedung der Vorlage. Das ist das einzige, was wir jetzt noch machen können. (*Katzer*: Ich glaube, das geht nicht. Es geht

49 1964 drohten die Ärzte mit massiven Streikmaßnahmen gegen die von der Bundesregierung geplante neue Gebührenordnung.

50 Vgl. Nr. 16 Anm. 94. – Zur Kritik der Ärzteverbände an der von der SPD im Rahmen der Krankenversicherungsreform vorgeschlagenen Änderung der Krankenversicherungspflichtgrenze vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 1. April 1969.

nur, daß der Bundeskanzler die Fraktionsvorsitzenden einlädt. Die muß der Bundeskanzler bis Dienstag einladen, sonst geht das schief.)

Heck: Ich habe den Eindruck, daß gegen den Abstrich der Selbstbeteiligung bei dem Krankenhausaufenthalt aus seinem Bereich erheblicher Widerstand zu erwarten ist. Wenn das nicht der Fall ist, dann geht die Sache so über die Bühne. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Sozialdemokraten Widerstand leisten. Es ist die Hauptfrage, ob die Fraktion bereit ist, von dem, worüber sie sich bis auf eine Stimme geeinigt hat, noch Abstriche zu machen.

Schmücker: Ich glaube nicht, daß das möglich ist, daß die Fraktion das noch einmal modifizieren wird. (*Starke Unruhe.*) In der Fraktion ist dieser Kompromiß nur zustande gekommen unter der Zusage aller Beteiligten, davon nicht abzuweichen. Ich war in meinen Veranstaltungen im Wirtschaftsrat und in der Wirtschaftsvereinigung oft oben, wenn ich sagte, daß an diesem Kompromiß alle festhielten und unsere Mitglieder in den Sozialausschüssen nicht mit den Sozialdemokraten stimmen werden, wenn die eine andere Lösung vorschlagen. Die anwesenden Mitglieder der Sozialausschüsse haben das auch jeweils bestätigt. (*Katzer:* Es kann sich doch kein Mensch in Deutschland vorstellen, wenn die Sache in acht Wochen durchberaten ist, daß wir an dem Punkte das Ganze scheitern lassen.) Für die Mitglieder, die in der Wirtschaftspolitik im wesentlichen tätig sind, war das der äußerste Kompromiß. Das muß natürlich auch gesehen werden. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Ich glaube, die Lage als solche ist klar. Was hier nicht geklärt werden kann, ist nur, wie sich die Fraktion verhält. Das ist doch das Problem. Die Lohnfortzahlung isoliert kommt dann zustande, wenn unsere Fraktion für den Fall, daß die Mehrheit jetzt an dem Kompromiß festhält, ausscheren würde und mit der SPD die Lohnfortzahlung macht. Nur dann könnte sie zustande kommen. (*Starke Unruhe. – Katzer:* Es wäre dann so, daß die FDP mit der SPD uns bei der Versicherungspflichtgrenze überstimmen müßte.)

Schmücker: Ich würde davor warnen, ein Doppelspiel anzufangen. Dieser Kompromiß in der Fraktion ist überhaupt nur zustande gekommen, weil man davon ausgegangen ist, daß an ihm festgehalten wird. Wenn man nun noch weitergeht, dann werden sie auf der anderen Seite sagen: Wir sind überhaupt nicht mehr gebunden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Brauksiepe: Ich wollte mir einen kleinen Hinweis erlauben. Ich sammle jeweils vor der Wahl die kleinen Handzettel, die die CDU/CSU herausgibt, mit den orangefarbenen Streifen.⁵¹ Sie sind genau so groß, daß sie in eine Herrentasche oder in eine Damentasche passen. Ich stelle fest, daß diese kleine Information eine große Hilfe ist, z. B. bei der Arbeit, von der Herr Katzer gesprochen hat, von dem Gesinnungswandel im sozialen Denken usw. Wenn man das monatelang mitlaufen läßt, ist es eine ganz verdienstvolle Geschichte. Man braucht nicht immer eine Broschüre herauszugeben, die man

⁵¹ Eine Übersicht über die Publikationen im Wahljahr 1969 in ACDP Dokumentation 2/202. Hier sind die DIN-A5-Blätter „CDU-Information“ gemeint (Ebd. 2/207).

vielfach gar nicht liest. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir müssen das so aufbereiten, daß die Gesinnung mit dieser Umstellung beeinflußt wird.

Heck: Meine Damen und Herren! Wir können damit die Vormittagssitzung schließen. Ich möchte Herrn Katzer danken und ihm alles Gute für seine Gespräche mit den Vertretern der Kriegsoferversände wünschen.

Unterbrechung von 12.45 Uhr bis 13.15 Uhr

Kiesinger: Wir setzen die Sitzung fort. Ich habe nicht hören können, was der Herr Katzer gesagt hat. – Bitte, Herr Heck!

Heck: Herr Katzer ist der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn man im Kabinett die Sache initiativ behandelt hätte; denn er glaubt, über den Jahreswirtschaftsbericht seien die SPD-Mitglieder klar im Wort. Er ist der Meinung, daß so schnell wie möglich die beiden Fraktionsvorsitzenden miteinander verhandeln sollten. Er ist der Auffassung, unverzichtbar sei für uns erstens die Rezeptgebühr, zweitens die Krankenscheinrückerstattung. Dagegen glaubt er, daß man für einen Kompromiß zur Diskussion stellen könne den Krankenhausaufenthalt mit 3,00 DM Beteiligung an den Verpflegungskosten. Er ist der Meinung, wir seien gezwungen, diesen Kompromiß auf der Ebene zu suchen, weil sonst die Lohnfortzahlung überhaupt isoliert dann beschlossen würde. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Lohnfortzahlung isoliert nur verabschiedet werden könnte für den Fall, daß ein Teil unserer Fraktion von der Absprache abgeht. Herr Schmücker war dieser Meinung. Ich habe vom Hörensagen einen ähnlichen Eindruck bekommen, daß die Kollegen, die aus dem mittelständischen Bereich und aus der Wirtschaft kommen, der Auffassung sind, daß das Ganze ein Kompromiß ist, daß insgesamt von ihnen nur weiterhin mitgemacht wird, wenn man diesen Kompromiß ohne Abstrich beibehält. Das war der Stand der Diskussion.

Kiesinger: Ich befürchte, daß es dazu kommt. Hier liegt für die Partei ein ernstes Problem vor. Wir müssen prüfen, ob der Kompromißvorschlag, den er für denkbar hält, tatsächlich noch akzeptabel ist. Ich habe meine Zweifel. Außerdem kommt noch die Frage der Ausgleichskasse hinzu; denn ohne die werden wir es nicht durchhalten. Ich werde mit den Fraktionsvorsitzenden die Frage besprechen. Ich werde selbstverständlich den Mitgliedern der Fraktion sagen, hier ist ein Kompromiß gefunden worden von beiden Seiten. Es wird sich zeigen, daß die einen sagen, wir haben zugestimmt. Hier wird sich zeigen, ob die Fraktion wirklich beisammenbleibt oder nicht. Das ist ein ganz ernstes Problem. Darüber täusche ich mich nicht.

Auf der anderen Seite ist es auch so, daß hier ein Druck von der SPD ausgeübt wird, der auch das Rentenversicherungsänderungsgesetz betrifft. Sie will das Rentenversicherungsänderungsgesetz nur beschließen, wenn in Sachen Lohnfortzahlung eine ihr genehme Lösung gefunden wird. Der Fraktionsvorsitzende selber kommt aus Nordrhein-Westfalen. Ich sage das ohne einen kritischen Unterton. Das bedeutet natürlich für ihn eine Schwierigkeit – Sie kennen die Sonderstellung von Nordrhein-Westfalen –, eine absolut feste Haltung in der Frage des Kompromisses einzunehmen. Ich glaube nicht, daß er sie einnehmen wird. (*Dufhues:* Der Vorstand der westfälischen CDU war ein-

stimmig der Meinung, daß der Kompromiß der Brand-Kommission akzeptiert werden solle. – *Lebhafte Unruhe.*) Mehr können wir im Augenblick zu dieser Frage nicht sagen.

Es ist natürlich so, viele Arbeiter wissen nicht recht, um was es geht. Sie wissen nicht, was sie eigentlich da kriegen und was sie nicht kriegen. Daß es in erster Linie eine Frage der Sanierung ist, wird in diesen Diskussionen einfach unterschlagen.

BERICHT ZUR LAGE

Jetzt mache ich bei den außenpolitischen Dingen weiter. Ich habe gerade ein kleines Gespräch am Tisch gehabt, was ich über Nixon sagte. Ich will das noch einmal klarmachen. Es ist nicht so, daß Nixon goldene Berge verspricht. Wenn ich sagte, er steht eher auf dem Boden von Dulles, dann eben da, wo Dulles heute stünde angesichts der veränderten Situation. Ich will es etwas deutlicher sagen. Brandt hat z. B. bei dem Gespräch mit mir plötzlich angeregt, ob man nicht in der deutschen Frage eine neue Initiative ergreifen könne. Nixon hat darauf geschwiegen. Bei den Unterhaltungen in Washington wurde mir ganz klar, daß er dieser Frage absolut pessimistisch gegenübersteht, d. h., daß er nicht glaubt, daß in der deutschen Frage in absehbarer Zeit ein Fortschritt erzielt werden könnte.

Was Berlin anlangt, darüber muß man noch reden. Nur ist die Frage außerordentlich heikel. Jede Vereinbarung über Berlin bedeutet für Berlin auch die Gefahr einer staatlichen Minderung. Auf der anderen Seite muß man das Thema zwischen uns und den Amerikanern sehr sorgfältig beraten. Da sind wir über die ersten Anfänge noch nicht hinaus, aber wir werden uns mit unseren Berliner Freunden zusammentun und sehen, ob man vielleicht ein Stückchen in der Sicherung der Position der Stadt, der Sicherung der Zugangswege usw. weiterkommen kann. Guter Wille bei den Amerikanern ist durchaus vorhanden. Ich sage noch einmal, die Gesamthaltung Nixons ist nicht etwa ein überbetonter Optimismus, nirgendwo, sondern ein behutsames, vorsichtiges, realistisches Abtasten der Dinge. Worauf man sich verlassen kann, ist, daß er wirklich versucht, mit seinen europäischen Verbündeten ein bestes und solides Vertrauensverhältnis zu unterhalten, viel zu konsultieren und dies insbesondere auch zwischen unseren beiden Staaten.

Was aus dem Ganzen wird, werden wir erst in ein paar Monaten sehen. Ich kann nur noch einmal sagen, es wird in ein paar Monaten ganz deutlich sein, daß er haargenau in denselben Problemen steht wie sein Vorgänger. Dann wird es darauf ankommen, ob er mit seiner ruhigen Haltung, mit seinem nichts Unmögliches verheißendem Ziel sich in der öffentlichen Meinung Amerikas besser durchsetzen wird als sein Vorgänger.

Die europäische Frage will ich kurz berühren. Sie wissen, in welcher Sackgasse wir stecken. All der Krampf, der auch bei einigen unserer Freunde gemacht wird, ist eben nichts weiter als Krampf. Solange de Gaulle da ist, wird es keine Möglichkeit geben für Großbritannien, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Das ist einfach ein Faktum, das man anerkennen muß. Das kann man beklagen, aber was hilft das? Diese Auffassung ist

nun allmählich Allgemeingut in Europa geworden. Wir haben uns lange genug dafür prügeln lassen müssen, daß wir nicht genug taten, daß wir uns der de Gaulleschen Meinung beugten.

Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, von den europäischen Regierungschefs hat keiner so hart mit de Gaulle geredet wie ich. Härter konnte man einfach nicht mit ihm reden. Das führte dazu, daß er, als wir uns das vorletzte Mal – das letzte Mal war es anders – am Abend trafen, sagte: Heute sind wir etwas rauh miteinander umgegangen. Wir wollen sehen, daß es morgen wieder ein bißchen freundlicher wird.⁵² – Das heißt also, es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die Briten davon zu überzeugen, wir wollen euch drin haben, aber ihr müßt Geduld haben, bis eben in Frankreich sich eine andere Richtung durchsetzt. Wir haben alle Ersatzkonstruktionen abgelöst; erst diejenigen, die Frankreich wegschicken und dafür Großbritannien hineinnehmen wollen, oder diejenigen, die neben die EWG eine zweite Organisation setzen wollen, oder diejenigen, die mit ihrer Konstruktion den britischen Löwen durch das Achsenpfortchen in Europa einschleusen wollen. Auch da hat sich unsere Auffassung durchgesetzt. Alle phantastischen Pläne sind eingeschlafen. Ein Mann wie Jean Monnet, den man wirklich nicht im Verdacht haben kann, daß er nicht alles versucht, um eine europäische Lösung mit Großbritannien herbeizuführen, hat mir vor kurzem auf meine direkte Frage, was habe ich falsch gemacht, gesagt: Nichts hast du falsch gemacht. Der einzige Weg, der gegangen werden kann, den bist du gegangen. Wichtig ist, daß es nicht zum Bruch mit Frankreich kommt. Wichtig ist, daß keine Ersatzorganisationen geschaffen werden; denn durch die wird das, was wir erreicht haben, nur zerstört. Dann haben wir schließlich überhaupt nichts mehr, sondern nur noch ein Tohuwabohu.

Aber es kommen neue Elemente, und da habe ich eine hochinteressante Unterhaltung mit Erländer gehabt.⁵³ Anlaß dazu war diese umstrittene Unterhaltung de Gaulles mit dem britischen Botschafter Soames⁵⁴, wo er im Grunde genommen nichts Neues gesagt hat. Er hat immer gesagt, dann bitte ich um den Willen der Wähler, aber dann ist das, was wird, etwas anderes. Das habe ich ihm immer bestritten. Aber ich wußte immer, daß dieses mein Bestreiten im Grunde genommen eine höchst dubiose Position war; denn es ging ja nicht nur um Großbritannien, es ging ja auch um Irland und Dänemark, Norwegen und Schweden, Österreich und und und. Kein Mensch kann bezweifeln, daß dann allerdings de Gaulle recht hat. Wenn die alle Mitglieder der Gemeinschaft

52 Kiesinger und de Gaulle trafen sich am 13./14. März 1969 zu Konsultationsgesprächen in Paris, vgl. AAPD 1969 Nr. 99, 100, 103.

53 Am 17. April 1969 um 12.00 Uhr, vgl. AAPD 1969 Nr. 128.

54 In der Vorlage: Zons. – Christopher Soames (1920–1987, seit 1978 Lord Soames), britischer Politiker (Konservative Partei); 1950–1966 Abgeordneter im Unterhaus, 1951–1955 Parlamentarischer Privatsekretär seines Schwiegervaters Winston Churchill, 1960–1964 Landwirtschaftsminister, 1968–1972 Botschafter in Paris, 1973–1976 Vizepräsident der EG-Kommission, 1979/80 letzter Gouverneur von Rhodesien. – Zur Unterhaltung mit de Gaulle am 4. Februar 1969 vgl. AdG 1969 S. 14514–14516; AAPD 1969 Nr. 56. Vgl. auch BPA-Nachrichtenspiegel vom 23. Februar 1969 mit britischen und französischen Pressestimmen zur Unterredung.

werden, dann kann die Gemeinschaft nicht mehr identifiziert werden mit dem Ziel einer europäischen politischen Union. Das ist ganz klar. Er hat immer gesagt, entweder das eine oder das andere, entweder Gemeinschaft oder europäische Freihandelszone. Ich habe gesagt: Nein, Gemeinschaft zwischen denen, die als Endziel eine neue europäische Union wollen. Das sind zunächst die Sechs. Dazu halten wir allerdings auch England für notwendig. Die anderen wollen ja zum großen Teil gar nicht; ganz sicher die Iren nicht, ganz sicher die Schweden nicht, ganz sicher die Österreicher nicht; denn die haben ja einen neutralen Status. Also eine Konstruktion, die als Kern die Gemeinschaften kennt mit dem Ziel einer späteren politischen Union und die, eingebettet in einer größeren Organisation, durch etwas Ähnliches wie eine europäische Freihandelszone ersetzt wird.

Nun haben wir damit den Anfang gemacht, als wir in Paris dieses nachher so lächerlich gemachte Arrangement schafften.⁵⁵ Das begann damit, beide Länder wünschen die Beteiligung Großbritanniens und anderer. Da es aber im Moment nicht möglich ist, diese Sache zu machen, soll es eine Erleichterung geben. Das gab nun ein Auf und Nieder. Zunächst haben es die Engländer vom Tisch gewischt, weil es für Herrn Wilson eine Prestigefrage war. Dann hat er eingesehen – das war auch bei seinem letzten Besuch so –, daß er das nicht erreichen kann. Sehr zögernd und Rücksicht nehmend auf England waren die Skandinavier. Der schwedische Botschafter war der erste, der damals zu mir kam und sagte: Das wäre ja für uns die Lösung.⁵⁶ – Dann kamen die Dänen. Jetzt kommen die Einladungen an mich zum Besuch der skandinavischen Länder. Herr Erlander hat mir gesagt, wenn das gelänge, wäre das überhaupt die ideale Lösung.

Nun weiß ich genau, daß der Teufel im Detail steckt und eine Menge von Schwierigkeiten auftauchen werden – vor allen Dingen auf dem Agrarsektor –, sobald man an eine solche Sache herangeht. Aber ich glaube, daß wir doch mit einem solchen Plan hervortreten werden. Ich würde einige Kabinettsmitglieder beauftragen, das jetzt auszuarbeiten. De Gaulle habe ich gesagt: So etwa denke ich mir die Sache. Ich sehe nicht ein, warum das nicht möglich sein soll. – Dabei bleibt die Streitfrage natürlich. Die Briten werden sagen, wir wollen aber im inneren Kern sein, wir wollen nicht mit den Skandinavieren, den Schweizern usw. außerhalb stehen. Die Streitfrage bleibt solange, wie eben die Schwierigkeiten bestehen. Aber deswegen sollten wir Großbritannien nicht daran zu hindern versuchen, daß es zu einer solchen Lösung kommt.

Nun hat mir Herr Erlander versprochen, er wolle also auf Wilson Einfluß zu nehmen versuchen, er solle den Widerstand gegen eine solche Lösung überwinden. Er bat mich

55 Bei den Gesprächen Kiesingers am 15./16. Februar 1968 in Paris wurde über ein „Arrangement“ für die weiteren Beziehungen Großbritanniens zur EWG gesprochen, vgl. AdG 1968 S. 13735–13738; AAPD 1968 Nr. 59. – Bei den Gesprächen am 27./28. September 1968 in Paris wurde eine „spezielle deutsch-französische Zusammenarbeit“ bezüglich des inneren Ausbaus der EWG sowie für deren Erweiterung vereinbart, vgl. „Rhein-Neckar Zeitung“ vom 30. September 1968 „Neuer Anlauf mit de Gaulle“.

56 Nils Montan (geb. 1916), 1967–1972 schwedischer Botschafter in der Bundesrepublik. – Schweden hatte am 26. Juli 1967 einen erneuten Antrag auf Assoziierung mit der EG gestellt, vgl. AAPD 1968 S. 71 Anm. 4. – Treffen am 28. Januar 1969 (ACDP 01–226–738).

darum, den amerikanischen Widerstand zu überwinden. Amerika hat gegen dieses Arrangement heftigsten Protest eingelegt, und zwar in einer Weise, wie wir es aus der vergangenen Zeit gewohnt sind, die der neue Präsident endgültig zu verlassen versprochen hat. Der amerikanische Botschafter in Brüssel hat unserem Botschafter dort gesagt: Rack to kill with right the way.⁵⁷ Das war eine ziemlich brutale Sprache.

Gestern war der amerikanische Handelsminister bei mir.⁵⁸ Die haben ihre Sorgen wegen ihrer Handelsbilanz. Man wird versuchen müssen, Lösungen zu finden, die den amerikanischen Interessen einigermaßen gerecht werden. Das, glaube ich, wäre ein Plan, der uns in den europäischen Dingen weiterführen könnte. Ich möchte natürlich sehr gern, daß wir in den nächsten zwei Monaten mit einem solchen Plan hervortreten können. Ich wollte ihn vorher noch mit Rumor⁵⁹ absprechen, der mich schon dreimal sprechen wollte, aber wegen seiner permanent wiederkehrenden Regierungskrise die Begegnung wieder absagen mußte, um da von vornherein einen Verbündeten zu haben. Die Wirtschaftsimplicationen, die ein solcher Plan hat, müssen natürlich genau untersucht werden, aber zunächst einmal muß man das Ziel haben.

Wir waren eigentlich immer der Meinung, wirtschaftlich gesehen muß ganz Europa in einer solchen Organisation zusammengefaßt werden. Diese Teilung zwischen Gemeinschaft und EFTA muß überwunden werden. Es gehören dazu auch noch andere. Auch die Spanier und Portugiesen haben ihr dringendes Interesse angemeldet bei meinem Besuch⁶⁰, daß sie an einer solchen Organisation teilnehmen möchten. Das geht bis Israel. Sicher wird es nicht leicht sein, einen Weg zu finden, der uns aus der Sackgasse herausführen könnte. Wenn nur zunächst einmal der Plan als solcher akzeptiert würde und man dann an die Ausarbeitung der Einzelheiten gehen könnte! Das Gespräch war hochinteressant. Ich habe ihm gesagt: Warum kommt ihr Skandinavier so spät? Ihr habt doch immer gehört, was wir wollen. Warum seid ihr nicht früher gekommen? – Er hat mir recht gegeben und gesagt: Wir haben zu lange auf England Rücksicht genommen.

Ich habe vorhin gesagt, wir werden nächste Woche die Große Anfrage der FDP beantworten. Es ist jetzt wieder so ein bißchen ein Zustand entstanden wie im Sommer 1967. Sie erinnern sich noch, alles diffus, die Aussage des Außenministers so, daß jeder daraus oder hineininterpretieren konnte, was er wollte. Die Presse hat ihn immer in einem Sinne interpretiert, wie sie es wollte, z. B. der „Kölner Stadtanzeiger“: „Der Kanzler hat wieder einmal den Außenminister falsch interpretiert.“⁶¹ Daraufhin habe ich dann im Sommer gesagt: Ich kann nicht mehr zusehen. – Ich habe die Leute zusammengerufen. Da ist es dann gelungen. Wir haben mindestens ein gutes Jahr einigermaßen

57 Wahrscheinlich gemeint: We're gonna kill that right away. – Ridgway B. Knight (1911–2001), 1965–1969 amerikanischer Botschafter in Belgien.

58 Maurice Hubert Stans (1908–1998), amerikanischer Politiker; 1969–1972 Handelsminister.

59 Dr. Mariano Rumor (1915–1990), italienischer Politiker (Democrazia Cristiana); 1968–1970 Ministerpräsident.

60 Kiesinger hielt sich vom 24.–28. Oktober in Portugal und vom 28.–30. Oktober 1968 in Spanien auf. Vgl. AdG 1968 S. 14290f.; AAPD 1968 Nr. 355, 357, 358.

61 Vgl. FAZ vom 22. August 1967 „Kiesinger interpretiert Außenminister Brandt“.

Ruhe gehabt. Es kam die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, wo Achenbach⁶² sagte: Gut, einverstanden! – Das war eine ganz klare Abgrenzung der Ostpolitik in unserem Sinne.

In einer Debatte des Bundestages – nicht bei der Regierungserklärung oder bei anderer Gelegenheit – wurde dann diese Einigkeit bestätigt. Nun ist im Zusammenhang mit der Ostpolitik, mit der Deutschlandpolitik, mit der Budapester Erklärung, mit dem Atomsperrvertrag wieder so eine Situation entstanden, wo die Leute nicht mehr wissen, an wen sie sich halten sollen. Ich bin ja immer in derselben Situation. Wir können jetzt keine sechs Monate lang Wahlkampf machen. Wir werden in unseren Äußerungen viel deutlicher darstellen, wo wir verschiedener Meinung sind, aber keine der beiden Parteien, auch die deutsche Demokratie, hielte jetzt ein fünfmonatiges Gezänk der beiden Partner aus, die sich in der Großen Koalition zusammengefunden haben. Das wird nun die Schwierigkeit sein. Das ist auch eine Schwierigkeit beim Parteikongreß der SPD. Die Pressekommentare sind ganz lustig dabei. Sie möchten niemand wehe tun, aber sie wollen doch etwas sagen. Sie sagen also alles das, was gut gemacht worden ist. Es ist derselbe Wahlkampf, wie ihn die Saragat-Sozialisten in Italien geführt haben.

In diesem Zusammenhang denke ich an diejenigen, die mit dem Papst ein langes Gespräch geführt haben. Bei Herrn Schiller ist es erschütternd komisch gewesen, was er von seinem Gespräch mit dem Papst erzählt.⁶³ Das ist ein Stück Komik. Deswegen habe ich meine Rede in Ludwigshafen benutzt, um noch einmal in dieser Frage ganz klare Aussagen zu machen. Es kam dann, weil es am Freitagabend war, nicht mehr richtig zum Zuge. Ich werde es in einem Beitrag zur Deutschlanddebatte machen.

Die Anerkennung kommt nicht in Frage, weil wir es gar nicht dürfen und können. Wir können nicht über die 17 Mio. Menschen drüben verfügen und sagen, wir anerkennen. Brandt sagte zu mir: Das Gebilde. – Ich sagte, gut, man kann es auch auf deutsch sagen. Wir können es nicht. Wir sind Rechtens, moralisch und politisch nicht in der Lage dazu; das ist eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Ich bin dann einen Schritt weitergegangen und habe gesagt: Das ist eine Sache derer von drüben. – Jetzt stelle ich mich auf den Standpunkt und sage, des ganzen deutschen Volkes. In dieser Frage drücke ich mich nicht zu entschieden aus. Das ist auch nicht nötig. Wir wollen den anderen den Weg bahnen bis zu dem Zeitpunkt, wo sie selber sagen können, was sie wollen. Das ist die Aussage von Anfang an gewesen, und dabei bleibe ich. Wir haben nicht das Recht dazu. Das ist das erste. Ob man das Gebilde nun Staat nennt oder nicht Staat, ist an sich gleichgültig, nur wenn man es sagt, dann verstehen es die Leute falsch. Das

62 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), Jurist; 1936–1944 Beamter im Auswärtigen Amt, 1946 Rechtsanwalt, 1947/48 Verteidiger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1957–1976 MdB.

63 Im Rahmen seines Rom-Besuches wurde Schiller von Papst Paul VI. am 10. März in Privataudienz empfangen. Themen des halbstündigen Gesprächs waren u. a. die Unruhe in der Jugend und die Krise der Autorität. Vgl. dpa vom 10. März 1969; „General-Anzeiger“ vom 11. März 1969. – Zu Kiesingers Rede in Ludwigshafen vgl. Anm. 10.

macht die SPD. Wenn man vom Staate spricht, vielleicht ist es ein Staat, aber kein legitimer. Aber die Leute verstehen, wenn man Staat sagt, das ist die Anerkennung.

Wenn wir das Gebilde anerkennen, dann anerkennen wir es zwangsläufig, ob wir es wollen oder nicht, als deutsche Republik, d. h. einfach als kommunistische Republik. Wir anerkennen nicht nur die Teilung, sondern wir anerkennen auch die Legitimität dieser Republik. Ich wüßte nicht, wie das freie Berlin zu halten wäre, wenn die Anerkennung durchgeführt würde. Brandt bestreitet mir das zwar, aber ich habe auch bei den Amerikanern eine entsprechende Auffassung gefunden, das freie Berlin ist haltbar, solange das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung eben noch als eine künftige Lösung ins Auge gefaßt wird. (*Amrehn*: Solange es noch Deutschland gibt!) Natürlich! Aber wir wollen jetzt nicht diskutieren. Das sind die Grundsätze, und damit müssen wir in den nächsten Monaten ganz klar argumentieren.

Die SPD ist in einer schlechten Situation. Im Grunde genommen ist die Auffassung der führenden Leute der SPD genau wie unsere, bei ihnen ist es nur z. T. eine Rücksichtnahme auf abweichende Meinungen in ihrer eigenen Partei und zum anderen Teil eine merkwürdige Anfälligkeit in Sachen Ostpolitik; eine Anfälligkeit zu bestimmten Illusionen, zu bestimmten Hoffnungen. Das steckt in ihnen drin. Das kommt alles zusammen in den Aussagen des Außenministers, des Vorsitzenden der SPD und auch des Mannes, der auf der einen Seite beraten wird von ganz konservativen Kräften, von den Herren Emmel⁶⁴ und Lahr⁶⁵ in gewissen europäischen Fragen; von Lahr bis Bahr, sage ich immer. (*Heiterkeit*.) Das ist ein weiter Bogen.

Ich habe gestern mit unserem Botschafter in Moskau eine völlige Übereinstimmung der Auffassung in unserer Analyse gehabt. Ich habe ihm gesagt, Sie müssen wissen, was los ist, ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie die Situation beurteilen. Hier ist unsere Gefahr die, daß einerseits aus der SPD, andererseits aber noch viel stärker aus der FDP die Anerkennungstendenz deutlich wird und daß wir die Anerkennungspartei ohnehin sich immer stärker ausbreiten sehen in den publizistischen Organen. Allardt⁶⁶

64 Im Original Emmert. – Dr. Egon Emmel (1914–1983), Diplomat; 1950–1955 Mitarbeiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1955 Wechsel in das Auswärtige Amt, 1965 Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich Handels- und Entwicklungspolitik, 1966 Ministerialdirigent, 1966–1970 Verhandlungsführer für Handelsgespräche mit Staaten des Ostblocks, 1970–1972 Leiter der Handelsmission in Warschau.

65 Rolf Lahr (1908–1985), Diplomat und Staatssekretär; 1934–1939 Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, 1949–1953 Handelsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, 1953 Eintritt ins Auswärtigen Amt, 1960/61 Botschafter bei der EG, 1961–1969 Staatssekretär, 1969–1973 Botschafter in Rom, 1973/74 Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO in Rom. Memoiren: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974. Hamburg 1981.

66 Dr. Helmut Allardt (1907–1987), Jurist und Diplomat; 1936 Eintritt ins Auswärtige Amt, 1950–1952 Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft, 1952 Rückkehr in den Auswärtigen Dienst, 1954–1958 Botschafter in Indonesien, 1958–1960 Generaldirektor bei der EWG, 1961–1963 Leiter der Handelspolitischen Abteilung im AA, 1963–1968 Botschafter in Madrid, 1968–1972 in Moskau. Memoiren: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse. Düsseldorf 1973. Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West. Düsseldorf 1979.

sagte mir, wenn man von Moskau aus die deutsche Szene beobachtet, so brauchen die sich nur hinzusetzen und zu warten; das kommt ganz von selbst. Ich habe jetzt einen absolut zuverlässigen Bericht aus einem östlichen Land, und zwar der höchsten politischen Instanz dort, gehört, wie man die Lage bei uns dort beobachtet.,

Ich glaube, das ist symptomatisch für andere. Dort sagt man: Es sind Wahlen im Herbst, also ist ganz klar, Herr Brandt will Anerkennung, der Kiesinger will sie nicht. – Darum geht es zur Zeit. Bei den Wahlen im Herbst wird die SPD entweder die absolute Mehrheit bekommen, oder es wird eine Kombination geben, bei der die CDU mit der CSU wieder die stärkste Partei wird, aber nicht so, daß nicht ein Zusammengehen zwischen SPD und FDP kommen wird. Wenn sie die Chancen haben, dann werden sie es machen – so heißt es dort –, dann setzt unmittelbar ihre neue Ostpolitik ein, d. h. Anerkennung. Dann kommt die Budapester Erklärung mit der europäischen Friedenskonferenz usw. Da ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens, aber es zeigt, daß die Beobachtung völlig richtig ist. Diese Leute tun uns einen Schaden, der ganz ungeheuer ist.

Warum das so ist bei uns, darüber kann man philosophieren, meine Damen und Herren. Wir sind eben ein Volk ohne Durchhaltekraft, ohne langen Atem; nicht die breiten Schichten unserer Bevölkerung, aber eben sehr viele von denen, die da schreiben, die die öffentliche Meinung machen. Sie schreiben nicht, daß es notwendig ist, sich damit abzufinden, daß es sich um ein Problem handelt, das für absehbare Zeit einfach nicht lösbar ist. Dieses Sichabfinden muß natürlich so aussehen, daß man auch seine Politik danach einrichtet. Es gibt Leute, die sagen, damit die Bundesrepublik eine effektive Politik im übrigen machen kann, muß man ihr raten, anzuerkennen. Ich halte diese Meinung für grundfalsch und für tödlich gefährlich. Der richtige Kern darin ist der, daß wir im übrigen Politik machten mit der Hoffnung auf irgendein Wunder, das wir verschütten könnten. Auch das entspricht der öffentlichen Meinung. Wir liegen in dieser Frage völlig übereinstimmend mit der öffentlichen Meinung. Jede Meinungsumfrage zeigt uns klar, wie unsere Leute denken. Der höchste Prozentsatz war immer dafür: Seite an Seite mit Amerika, Mitglied der NATO, dann kommt die europäische Sache, aber auch unbefangene Haltung gegen den Osten und Verständigungsbereitschaft, wo eine solche Verständigung möglich ist. Diese Haltung sollten wir beibehalten. Im übrigen habe ich schon oft genug gesagt: Die Phantasie der Geschichte ist reicher als die unsere. – So muß man halt in die Zukunft gehen. Mehr können wir nicht tun. Das wird von unserem Volk verstanden.

Die SPD wird Schlagseiten im Wahlkampf haben. Sie wird nicht mit derselben Unbefangenheit und Klarheit wie wir über diese Dinge aussagen können. Es wird sogar in ihren eigenen Reihen verschiedenartige Aussagen geben. Hier sind wir im Vorteil. Deswegen sollten wir aber auch nicht den Fehler begehen, in Papieren oder Erklärungen den Anschein zu erwecken, als ob die CDU nun Reue und Leid erweckte und zu der alten Politik zurückkehren würde. Diese Politik ist ganz kontinuierlich, auch die Außenpolitik ist kontinuierlich; denn im Grunde genommen war sie schon angelegt, als wir die Regierung übernahmen. Ich darf hier auf die Unbefangenheit nach Osten (siehe Ru-

mänien) verweisen, als ich noch gar nicht Regierungschef war. Meine Fraktion hat es damals nicht für möglich gehalten, mich bei der Einrichtung von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien zu unterstützen, d. h. diesen meinen Entschluß zu billigen. In diesem Saal habe ich vergeblich gekämpft. Es ist dann nur dazu gekommen, daß man gesagt hat: Auf deine Verantwortung hin, – mit der Furcht, es gäbe den berühmten Erd-rutsch. Bitte, wo ist der Erd-rutsch geblieben? Ich hoffe, daß hinterher die Fraktion meine Entscheidung von damals auch sachlich billigt. (*Gratl*: Das war nicht bei Rumänien, sondern bei Jugoslawien!) Richtig! Ich habe mich versprochen. Aber Sie erinnern sich daran, als Frau Brauksiepe sagte: Laßt den Mann doch, der ist doch entschlossen. – Aber sie hat wenigstens hinzugefügt: Auf deine Gefahr hin. – Die Entscheidung war richtig. Sie hat also den Erd-rutsch nicht herbeigeführt. Natürlich haben wir das Unsere dazu getan.

Jetzt haben wir mit Indien zu tun. Indien hält sich großartig in dieser Ausein-der-setzung, obwohl ganz kompakte Interessen mit im Spiel sind. Indien hat sogar die DDR in der letzten Zeit zurückgepfiffen. Sie werden zur Zeit in der DDR keine große Propa-ganda mehr finden. Das habe ich mit Indira Gandhi⁶⁷ abgesprochen, sozusagen als „Dessert“. (*Heiterkeit und Unruhe*.) Wir dürfen nicht in den Verdacht kommen, eine ewiggestrige Partei zu bleiben. Wir dürfen nicht in den Verdacht kommen, nur Illusio-nen nachzujagen, aber auch nicht, eine Partei zu sein, der gar nichts mehr einfällt, die nichts mehr zu sagen hat, die stillsitzt. Wir müssen immer die Initiative ergreifen, auch in innerdeutschen Verhältnissen. Wer da kommt und sagt: Was ist mit dem Ulbricht und mit diesen Leuten? –, warum nicht, wenn es für uns günstig ist! Wenn es darauf hinaus-läuft, daß der bei uns im Griff ist und wir nicht in seinem Griff, dann ist es doch in Ord-nung. Von einer völkerrechtlichen Anerkennung und einem Verzicht auf die Selbstbe-stimmung kann natürlich keine Rede sein. Insofern können wir auch ganz zufrieden sein mit dem Text des NATO-Kommuniqués. Also, hier gibt es ein klares Feld für uns, keine Schwierigkeiten. Wenn wir so auftreten, dann ist unsere Position zweifellos bes-ser als die der anderen.

Was ich eben zum Wahlkongreß der SPD gesagt habe, will ich noch ergänzen. Wir müssen von der SPD erwarten, daß sie sagt: Alles Gute, was geschaffen worden ist, ist von der SPD geschaffen worden. – Die Außenpolitik von Herrn Brandt, so sagen sie, hätte uns vor der Isolierung gerettet, und Schiller hat bei jeder Gelegenheit die deutsche Wirtschaft gerettet. Er hat überhaupt alles gemacht. Er hat die deutsche Wirtschaft wie-der in Schwung gebracht. Er hat die Stabilität erhalten, und er hat dafür gesorgt, daß die Löhne erhöht werden. Also eine geradezu ideale Kombination eines Wirtschaftsmini-sters! Ich wollte Ihnen nicht vorenthalten, was er wörtlich gesagt hat: „Am 10. März dieses Jahres sagte in einem langen und intensiven Gespräch Papst Paul VI.⁶⁸ in Rom zu mir, Sie haben mit der Überwindung der Rezession (*Große Heiterkeit*.) und mit dem

67 Indira Gandhi (1917–1984), indische Politikerin; 1964–1966 Informationsministerin, 1966–1984 Ministerpräsidentin. – Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

68 Papst Paul VI. (1897–1978, Giovanni Battista Montini), 1922 Eintritt in das Vatikanische Staatssekretariat, 1954–1963 Erzbischof von Mailand, 1963–1978 Papst. – Vgl. Anm. 63.

neuen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland eine bewundernswerte Leistung vollbracht für sich, für andere Völker und Länder. Aber trotzdem sehen wir die große Unruhe besonders in der Jugend überall in der Welt, auch bei Ihnen.

Meine Antwort, die nicht aus meiner protestantischen Erbsünde geboren war, lautet: Die Unruhe gerade in der jungen Generation rührt daher, weil viele überkommene gesellschaftliche Autoritäten und Strukturen unglaubwürdig geworden sind und deshalb radikal die Fragen gestellt werden. Alles ist aber heute eine Frage der Glaubwürdigkeit. So sprachen wir über die ... (*Große Heiterkeit.*) Ich konnte hinzufügen, trotz der hinter uns liegenden sozialen und ökonomischen Krisengefahren ist der industrielle Arbeitsprozeß in Deutschland nicht labil geworden; ja, die Arbeiterschaft ist heute in Deutschland im Kernbereich gesellschaftlicher Stabilität. So weit meine Antwort an den Papst!“ (*Erneute Heiterkeit.*)

Er hat eben seinen propagandistischen Stil. Es ist auch die Tatsache, daß er Nachfolger von Ludwig Erhard ist, daß er für die bei den Arbeitern so wichtige Frage der Wirtschaftspolitik eben sehr stark im Vordergrund steht. Eine nicht veröffentlichte Umfrage von Allensbach der letzten Woche: „Wen wünschen Sie als Kanzler, Brandt oder Kiesinger?“, hatte folgendes Ergebnis: 55 % Kiesinger, 23 % Brandt. Die zweite Frage: „Wenn aber die Sozialdemokratie die Mehrheit bekäme, wen wüssten Sie als Kanzler, Brandt oder Schiller?“ Die Antwort lautet: 40 % Schiller, 29 % Brandt.⁶⁹

Hier sehen Sie, daß in der öffentlichen Meinung, soweit sich diese bei solchen Fragen feststellen läßt, sich eben Schiller durch eine ununterbrochene propagandistische Arbeit einfach durchgesetzt hat nach dem Motto: Frechheit siegt. – Er ist zu Rehwinkel gegangen und hat dem Rehwinkel zu sagen gewagt: Mir, Schiller, verdanken Sie es, daß nicht aufgewertet worden ist. Ich war derjenige, der das durchgesetzt hat. – Die Wahrheit ist, daß er derjenige ist, der am längsten, aus guten und verständlichen Gründen, Widerstand geleistet hat, daß nicht aufgewertet worden ist. Sie werden sich jetzt gewundert haben, daß Schiller bei Rehwinkel ein so großes Lob bekommen hat. Ich bitte Sie, die Ergebnisse, die ich Ihnen eben gesagt habe, aus Gründen unseres eigenen Interesses vertraulich zu behandeln. Wir haben sie nicht veröffentlicht. Wir kennen die anderen, aber diese sind neuesten Datums.

Für mich ist nun die Frage, was kann man tun? Wir können ja nicht zanken und sagen, der Schiller ist gar nicht so tüchtig, aber wir können sagen, wo wir ihm entgegengetreten sind. Er wollte ja weit über das Ziel hinausschießen hinsichtlich der Investitionen und all der Geschichten. Das kann man unter Sachverständigen tun, aber man kann nicht in die Öffentlichkeit gehen und sagen, das stimmt ja alles nicht. Wir müssen halt die Zähne zusammenbeißen und müssen souverän der Öffentlichkeit sagen, es gab wirklich eine Krise im Herbst 1966. Wie sie zustande gekommen ist, wissen wir alle, weil wir alle ein wenig zu munter disponiert haben. Aber wer hat dann bewiesen, daß er die Kraft hat, eine solche Krise zu meistern? Die CDU hat, nachdem mit ihrem bisherigen Koalitionspartner eine Koalition nicht mehr möglich war, weil er nicht mehr fähig

⁶⁹ Vgl. ACDP 01–226–401. Vgl. auch JAHRBUCH 1968–1973 S. 264.

und willens war, eine Koalition zu machen, eine Koalition mit der SPD gemacht, und in dieser Koalition unter wiederum einem CDU-Bundeskanzler sind diese Dinge gemacht worden. Niemandes Beitrag soll geschmälert werden. Das Volk sieht es auch so. Das zeigt sich aus seinen Äußerungen. Aber schön ist es natürlich nicht; denn manchmal kribbelt es einem in den Fingern, wenn solche Aussagen gemacht werden. Trotzdem würde ich davor warnen, sich in ein solches Gezänk einzulassen. Das kommt beim Volk übel an. Wir müssen uns souverän und selbstsicher zeigen: Das war wiederum eine CDU-Regierung, die das gemacht hat, aber diesmal nicht mit dem gewohnten Koalitionspartner, sondern mit dem anderen. Es ist ihr gelungen, die und die Ergebnisse zu erzielen.

Was den Herrn Schiller im übrigen anlangt, so ist er keineswegs so selbstsicher, wie er tut. Er weiß natürlich, daß seine Zauberformel, Wachstum und Stabilität, einfach ein Roßtäuschertrick ist, wenn er als eine Dauermöglichkeit dem Volke das verspricht. Diese Möglichkeit gibt es nicht. Es gibt höchstens die Möglichkeit, eine gewisse vernünftige Relation zu behalten, es z. B. zu vermeiden, daß unser Volk mit einer fünfprozentigen Steigerung der Inflationsquote lebt. Von daher gibt es gewisse Tendenzen, über die ich jetzt lieber nicht spreche, die mit der Aufwertung zusammenhängen. Er weiß also, jetzt wird er in Schwierigkeiten kommen.

Einige von Ihnen haben den „Spiegel“ gelesen.⁷⁰ Da steckt es drin, was im Schilde geführt wird. Ich weiß nicht, ob einige Freunde von Herrn Brandt, davon meine ich vor allen Dingen Herrn Egon Bahr, noch etwas anderes im Schilde führen, nämlich Herrn Brandt zuzureden, sich um eine Einladung nach Moskau zu bemühen und in einem guten Zeitpunkt eine Reise nach Moskau zu machen unter dem allgemeinen Titel „Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion“ oder „Verbesserung der Chancen für die Wiedervereinigung“. Dafür kann man einen Zeitpunkt auswählen, der so liegt, daß der Katzenjammer am 28. September noch nicht eingetreten sein wird. Daß ein Katzenjammer kommen wird, ist klar vorauszusagen. Das sind schwierige Dinge, auch deswegen, wie man so etwas behandeln soll. Ich will damit nur sagen, wir dürfen nicht mit einem bequemen Wahlkampf rechnen. Wir sind sehr genau am Überlegen, um was es dabei geht. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Mehrheit der SPD eine Mini-Koalition anstrebt. Ich sage das nicht ohne Grund, auch das muß man wissen. Ich werde im übrigen natürlich nach wie vor eben auszuhalten haben, daß man sagt, wenn ich z. B. entscheide, daß der Atomsperrvertrag jetzt nicht unterzeichnet wird, der kann nicht den Schlüssel finden. Das ist eine Entscheidung, aber in der Öffentlichkeit wird sie natürlich so dargestellt werden, von der FDP zuerst, und die SPD wird ganz bestimmt nichts dazu tun, um den Eindruck abzumildern. Diese unangenehme Aufgabe negativer Entscheidungen ist nicht schön, aber ich hoffe, daß sie im Kreis meiner eigenen Freunde richtig gesehen und verstanden wird.

Im übrigen bin ich durchaus optimistisch über die weitere Entwicklung, wenn nicht ganz unerwartete Dinge geschehen. Es sind auch eine ganze Menge günstiger Elemente

⁷⁰ Vgl. „Spiegel“ vom 14. April 1969 „Mit Schiller in den Wahlkampf“.

für die Wahlen da, abgesehen von der persönlichen Konfrontation, die natürlich eine bedeutende Rolle spielen wird. Wir haben diesmal den höchsten Prozentsatz an über Sechzigjährigen, der jemals bei einer Bundestagswahl vorhanden war. Diese Gruppen sind wesentlich stärker für die CDU als für die SPD, was aber nicht bedeutet, daß wir bei den jungen Wählern ganz so schlecht stehen. Es wechselt mal so und mal so.

Heck: Ich kann es genau sagen. Bis 25 Jahre sind wir sogar noch vor der SPD. Ab 25 bis 30 Jahren ist die SPD leicht vor uns. Von 30 bis 45 Jahren ist sie deutlich vor uns. Ab 45 Jahren ist es wieder umgekehrt. Das ist etwas Neues. Früher hat die SPD die Wähler bis zum 55. Lebensjahr bei sich gehabt. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Wir nehmen alle diese Ergebnisse cum grano salis, wir kennen die demoskopischen Zahlen, aber wir wissen, daß eine ganze Menge Substanz drinsteckt. Ich sage das deswegen, meine Damen und Herren, weil ich gerne möchte, daß wir optimistisch in diese Auseinandersetzungen hineingehen. Optimistisch hineingehen heißt auch: mit großer Ruhe und Überlegenheit und sich nicht provozieren lassen. Wir machen unsere Arbeit, wir werden den Beitrag der einzelnen Kabinettsmitglieder entsprechend würdigen. Das, was z. B. der Kollege Stoltenberg geleistet hat, ist sehr viel schwerer der öffentlichen Meinung, dem einfachen Manne, darzustellen, aber es kann dargestellt werden. Wir müssen eine Gelegenheit suchen, daß so etwas auch einmal wirklich geschieht; ebenso auch bei anderen.

Wir werden sicher auch in diesem Sommer auf dem Gebiete der Verteidigung noch einiges tun müssen. Da wäre es ganz gut, wenn die Rolle des Verteidigungsministers etwas stärker hervorträte. Es hat mir leid getan, Herr Kollege Schröder, daß die Teilnehmer bei der NATO-Ratstagung eigentlich alle Abstinenz geübt haben. (*Schröder:* Das ist traditionell! Wir werden aber eine Tagung Ende Mai haben.⁷¹) Schön, dann können Sie also zum Zuge kommen.

GESETZGEBUNGSARBEIT FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE

Nun haben unsere beiden „Fraktionsfürsten“ miteinander einen Riesenkatalog von Gesetzgebungsarbeiten, die noch zu erledigen sind, besprochen. Für mich ist entscheidend das Problem der Finanzverfassung. Die anderen Dinge sind auch wichtig, aber das ist absolut entscheidend. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, wenn die CDU hier nicht zuwege bringt, daß das verabschiedet wird, stelle ich eine ganz ernste Frage an meine Partei; denn wenn die Finanzverfassungsreform nicht verabschiedet wird, dann ist das allgemeine Argument: Aha, hier ist der letzte Beweis dafür, daß wir nichts zuwege bringen. – Wir haben noch einmal diesen Gang zum Vermittlungsausschuß angetreten, aber es muß jetzt zu einem Ergebnis kommen! Ich verlange das! Ohne dies gehe ich nicht für die CDU in den Wahlkampf! Das sage ich ganz deutlich.

71 Der NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung tagte am 28. Mai in Brüssel, die Nukleare Planungsgruppe am 29./30. Mai 1969 in London. Vgl. AdG 1969 S. 14709f.; AAPD 1969 Nr. 182, 183.

Ich habe heute nachmittag die Mitglieder, soweit ich sie zu erreichen vermochte, des Vermittlungsausschusses zu mir geladen – den Vorsitzenden habe ich ausgespart; ich habe selbst als Vorsitzender nie an solchen Besprechungen teilgenommen –, um zu sehen, wie wir zurechtkommen.⁷² Die Schwierigkeit ist ja eher ein Streit zwischen den reichen und den armen Ländern als ein Streit zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat. Aber ich hoffe, daß der Vorstand meiner Partei mich darin unterstützt, daß er sich klar darüber ist, in welcher Situation wir sind. Eventuell muß man halt einen Kompromiß in Kauf nehmen. Ein Kompromiß gefällt keinem der beiden Teile, die den Kompromiß schließen müssen, oder aber wir haben in einem entscheidenden Punkt versagt. Das wird man der CDU vorwerfen; denn die SPD war ja bereit, den Kompromißvorschlag anzunehmen. In allen anderen Fragen – na schön! Ich hoffe, daß wir mit der Lohnfortzahlung und mit dem Rentenversicherungsänderungsgesetz hinkommen. Es gibt noch eine Reihe wichtiger Gesetze, von denen ich hoffe, daß sie zu Rande kommen. Es ist auch ganz schön, wenn der allgemeine Teil des Strafrechts verabschiedet wird.

Jetzt kommen zur Verabschiedung die nächsten drei großen Entscheidungen. Das sind die Verjährung, der Atomsperrvertrag und die Frage des Verbots radikaler Parteien. Ich habe mich dahin entschieden, bei der Verjährung eine differenzierte Lösung vorzusehen, d. h. also keine Verjährung für Mord ganz allgemein, etwa auf der Grundlage der Jaegerschen Vorschläge⁷³, die Ihnen bekannt sind, eine Lösung über Amnestie oder eine ähnliche Form, die besagt, bei Straftaten, bei denen nicht mehr als soundso viel Strafe zu erwarten ist. Das ist eine Lösung – das ist mir sehr interessant gewesen –, die von den an der Verjährungsfrage am stärksten mitinteressierten Kräften in der Welt akzeptiert wird. Ich hatte hier eine Reihe von Abgeordneten aus Israel, die sagten, eine solche Lösung würde verstanden werden. Kollege Lücke, der nicht mehr da ist, war gerade in Israel und hat denselben Eindruck mitgebracht. Auch ein Mann, der Deutschland verdammt, hat sogar geschrieben, er sei mit diesem Vorschlag einverstanden. Daß wir nicht in allen drei Fragen, Atomsperrvertrag, Verbot oder Nicht-Verbot und Verjährung, negativ entscheiden können, darüber ist sich wohl jeder an diesem Tische klar.

Eine Frage ist noch offen, nämlich die Gehilfenfrage aufgrund des Art. 50. Da könnte ein Urteil herauskommen, das ohnehin die Gehilfen herausnimmt. (*Amrehn*: Aber dann behalten wir den Fall Rehse⁷⁴ als unbestraft. Das ist der krasseste Fall. Wenn wir den von Gesetzes wegen freistellen, kommen wir doch in eine Schwierigkeit.) Die

72 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses war Otto Schmidt. Vgl. „Welt“ vom 22. April 1969 „Die finanzschwachen Länder können auf mehr Geld hoffen“; „Welt“ vom 21. April 1969 „Letzter Versuch des Kabinetts zur Rettung der Finanzreform“.

73 Jaeger hatte vorgeschlagen, die Verjährungsfrist allgemein abzuschaffen und gleichzeitig eine Teilamnestie einzuführen. Vgl. „CSU-Correspondenz“ vom 27. Februar 1969; FAZ vom 20. Februar 1969 „Jaeger: Teilamnestie statt Verjährung“.

74 Hans-Joachim Rehse (1902–1969) war seit 1941 Richter am Volksgerichtshof, ihm wurde die Mitwirkung an 230 Todesurteilen nachgewiesen. 1967 verurteilte ihn das Berliner Landgericht zu fünf Jahren Zuchthaus, das Urteil aber wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben, da Rechtsbeugung nicht nachweisbar wäre.

wirkliche Frage ist natürlich, wie kommen wir in der ganzen Sache zu Ergebnissen. Frei von den Prozessen werden wir in diesem Jahre nicht. Es sind etwa 12.000 Verfahren im Gange. Das wäre das stärkste Argument dafür, daß man auch mit einer Beibehaltung der Verjährung einfach von den Prozessen nicht loskommt. Niemand nimmt das schwerer als ich selber, weil immer wieder dieses Volk sich selber vor der Welt als das einzige Verbrechervolk darstellt. Daß bei uns die Dinge am schlimmsten waren, darüber kann kein Zweifel sein, aber daß anderswo jetzt Greuelthaten genug auch in den zwanzig Jahren nach dem Weltkrieg begangen worden sind, wissen wir alle.

Also, das ist mein Entschluß. Ich will versuchen, das im Kabinett durchzusetzen. Ich habe mit Herrn Barzel gesprochen, und ich hoffe, daß die Fraktion mitgehen und bestehende Bedenken zurückstellen wird.

Nun zum Verbot radikaler Parteien! Es kann nur ein Verbot in Frage kommen oder kein Verbot. Ein Verbot der NPD würde nicht verstanden werden, im Gegenteil, die Leute fühlen sich viel beunruhigter durch das, was von links kommt. Unser Freund Benda ist nun fürchterlich darauf aus, ein solches Verbot zustandezubringen. Das Material, das er vorgelegt hat, hat nach meinem Urteil nicht ausgereicht. Deswegen habe ich ihn gebeten, die Sache prozeßgerecht noch einmal dem Kabinett vorzulegen. Das ist die eine Frage, reicht das Recht aus?

Die politische Frage ist natürlich schwierig. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen: Kein Verbot, weil ich jetzt der Meinung bin, daß ein Verbot jetzt den Leuten helfen würde. Man gibt ihnen das Argument: Im offenen, ehrlichen Kampf der Meinungen wagt man sich nicht, sich mit uns auseinanderzusetzen. Man greift zu diesen Mitteln. Das kann den Leuten nur helfen. Es ist nicht so, daß man sagt, diese Partei ist völlig in Ordnung, aber man muß natürlich vermeiden, wenn man Abstand nimmt von einem Verbotsantrag, daß man nicht gleichzeitig ein politisches Leumundszeugnis ausstellt. Man muß eben so sagen, den Gefallen tun wir ihnen nicht, vor den Wahlen diesen Verbotsantrag zu stellen. Mit denen werden wir auch so fertig. Aber die Frage, ob die sich im Rahmen des Grundgesetzes halten, bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden nach der Bundestagswahl sehen, wie es ist. Mir ist geraten worden, es mit einem Trick zu machen. Ich lehne das ab. Der Trick wäre der, den Antrag auf Verbot der KP und des SDS im Kabinett zu stellen. Das würde die SPD sicher ablehnen. Das scheint die Tendenz zu sein. Das ist erstaunlich, aber es ist so, nachdem Herr Heinemann denen sogar Rechtsberater sein kann.

Dr. Heck hat mir gesagt, landauf, landab, wo er sich umgesehen habe, sei die Meinung die, daß ein Verbotsantrag jetzt denen nur helfen könne. Er habe nirgendwo eine andere Meinung gefunden. Der Meinung bin ich auch. Außerdem bin ich der Meinung, ein Verbot der anderen bringt uns in die größte Schwulität. (*Lebhafte Unruhe.*) Den SDS zu verbieten, bedeutet einen Schlag ins Wasser. Es kommt doch ein neuer Widerstand. Deswegen sollen wir das klar so sagen. Wir haben vielleicht einen Fehler gemacht. Das ist mir in Amerika klargeworden. Wir haben selber durch unsere eigene Art der Darstellung der NPD mit ihrer Problematik den Eindruck erweckt, als handele es sich hier um eine Wiederauflebung der nationalsozialistischen Partei. Das ist einfach

nicht wahr. Es sind in dieser Partei natürlich auch Kräfte drin, die so ein bißchen von der alten Ideologie zehren, aber zu einem großen Teil sind es Spießer, Honoratioren, auch Poujadisten⁷⁵; es sind Leute, die unglücklich darüber sind, daß große Teile dieses Volkes ihr nationales Selbstbewußtsein zu verlieren scheinen. Es sind auch solche, die meinen, man könnte mehr tun gegen diese linksradikalen Studenten usw. Gerade wenn man sich in den kleinen Städten umhört, dann kommt man auf diese Leute. Ich will das Wort wiederholen, das einer unserer Freunde im Fraktionsvorstand gesagt hat: Was heißt hier rechts? Rechts von mir gibt's nichts mehr. (*Heiterkeit und Zuruf*: Das war jemand aus Niedersachsen!) Ja, ein Niedersachse! Es war ganz lustig. Er gehört auch zur CDU. Wir haben nun mal einen weiten Bogen bei uns.

Ich wiederhole: Erstens klare Entscheidungen, nur Zwischenbilanz im Atomsperrvertrag, zweitens bei der Verjährung differenzierte Lösung, drittens kein Verbot der links- und rechtsradikalen Parteien, sondern Austragung im politischen Kampf. Die Entscheidung wird, so hoffe ich, am 23. April im Kabinett fallen. – So, meine Damen und Herren, das wäre es!

Scheufelen: Wenn wir davon ausgehen, daß der Herr Schiller sich jetzt die ganze Sache der Wirtschaftspolitik anzieht mit der Wiederbelebung usw., dann ist kein Zweifel, daß der zweite Eventualhaushalt zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo er an sich nicht mehr erwünscht ist. Wir sind in einer schwierigen Situation. Wir müssen in der einen oder anderen Form Stellung nehmen, wie sollen wir den Herrn Schiller davon abhalten, sich noch einige Monate lang weiter berühmt zu machen.

Kiesinger: Ich habe ja auf den „Spiegel“ verwiesen. Herr Schiller will jetzt eine Aufwertung, weil er sieht, daß er sein Versprechen hinsichtlich der Stabilität nicht erfüllen kann. Haben Sie gemerkt, daß er in seiner Rede im Bundestag meine Worte lächerlich zu machen versuchte: Solange ich Kanzler dieser Regierung bin, wird es keine Aufwertung geben. – Diesen Satz habe ich sehr bewußt damals so formuliert, auch in Übereinstimmung mit der Bundesbank, die sagte, wenn jetzt dieser Weg gegangen wird, dann muß er konsequent gegangen werden. Nun hat er doch im Bundestag gesagt: Es ist ja gar nicht mehr die Regierung, von der der Kanzler gesprochen hat. Inzwischen haben sich einige Änderungen vollzogen.

Ausgerechnet „Die Zeit“ hat vor kurzem einen größeren Artikel darüber gebracht und geschrieben, er sei der Alleinschuldige wegen dieser Äußerung, daß jetzt im Fernsehen das Aufwertungsgerede wieder beginne. Im „Spiegel“ steht drin, er wolle etwa im Mai sagen, unsere Anstrengungen seien so großartig gewesen, daß eine unerhörte Wirtschaftsblüte eingesetzt habe, daß man aber nun ein bißchen dämpfen müsse und daß das außenwirtschaftliche Absicherungsgesetz nicht die nötigen Auswirkungen gehabt habe.⁷⁶ Nun müsse die Frage der Aufwertung ernstlich erwogen werden. Nun kommt aber bei ihm – genau wie bei Brandt beim Atomsperrvertrag – die Verantwortung des Kanzlers. Da ist nun plötzlich wieder die Verantwortung des Kanzlers gege-

⁷⁵ Vgl. Nr. 12 Anm. 33.

⁷⁶ Vgl. „Zeit“ vom 28. März 1969 „Die CDU legt Sperrfeuer gegen Schiller“. Vgl. auch „Spiegel“ vom 24. März 1969 „Mann in Orange“.

ben. Lehnt der Kanzler ab, dann reist Herr Schiller im Lande herum und sagt: Ich habe ja zusammen mit der Bundesbank zu einer Aufwertung geraten, aber der Kanzler hat es abgelehnt. Jetzt darf man sich nicht wundern, daß wir eine Anpassungsinflation haben. – In der Tat waren wir uns ja alle klar, daß die Ablehnung einer Aufwertung die Einleitung einer Anpassungsinflation bedeuten würde, wobei wir uns aber ebenso klar waren, daß bei der Begrenztheit der Maßnahmen des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes der Zeitpunkt kommt, wo wir uns entscheiden müssen.

Es ist typisch, wie gewisse Wirtschaftszeitungen in Deutschland reagieren. Der „Industriekurier“ war damals sehr gegen eine Aufwertung;⁷⁷ denn dies sei das kleinere Übel, deswegen müsse man es begrüßen. Heute ist es das schlechteste aller Gesetze; also genau umgekehrt! Aber das geniert die Leute nicht. Sie spekulieren darauf, daß die Leser das vergessen haben, was damals gesagt wurde. Sie alle wissen, daß das eigentliche Motiv der Ablehnung der Aufwertung die Landwirtschaft gewesen ist. Es gab noch einige andere, z. B. die Ablehnung der Theorie von Professor Giersch⁷⁸, d. h. einer stufenweise erfolgenden monetären Erfassung. Wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn heute eine Aufwertung käme, der Prozentsatz sieben sein müßte; 1 % über 200 Mio. sind präterpropter 7 %, die der Landwirtschaft zu ersetzen wären. In dem Augenblick der Landwirtschaft ein neues Subventionsversprechen zu machen, wo wir das alte haben brechen müssen bei der Ordnung unserer öffentlichen Finanzen, das hätte zu einer katastrophalen Lage nicht nur für die CDU, sondern auch für die deutsche Demokratie geführt. Die Bauern wären in Scharen zur NPD gelaufen.

Ich habe gestern gehört, daß sich die NPD ernsthaft und nicht ohne Aussicht auf Erfolg um Herrn Rehwinkel senior als Kandidaten bemüht, um zu zeigen, wie die Dinge sind. Es wäre unmöglich gewesen, diesen Trend aufzuhalten. Die Hoffnung, die NPD unter die 5 %-Grenze herunterzudrücken, wäre dann endgültig vorbei gewesen.

Wir haben jetzt eine beruhigte Landwirtschaft. Wo immer ich mich umhöre, wird mir das gesagt. Die Bauern sind wieder einigermaßen zufrieden. Ganz zufrieden sind die Bauern nie; das gehört zu ihrem Geschäft. So war die Lage, und so ist sie auch jetzt. Hier werden wir also höllisch aufpassen müssen. Ich bitte Sie um Himmels willen, meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen jetzt hier gesagt habe, nicht hinauszutragen. Wenn es zu einer neuen Spekulation über die Deutsche Mark käme, wozu ja Herr Schiller durch seine Andeutungen das Nötige beigetragen hat und weiter beitragen wird, dann wäre es schlimm. Was sollte ihn denn jetzt abhalten, eine Aufwertung zu verlangen? Erstens könnte er damit sein Stabilitätsversprechen einhalten. Zweitens könnte er damit bei den Wahlen der CDU/CSU ganz erheblichen Abbruch tun. Also liegt es doch im Interesse von Schiller und seiner Partei, diese Entscheidung zu erzwingen oder zu erlisten, wie Sie es nennen wollen. Das macht mir riesige Sorgen. Das ist die Situation.

Scheufelen: Welche Sprachregelungen haben wir, um in den nächsten Monaten den Nimbus des Herrn Schiller zu zerreißen?

⁷⁷ „Industriekurier“ vom 28. November 1968 „Ausnahmen sind keine Alternative“.

⁷⁸ In der Vorlage: Gierschein. – Giersch plädierte 1969 für eine Freigabe des DM-Kurses.

Heck: Ich warne davor, den Schiller nicht gelten lassen zu wollen, sondern ich glaube, es ist durchaus richtig zu sagen, Herr Schiller hat sich als Sozialer Marktwirtschaftler erwiesen mit eigenen Akzenten, aber es war ganz gut, daß wir ihn da und dort gebremst haben. Wenn Sie das vorausgesagt haben, können Sie ein paar kritische Anmerkungen machen. Wenn man ihn aber von vornherein kritisch heruntermachte, dann würde man die gegenteilige Reaktion hervorrufen.

Kraske: Herr Scheufelen, die SPD hat uns bis 1963 am meisten geholfen, wenn sie Ludwig Erhard nannte, weil das völlig an der öffentlichen Meinung vorbeiging. Es ist noch nicht ganz so weit, aber ähnlich ist es umgekehrt mit Herrn Schiller.

Kiesinger: Die Leute – so habe ich den Eindruck, wenn ich mit ihnen spreche – sagen, der macht das weiter, was Ludwig Erhard gemacht hat, nur ein bißchen moderner. Der Erhard war ein bißchen altmodisch geworden. Schiller führt nun die Linie modern fort. Eine Zeitlang haben viele Leute gar nicht gewußt, daß er zur SPD gehört. Dafür hat er inzwischen gesorgt.

Mehr können wir also nicht tun. In den breiten Schichten der Bevölkerung ist es auch nicht so, daß sie sagen, das ist der beste Mann der Regierung. Er hat wohl einen Popularitätsprozentsatz, aber letzten Endes wird doch die Arbeit der Regierung und damit dem Bundeskanzler zugerechnet. Aber zerreißen können wir ihn nicht. Er ist ja auch ganz tüchtig.

Hahn: Man kann auch umgekehrt sagen, jemand, der unbeliebt ist bei der eigenen Parteiführung und bei den Parteikreisen, dem kann kein größerer Gefallen getan werden, als von außen angegriffen, und kein größerer Schaden, als nach außen gelobt zu werden. Wenn wir sagen, daß seine Art der Fortführung teilweise so gut wäre, daß sie geradezu Platz zur Aufnahme in die CDU böte, dann ärgern wir ihn weit mehr, als wenn wir ihn angreifen.

Amrehn: Sie werden mich hoffentlich nicht kompromittieren, wenn ich dem hinzufüge, daß er mir zu früherer Zeit mal gesagt hat: Sie gehörten eigentlich in die SPD und ich in die CDU. (*Große Heiterkeit.*)

Kiesinger: Es ist in der Tat eine wichtige Frage. Wir sollten uns gar nicht anmerken lassen, daß es uns ärgert, daß er eine solch hohe Popularitätskurve hat und daß die Leute es ihm danken. Das ist wie früher bei Ludwig Erhard gewesen. Schiller hat das fortgesetzt. Es war auch zu Adenauers Zeiten nicht so, daß alles dem Konto von Ludwig Erhard zugeschrieben wurde, sondern es kam auch Adenauer zugute, daß es uns wirtschaftlich gut ging.

Schwieriger wird es beim Finanzminister, obwohl es gar nicht schlecht zugegangen ist, aber für die Leute ist der Finanzminister ein Steuereintreiber. Es ist schwer, den Zusammenhang da klarzumachen. Trotzdem muß man es versuchen.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, können Sie uns noch sagen, in welcher Weise sich im Verhältnis zwischen Paris und Washington etwas geändert hat, oder ob das nur eine Verbesserung des Klimas ist? Zweitens noch eine Frage in diesem Zusammenhang, was steckt noch mehr hinter der kanadischen Entschließung, die Truppen zurückzuziehen,

als ein subjektives Vorgehen von Trudeau?⁷⁹ Kann das gefährlich werden? Was bedeutet es überhaupt für den Zusammenhalt der NATO? Oder ist das ein vorübergehender „Verkehrsunfall“? Das ist eine Frage, die ich im Zusammenhang mit dem ersten Teil Ihrer Ausführungen habe. (*Starke Unruhe.*) Dann möchte ich zu dem Teil, der mit „Anerkennung“ überschrieben wurde, Herr Bundeskanzler, doch der Sorge Ausdruck geben, daß die SPD auf ihrem Wege dazu, auch in der Führung weiter ist, als Sie glauben, es zu merken. (*Kiesinger: Wieso?*) Sie sagten, Sie glaubten nicht, daß die Führung der SPD die Anerkennung wolle. Sie haben ja gestern auf ihrem Parteitag zur Abstimmung gestellt – das wird heute wahrscheinlich erörtert werden – die neue Formulierung, die die siebte oder achte ist: Wir wollen keine diplomatische Anerkennung, aber wir können die staatliche Existenz nicht leugnen. – In dieser Staatlichkeit der Existenz, Herr Bundeskanzler, liegt aber eben doch, was Sie Anerkennung nennen, zunächst völkerrechtlich, dann staatsrechtlich. Dann bliebe also „staatlich“. Das ist eine der typischen Brandt-Formulierungen, mit denen etwas undeutlich bleibt, der aber in seinen Gedanken schon ein Stück weiter ist, als er der Öffentlichkeit preisgibt. Ich bin in der ganz großen Sorge, auch aus dem Verhältnis zwischen Brandt und Schütz, daß diese beiden Herren in ihren Vorstellungen ein Stück weiter sind, als Sie hier noch vermuten. Das möchte ich hier als Sorge ausgesprochen haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu dem machen, daß Sie erklärt haben, die Bundesregierung wird zu der Anfrage der FDP in der nächsten Woche eine Erklärung abgeben, man werde so wie bisher seine Deutschlandpolitik fortsetzen. (*Kiesinger: Nein, es wird konkret gesagt!*) Ich verstehe darunter folgendes, Herr Bundeskanzler: Was Sie mit Ihrem Briefwechsel eingeleitet haben und nun wiederholt wird, daß man in diesem Sinne angreift, daß man „am Ball“ bleibt und gesprächsbereit und immer geneigt ist, sich einzulassen auf Erörterungen, die eine größere Erleichterung für die menschlichen Beziehungen bringen, so kann das jeder unterstützen. Ich kann es nur in einem Punkt nicht, Herr Bundeskanzler, das ist das Entgegenkommen an das Zonenregime in der Frage der Zahlungen und der Maßnahmen, soweit sie in Betracht kommen. Man hat in den letzten 1½ Jahren den Kredit bis 700 Mio. ausgeweitet. Man hat die Widerrufsklausel zurückgenommen. Man hat noch nach dem 21. August die 120 Mio. Mineralölsteuerausgleich bezahlt, obwohl uns mit dem Visum jährlich 100 Mio. DM mehr abgeknöpft werden. Wir haben uns in den letzten Jahren dafür eingehandelt das Visum, die neuen Zollbestimmungen und die ersten Sperren wieder seit acht Jahren für Warenlieferungen aus Berlin. Wenn wir diese finanziellen Leistungen erbracht haben, dann geschah es doch eigentlich in der Erwartung, daß man dafür auch ein gewisses Entgegenkommen erzielen würde. Das aber ist nicht eingetreten, sondern insoweit ist das, was wir getan haben, nicht honoriert worden, Herr Bundeskanzler. Das ist meine Meinung.

79 Pierre Elliott Trudeau (1919–2000), kanadischer Politiker; 1968–1979 und 1980–1984 Premierminister. – Trudeau hatte am 3. April 1969 den Entschluß seiner Regierung bekanntgegeben, die NATO-Verpflichtungen Kanadas abzubauen und die in Europa stationierten Truppen abzubauen, vgl. AdG 1969 S. 14584.

In dieser Richtung, würde ich meinen, ist das, was wir erhofft haben, durch Zahlungen geleistet worden. Es ist aber nicht honoriert worden. Diesen Weg fortzusetzen, hielt ich in der Tat für falsch.

Kiesinger: Ich will ganz kurz zu den Fragen etwas sagen. In Kanada gibt es nur einen Mann, der diese Tendenz zur Truppenminderung hat. Er heißt Trudeau. Unglücklicherweise ist er Ministerpräsident. In einem Land in Europa – ich will nicht sagen, in welchem – ist der kanadische Botschafter zur Regierung gelaufen und hat gesagt: Was ist denn los mit euch? Wir haben gedacht, ihr protestiert. Nun ist alles still.

Sämtliche Botschafter in allen Ländern haben sich gegen Trudeau gestellt. Brandt, den ich gebeten hatte, in Kanada vorstellig zu werden, und zwar in der nötigen höflichen Weise, auf die psychologischen und anderen Folgen hinzuweisen, hat volle Zustimmung gefunden. Trudeau war nicht da. Das ist ein höchst merkwürdiger Mann. Ich habe ihn für einen politischen Playboy gehalten, aber bei dem Besuch von Wilson schilderte mir der oberste Beamte dort den Trudeau, wie er aufgetreten sei auf der Commonwealth-Konferenz, nämlich mit sehr großem Respekt. Es ist wahr, er beherrscht die Szene dort und macht, was er will. Er macht mehr Eindruck als die Bundesgenossenschaft des gesamten übrigen Kabinetts, des gesamten diplomatischen Dienstes in Kanada. Man kann aber im Augenblick nichts tun. Man muß abwarten, wie das mit ihm weitergeht.

Berichte von ihm zeigen, die Kanadier haben ein ungutes Gefühl – auch das mal wieder –, von den Amerikanern niedergedrückt zu werden, wirtschaftlich, politisch usw. Es regt sich dort ein Selbständigkeitswille, der recht beachtlich ist, z. B. in der französischen Frage. Die sind gar nicht abgeneigt, den Franzosen in Kanada eine weitgehende Autonomie zu geben; nur sagen sie, das ist unsere Sache. Wenn sich jemand von außen einmischt, dann müssen wir Widerstand leisten. Das ist die Situation. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Dann das Verhältnis USA : Frankreich! Hier gibt es nur eine Klimabesserung, keine Änderung. Diese Meldungen von Theo Sommer in der „Zeit“⁸⁰, auch in einer Rede von ihm, werden jedenfalls von den Amerikanern auf das heftigste dementiert – das hört man auch, wenn man unter vier Augen mit ihnen spricht –, es habe keinerlei Abmachungen auf dem Gebiet der nuklearen Zusammenarbeit gegeben. Ich habe auch kurz mit de Gaulle in Amerika gesprochen. Da kam dasselbe heraus. Bei einem Cocktail gab ich dem französischen Botschafter⁸¹ Gelegenheit, mit mir zu sprechen. Auch hier genau dasselbe! Er sagte: Es ist ein anderes Klima da, ohne daß man sagen könnte, daß in wichtigen politischen Fragen eine entscheidende Änderung eingetreten sei.

80 „Zeit“ vom 21. März 1969 „Ein Profi sucht sein Konzept. Nixons Außenpolitik: Kühle Sicherheit, kaum Inhalte“. – Dr. Theo Sommer (geb. 1930), Publizist; 1952–1954 Lokalredakteur bei der „Rems-Zeitung“ in Schwäbisch Gmünd, 1965–1969 Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Universität Hamburg, 1968–1973 stv. Chefredakteur der „Zeit“, 1969/70 Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung (Aufbau eines Planungsstabes), 1973–1992 Chefredakteur, 1992–2000 Herausgeber der „Zeit“.

81 François Seydoux de Clausonne.

Zur Staatlichkeit der DDR! Das ist auch nach meiner Meinung ein Staat, bloß wird niemand so töricht sein, das zu sagen; es ist ein illegitimer Staat. (*Amrehn*: Der Bundesinnenminister spricht von einem rechtlichen Staat!) Das mag sein. Ich sage, auch nach meiner Meinung ist es ein Staat, aber ein Unrechtsstaat. Aber das ist nicht die Frage. Die unglaubliche politische Torheit, die darin liegt, daß man das proklamiert, ist doch die, daß über diese Feinheit nur die Juristen sich streiten, aber die Leute kapieren das doch nicht. In dem Augenblick, wo wir sagen, das ist ein Staat, denken 90 % derer, die das hören, hinzu, aha, jetzt haben sie anerkannt. Deswegen habe ich dem Brandt immer wieder gesagt, was habt ihr bloß mit uns. Weil das so ist, Herr Amrehn, gebe ich Ihnen zu, es gibt in der SPD Leute, die damit sich weiterraufen wollen zur Anerkennung. Daß das Egon Bahr will, darüber gibt es überhaupt keine Zweifel, und auch, daß es andere Leute wollen. Aber z. B. nicht Helmut Schmidt. Das ist meine Meinung nach vielen Unterhaltungen mit ihm. Auch Wehner will es nicht nach meiner Auffassung. Nach dem, was mir Brandt immer wieder sagt, will er es auch nicht, aber Sie wissen, wie Bahr ist. Vor allen Dingen denkt er auch im Wahljahr parteitaktisch: (*Lebhafte Unruhe*.) Wenn man in der Sache nicht weiterkommen kann, dann kann man vielleicht verbal ein bißchen weiterkommen oder so tun, als gäbe es da einen Fortschritt.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, Sie haben die Finanzverfassungsreform angesprochen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß diese Reform unter allen Umständen verabschiedet werden muß. Zunächst sind erhebliche Abstriche gegenüber der Regierungsvorlage gemacht worden. Nun kann man nicht einfach sagen, wir gehen auf das zurück, was der Vermittlungsausschuß vorgelegt hat. Ich möchte Herrn Filbinger ansprechen. Herr Filbinger, bedenken Sie, wenn Sie einmal die norddeutsche Lage ansehen, wie es bei Ihnen aussähe, wenn Stuttgart eine freie Hansestadt wäre, und wie es entsprechend in München aussähe. Das sind doch unsere Schwierigkeiten in Norddeutschland, daß die beiden zentralen wirtschaftlichen Orte Stadtstaaten sind und damit in der Tat eine sehr ungerechte Aufteilung der Steuern erfolgt.

Vergessen Sie auch nicht, daß die armen Länder – Gott sei es geklagt – im wesentlichen von der CDU regierte Länder sind. Meine Bitte ist also, gehen Sie in den Ländern aufeinander zu, damit wir einen Kompromiß haben, den wir in den von der CDU regierten Ländern vertreten können. Die CDU-Fraktion hat in ihrer Mehrheit uns zugestimmt, nur in der Gewichtung der Verhältnisse sah man es anders. Man sagte, es ist wichtig, die Sache zu verabschieden, und das muß man in Kauf nehmen. Aber in der Sache hat die CDU-Fraktion uns zugestimmt. Auch der Bundesfinanzminister hat ausdrücklich erklärt, daß er in der Sache unserer Meinung ist. Also, noch einmal meine Bitte, gehen Sie aufeinander zu, und finden Sie eine entsprechende Lösung.

Filbinger: Ich bin Ihnen dankbar für das, was Sie sagen, Herr Kollege Schmücker. Ich habe in den zurückliegenden Monaten sehr bedauert, daß wir, die Länder, mit der CDU/CSU-Fraktion nicht ins Gespräch gekommen sind. Ich habe mich mehrfach darum bemüht. Es ist auch einmal auf meinen Vorschlag hin eine Kommission gegründet worden, die zweimal getagt hat. Das waren die drei Ministerpräsidenten und die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen des Bundestages. Wir waren in der ersten Sitzung in der

Annäherung der Standpunkte sehr weit gekommen. Dann hatten sich die beiden Fraktionen geeinigt: Wir wollen jetzt unser Verfahren ablaufen lassen. – Ich habe Verständnis dafür gehabt, aber wir haben dadurch sehr viel Zeit verloren.

Ich habe in der Zwischenzeit mehr und mehr den Eindruck bekommen, daß uns die fehlende Aussprache dahin gebracht hat, unsere Standpunkte gegenseitig bekanntzumachen, um damit die Kompromißbasis zu verdeutlichen, die bereits gefunden ist. Wir haben uns vor fünf Monaten, die starken und die schwachen Länder, schon sehr nahe angenähert. Das war in einer Konferenz in Hannover, die Anfang Dezember stattgefunden hat.⁸² Damals hatten die starken Länder angeboten, den Finanzausgleich um 615 Mio. DM zugunsten der schwachen Länder zu intensivieren. Dann haben die schwachen Länder gesagt, quantitativ muß da noch etwas drauf, aber im Grundsatz können wir uns so verständigen.

Dann ist etwas passiert, Herr Kollege Schmücker, was man sehr deutlich nennen muß. Der Beschluß des Bundestages ist gekommen.⁸³ Der hat allerdings eine schwere Zäsur in diese Verständigungsmöglichkeit geschlagen; denn die Folgen dieses Beschlusses waren sehr einschneidend; so würde z. B. das Land Baden-Württemberg nach diesem Beschluß des Bundestages das finanzschwächste Land werden. Wir sind jetzt mit an der Spitze. Wir würden etwas mehr als 96 % der Steuerkraft dann noch haben. So einschneidend hat dieser Beschluß des Bundestages in seinen Auswirkungen gewirkt, und zwar der Beschluß, der aufgrund des Vorschlages des Bundesfinanz Ausschusses zustande kam. Ich habe im Februar mit dem Finanzminister Kubel⁸⁴ aus Niedersachsen, der sich zum Wortführer der finanzschwachen Länder aufgeworfen hat, über die Dinge gesprochen. Herr Kubel hat mir gesagt: Für uns sind diese Gespräche nicht mehr interessant. Wir haben jetzt einen Beschluß des Bundestages bekommen, der so günstig ist, daß wir etwas Derartiges nie mehr bekommen. Deshalb wollen wir soviel herauszuholen versuchen, wie wir können. – Mittlerweile haben die starken Länder ihr Angebot erhöht bis an die Grenze des noch Tragbaren. Statt 615 Mio. sind es nunmehr 770 Mio., die aus dem Bestand der starken Länder an die schwachen Länder gehen. Das ist die objektive Verbesserung ihres Status der vier schwachen Länder gegenüber dem Jahre 1968.

82 Am 19. Dezember 1968 setzte der Bundesrat einen Sonderausschuß für die Finanzreform ein, in dem die elf Ministerpräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeister selbst ihre Länder vertraten, vgl. RENZSCH S. 244.

83 Vgl. den mündlichen Bericht des Vermittlungsausschusses zum Finanzreformgesetz vom 21. April 1969 (Drs. V/4105). Der Bundestag stimmte am 23. April 1969 der Finanzreform zu, vgl. Sten.Ber. 5. WP 227. Sitzung, S. 12539–12545.

84 Alfred Kubel (1909–1999), Industriekaufmann; 1924 Internationaler Sozialistischer Kampfbund, 1945 SPD, 1946 Ministerpräsident des Landes Braunschweig, 1947–1978 MdL Niedersachsen, 1946–1951 Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1951–1955 für Finanzen, 1957–1959 für Wirtschaft und Verkehr, 1959–1965 Minister für Landwirtschaft, 1965–1970 für Finanzen, 1970–1976 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. Wolfgang RENZSCH: Alfred Kubel – 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie. Bonn 1985.

Herr Kollege Schmücker, ich bin von einem überzeugt, daß wir über diese Basis hinaus keine Verständigung kriegen. Ich sage das, nachdem ich mich sehr oft bei den anderen Ländern erkundigt habe, nachdem unendlich viele Verletzungen durchgeführt worden sind, die aus gutem Willen geschehen sind. Jetzt ist es so, der Vorschlag, der dem Vermittlungsausschuß zugrunde liegt, wird bereits die finanzstarken Länder ganz nahe an die Nivellierungsgrenze mit den schwachen Ländern bringen. Darüber hinaus kann man nicht mehr gehen, weil dann die starken Länder die Kraft verlieren, ihre Aufgaben zu erfüllen. Baden-Württemberg hat neun Universitäten. Wenn man jetzt noch weiterginge, müßte das Land erklären, es könne seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Das wäre die Folge. Herr Kollege Schmücker, jetzt besteht doch dieses Anrufungsbegehren der Bundesregierung: Verteilen wir die Körperschaftssteuer gestaffelt nach dem örtlichen Aufkommen, nach der Einwohnerzahl. Das ist der Punkt, um den jetzt geredet wird. Wissen Sie, welches Ergebnis das hat? Nach genau abgesicherten Rechnungen bringt das mehr Geld nur den Bayern; ich glaube, es sind 140 Mio. Den finanzschwachen Ländern bringt es plusminus null. (*Schmücker*: Bei uns macht es 200 Mio. aus.) Sie kriegen insgesamt 245 Mio. mehr, Herr Kollege Schmücker, nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses. Wenn der aber abgelehnt wird, dann kann ich sagen, wenn man nicht in toto jetzt in dieser Zeit noch eine dritte Runde im Vermittlungsausschuß macht, dann kriegen wir keine gemeinsame Basis. Sie kriegen weder Nordrhein-Westfalen noch Hamburg noch Hessen auf eine Basis, die weitergeht als das, was im Vermittlungsausschuß erarbeitet worden ist. (*Kiesinger*: Herr Kollege Filbinger, können Sie mir sagen, was Baden-Württemberg nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses weniger bekommt?) Wir büßen 160 Mio. ein, Niedersachsen bekommt aber 245 Mio. mehr. (*Kiesinger*: Nach der Verteilung der Einwohnerzahl wären es 157 Mio. weniger für Baden-Württemberg.) Da gibt es Diskrepanzen in den Berechnungen. Wir würden, wenn man es nach der Einwohnerzahl verteilt, 32 Mio. minus haben. Wir kämen dann an die 200 Mio.-Grenze heran nach den Berechnungen, die wir auch mit den anderen Ländern abgestimmt haben.

Wenn man nun sagt: Wenn die Bayern jetzt soviel mehr kriegen, so brauchen sie das ja nicht, man kann es an die vier finanzschwachen Länder verteilen, – dann kommt man mit dem Recht in Schwierigkeiten. Wir haben diese Sache genau geprüft. Die Bayern hätten, wenn man diese Variante wählt, einen Rechtsanspruch auf dieses Geld, und es wäre nicht mehr mit der Verfassung konform, wenn man ihnen die Umsatzsteuer usw. wegnähme.

Noch ein Gesichtspunkt, Herr Kollege Schmücker! Was Ihnen noch fehlt, soll Ihnen ja gegeben werden. Wir haben aus diesem Grunde dem Bund eine Investitionsfinanzierungskompetenz gegeben eigens für Niedersachsen und die anderen finanzschwachen Länder. Das war bisher nicht der Fall. Der Bund kann ihrer landwirtschaftlichen und gewerblichen Struktur soviel Geld geben, wie er will. Außerdem gibt es eine Kompromißmöglichkeit: Der Bund kann die bisher gewährten Ergänzungszuweisungen von 200 Mio. weiter gewähren. Damit wäre das, was bei Ihnen noch dazu muß nach Ihrer

Auffassung, gegeben. Es gibt vom Rechnerischen her Möglichkeiten des Ausgleichs. Es gibt kein System, das ideal ist.

Wir waren im übrigen sehr kritisch gegenüber unseren eigenen Ländern, aber wenn wir den guten Willen haben, dann können wir die Sache überwinden, und der Bund kann das Tüpfelchen auf das i geben. (*Kiesinger*: Wie ist das mit dem Zuwachs?) Wir geben dem Bund 15 % der schnellwüchsigen Einkommens- und Körperschaftssteuer. Das macht in vier oder fünf Jahren für den Bund ein Plus von 3,5 Mrd. zu Lasten der Länder aus. Wir geben 15 % der schnellwüchsigen Einkommens- und Körperschaftssteuer dem Bund und kriegen als Ausgleich Umsatzsteuer. Die wächst aber nicht so schnell. Der Verlust an Zuwachsteuern bei den Ländern macht in ein paar Jahren eine Anzahl von Milliarden aus. Die Länder werden schwerstens belastet. Die Ausgaben wachsen viel schneller, als jede Einnahme wachsen kann. Wie wir das noch bewältigen sollen, wenn wir bei der Finanzverfassungsreform schlechter abschneiden, weiß ich nicht.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, ich habe nie bezweifelt, daß es möglich ist, einen Ausgleich herzustellen. Sie erzielen doch mit der heutigen Regelung, Herr Kollege Filbinger, den Gewerbesteuererfolg, den die Gemeinden hatten. Es ist bei uns im Norden so, daß in den Städten Bremen und Hamburg nur die Schreibtische stehen, während die Fabriken draußen in der Provinz arbeiten. Das Geld, das in den Zentralen anfällt, ist rein administrativ. Ich will ein Beispiel nennen. Wenn es gelänge, die Nordstahl⁸⁵ zuwege zu bringen, dann müßten wir unter allen Umständen verhindern, daß der Sitz dahin kommt, wohin er müßte, nämlich nach Bremen. Wir haben zweitens in Niedersachsen überhaupt keine großen Straßenbauunternehmen. Wir werden ab morgen eines gründen, damit das Geld nicht nach Nordrhein-Westfalen zur Strabag⁸⁶ geht.

Mit anderen Worten, Sie erzielen denselben nachteiligen Effekt, wie das die Gewerbesteuer schon getan hat, und Sie bauen neue Grenzen in Deutschland auf, die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes wird zerstört, weil der Steueranfall nicht nach der erbrachten Leistung verteilt wird, sondern nach der zufälligen Festlegung des Sitzes. Wenn wir auswiesen, daß wir ein norddeutsches Land gründen, wäre ich einverstanden. Dann haben wir den Ausgleich. Norddeutschland insgesamt hat ungefähr den Bundesdurchschnitt, aber die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen 20 Punkte darunter. Das ist das Problem. Sie können von uns nicht verlangen, daß wir diese Gesichtspunkte einfach unter den Tisch fallen lassen. Wir brauchen also den notwendigen Ausgleich. Darum bitte ich Sie, kommen Sie uns entgegen. Es muß ein Entgegenkommen geben, das es uns ermöglicht, weiterzuarbeiten.

Kiesinger: Ich schlage vor, daß wir jetzt diese Debatte unterbrechen. Ich habe nachher die Mitglieder des Vermittlungsausschusses bei mir und den Finanzminister. Wir

85 Die Gründung einer Nordstahl AG scheiterte endgültig am 21. März 1969 an Bewertungsfragen derjenigen Unternehmen, die in diesem Konzern aufgehen sollten, vgl. Hans BIRNBAUM: Stahljahre. Unternehmer in unruhiger Zeit. Düsseldorf/Wien 1980 S. 60f.

86 Abkürzung für „Straßenwalzenbetrieb vormals H. Reifenrath Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, gegründet 1895. Vgl. Manfred POHL: Die Strabag 1923–1998. München 1998.

werden versuchen, dabei zu einem Ergebnis zu kommen. Haben Sie also Verständnis dafür, daß ich nicht zweimal hintereinander diese Debatte führen muß. Die Probleme kennen wir ja. Ich habe gesagt, daß ich nicht ohne ein Ergebnis aus dieser Sache herauskomme.

Kohl: Ich will zu der letzten Sache nichts sagen, aber, Herr Bundeskanzler, wir müssen den Versuch unternehmen, die Finanzverfassungsreform noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Das kann allerdings nur gehen, wenn man sich von beiden Seiten entgegenkommt. Was Schmücker sagte, ist für mich das Hauptargument. Es wird in der Bundesrepublik keine moderne Strukturpolitik geben, wenn die Finanzverfassung der Bundesrepublik die Strukturpolitik nicht ermuntert.

Ich möchte aber jetzt noch einmal das Verhältnis zu den beiden anderen Parteien anschneiden. Ich glaube, hier ist nicht der Platz, um darüber zu debattieren, ob nun der Herr Schiller ein besonders guter Mann ist oder ein weniger guter Mann. Ich habe den Eindruck und will das hier in aller Offenheit sagen, daß in den letzten zwei Jahren dieser Großen Koalition bei uns in der CDU die Leistungen der Kabinettsmitglieder mit verschiedenen Maßstäben gemessen wurden. Man darf sich also nicht wundern, daß das in der Öffentlichkeit auch geschieht. Die Sozialdemokraten haben eine Reihe von ungewöhnlich attraktiven Ressorts. Wenn ein CDU-Minister mit seinem Leber-Plan⁸⁷ so gescheitert wäre, wie der Herr Leber gescheitert ist, wäre das Geschrei ohne Zweifel wesentlich größer, als es jetzt der Fall ist. Wenn ich daran denke, welche Geldmittel damals der Herr Seehofer für sein Ressort zur Verfügung hatte und welche Finanzausstattung sein Nachfolger heute hat, dann muß man zugeben, daß in diesem Ressort ein großer Staat zu machen und eine Menge nachzuweisen ist, was in den sechziger Jahren bei Seehofer nicht möglich war.

Wir sollten jetzt nicht – ich bin da völlig Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler – attackieren, wir sollten aber vom Bundesvorstand aus ermuntern, daß unsere eigenen Leute in ihrer Pressearbeit, in ihrem Auftreten im Fernsehen usw. nicht so zurückhaltend sind. Der Geist der Großen Koalition bedeutet ja auch, daß unsere eigenen Leute sich mit ihren Pressestellen in den Ministerien usw. der Öffentlichkeit darstellen. Hier sollten wir unsere Chancen wahrnehmen und den Leuten auch die entsprechende Unterstützung geben. Was mir nicht gefällt, ist die Tonart, mit der wir in den letzten Tagen angefangen haben, mit der FDP umzugehen. Es ist ganz logisch, daß wir gegen die FDP, insbesondere beim Wahlkampf, wenn sie uns angreift, zurückschlagen, aber ich muß sagen, es sind in einigen Artikeln in den letzten Tagen Äußerungen gefallen, die ich einfach für falsch halte. Erstens halte ich sie nicht für qualifiziert. Das will ich offen sagen. Man kann zur FDP stehen, wie man will, aber man muß doch die Möglichkeit offenlassen, am 29. September mit der FDP reden zu können. Wenn man aber jetzt unter den Gürtel schlägt – wie das geschehen ist –, dann gibt das Komplikationen, die nicht zu übersehen sind.

⁸⁷ Vgl. Nr. 15 Anm. 3.

Das ist meine Bitte, daß wir uns hier darüber im klaren sind, einen harten Schlagabtausch zu führen, aber einen Schlagabtausch, der es ermöglicht, auch morgen mit beiden Parteien zu sprechen. Optisch sieht es so aus, als sei die FDP bereits von uns als möglicher Koalitionspartner nach der Bundestagswahl abgehängt. Hier steht die Erklärung unseres Bundesparteivorsitzenden in seinen Schlußworten auf dem Berliner Parteitag, daß wir offen nach beiden Seiten sind.

Bei allem Ärger in der Frage der Deutschlandpolitik, den wir mit den Vorstellungen der FDP haben, bin ich der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die Meinung der FDP und die Meinung des Herrn Brandt, nicht nur des Herrn Bahr, für mich nicht so unterschiedlich sind, selbst wenn Herr Brandt in der Kabinettsitzung oder in einem Gespräch mit Ihnen etwas anderes sagt. Ich habe den Eindruck, daß es bei Teilen der SPD-Führung die gleiche Taktik in dieser Frage gibt, die sie auch mit einigem Erfolg in der Frage des Wahlrechts praktiziert haben. Zuerst hat man uns erklärt, man sei dafür, aber der jetzige Parteitag ist ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Prognosen nicht zutreffen.

Mir geht es darum, hier im Bundesvorstand deutlich zu machen, daß die CDU nach beiden Seiten hin offen in den Wahlkampf geht. Wir sollten ihn aber nicht so führen, daß am Ende die menschlichen Beziehungen, die ja auch eine wichtige Rolle spielen, dabei Not leiden. Die zwei oder drei Artikel in offiziellen oder offiziellen Organen der CDU⁸⁸ – ich weiß nicht, wer sie inspiriert hat und was das Grundanliegen dieser Artikel war – sind in dieser Hinsicht für mich jedenfalls eine nicht erfreuliche Entwicklung.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich wollte zunächst eine Bemerkung machen zu dem Koalitionspapier, von dem Sie gesagt haben, es sei nicht gut.⁸⁹ Das Papier wollte die Grundsätze herausstellen. Mehr sollte es nicht sein. Es gibt bei uns in der Fraktion Leute, die immer noch meinen, die alten bewährten Grundsätze werden auch heute noch angewandt. Wenn man in der Fraktion bei diesen Leuten die Gedanken etwas öffnen will für eine moderne Politik mit alten Zielen, dann muß man versuchen, ihnen klarzumachen, daß hier durchaus noch Verbindungen da sind. Das war der Grund dafür, dieses Papier zu machen. Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie es nicht nur kritisch ansähen, denn es hat auch seine positiven Seiten.

Etwas zur Budapester Erklärung! Wenn wir hier Zeit hätten, dann müßte man über diese Geschichte gründlich reden. Dann würde sich herausstellen, daß man sehr differenziert urteilen muß über das Papier selbst und über die Zusammenhänge sowie über die Möglichkeiten, die es enthält. Dieses Papier ist voller Widersprüche. Ich bin gar

88 Vgl. DUD Nr. 4 vom 7. Januar 1969 S. 4 f. „Demagogie im rationalen Mäntelchen“; DUD Nr. 6. vom 9. Januar 1969 S. 1–3 „Im Maß vergriffen“; DUD Nr. 19 vom 28. Januar 1969 S. 2 f. „FDP mißbraucht Steuergelder für Wahlkampfzwecke“; DUD Nr. 40 vom 27. Februar 1969 S. 2 f. „Keine Antwort auf drängende Fragen. Zum FDP-Schulkonzept ‚Offene Schule‘“; DUD Nr. 59 vom 26. März 1969 S. 3 „Tuchföhlung nach ganz links“; DUD Nr. 68 vom 10. April 1969 S. 3 „Partisanen hinter der Regierungsföront“; DUD Nr. 70 vom 14. April 1969 S. 1 f. „Die FDP auf dem Marsch nach links“.

89 Vgl. Anm. 22.

nicht geneigt, nun zu sagen, das ist die große Öffnung in eine neues Verhältnis in Europa zwischen Ost und West. Nur meine ich, wären wir schlecht beraten, wenn wir der Budapester Erklärung gegenüber die Haltung einnehmen, es sei nur Propaganda. Die Sozialdemokraten haben genau dieselbe Information, die Sie uns hier gesagt haben, daß es in der Bevölkerung eine Grundstimmung gibt, wie Sie vorhin formuliert haben, sie will eine unbefangene Haltung auch gegen den Osten. Dies muß man in seiner eigenen Sprache deutlich werden lassen. Deswegen, so meine ich, soll man nicht Illusionen erwecken. Natürlich muß geklärt werden, was eigentlich dahinter steckt. Vielleicht steckt nur Böses dahinter und gar keine Aussichten. Das ist möglich. Aber den Leuten draußen muß deutlich gemacht werden, daß wir herauszufinden versuchen, was tatsächlich dahinter steckt.

Nach Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, ist die DDR ein Staat. Darüber will ich jetzt gar nicht rechten. Man kann wohl alle Argumente finden, um zu beweisen, daß es so ist. Ich bin nicht der Meinung, daß wir in der nächsten Woche mit der SPD bei der Debatte über die Deutschlandpolitik, über die staatsrechtliche Existenz, einen großen Streit führen sollen. Nur muß eines immer deutlich werden, damit wir im Volke in unserer Grundeinstellung verstanden werden. Man muß diesen Staat politisch qualifizieren als das, was er ist. Das muß immer danebenstehen. (*Starke Unruhe.*) Für die Sozialdemokraten in Südhessen ist das sicher ein Ausweg gewesen.

Nun zum Verbotsantrag! Ich hatte gedacht, wir wären uns hier im Vorstand schon einig gewesen, daß die Zeit für einen Verbotsantrag vorbei ist. Wir sollten auch gar keine Zweifel mehr aufkommen lassen. Ich war vor einem Jahr noch anderer Meinung, aber heute denke ich, wenn ein Verbotsantrag käme, würde aufgrund der Sentimentalität der Deutschen nicht viel zu erreichen sein. Das Ganze wird uns vielleicht ein bißchen ärgern, aber das muß man ja manchmal in Kauf nehmen.

Nun haben Sie gesagt, daß Schiller wahrscheinlich versuchen wird, sich als Hüter der Stabilität in den nächsten Wochen und Monaten darzustellen. Wenn er das tut, dann sucht er eine Rolle, von der er mit Recht annimmt, daß sie draußen im Lande sehr gut aufgenommen wird. Der Gedanke, die Aufwertung als das Heilmittel anzupreisen, ist diabolisch geschickt; denn das Wort Aufwertung ist immerhin etwas Positives. Zweitens ist er nicht derjenige, der das durchsetzen muß. Dies ist die Situation, die er zu schaffen sucht und die er sich zunutze macht. Die Frage für uns ist, wie man darauf am besten reagiert. Wir dürfen den Sozialdemokraten nicht den Gefallen tun, davon zu sprechen, als ob wir Ende 1966 in einer Krise waren. Nun weiß ich, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben. Natürlich ist es richtig, daß wir in einer gewissen Krise waren, aber es war eine andere Krise als die, die Herr Schiller und die Sozialdemokraten heute meinen. Sie meinen, das war eine echte ökonomische Krise. Die war es nicht. Die kommt vielleicht jetzt, aber damals war sie es nicht. Die Arbeitslosenziffer in dieser Zeit war minimal. Im Grunde genommen war es eine Krise des politischen Managements. Es war eine Krise des Versagens der FDP in einer Situation, in der man ihre Zustimmung brauchte, um gewisse Heilungsmaßnahmen durchzuführen. (*Kohl: Aber es war auch eine Krise der CDU.*) Aber wir reden doch, wie wir die Sache nach außen

vertreten. Das Wichtigste hierbei ist, der SPD die Chancen zu nehmen, sich darauf einzurichten, hier sei eine Krise auf ökonomischem und sozialem Gebiet gewesen. Ich wünsche nicht, daß die Sozialdemokraten in die Situation kommen, allein die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik zu haben. Ich möchte einmal sehen, ob diese Partei die Kraft aufbringt, die die CDU (*Kiesinger*: Das sage ich ja!) im Frühjahr 1966 aufgebracht hat, als wir uns hinsetzten und gesagt haben, jetzt muß einmal die Rechnung beglichen werden.

Kiesinger: Alle drei Parteien haben doch mitgemacht; dabei sind wir nicht diejenigen gewesen, die am stärksten gestritten haben. (*Starke Unruhe. – Gradl*: In der Zeit, als wir versucht haben, zu verhindern, daß die Preise und die Löhne davonlaufen ...) Das haben alle drei Parteien mitgemacht! (*Gradl*: Vorher, aber nicht nachher!) Die historische Wahrheit ist, daß alle drei Parteien damals ein neues Sanierungsprogramm aufgestellt haben. Ich habe es mir genau angesehen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Aber wir wollen uns darüber nicht streiten. Es ist klar, daß eine tiefe Krise da war, nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine Krise, die sich aus vielen Dingen ergab, die sich z. B. ergab aus dem Verhältnis der CDU zur FDP, die sich daraus ergab, daß dem Manne, der als der Hüter der Solidität der deutschen Wirtschaft angesehen war, ein wenig die Zügel aus den Händen glitten. Das war doch der allgemeine Eindruck und auch der Grund dafür, warum die CDU nur noch 30 % und die SPD 50 % bei den Meinungsumfragen hatten.

Daß außerhalb der CDU recht üble Dinge im Gange waren, das ist etwas anderes. Das muß aber alles zusammen gesehen werden. Sie haben natürlich recht, daß man der SPD nicht helfen soll, nun zu sagen: Wenn wir nicht gekommen wären usw., – nein! In jedem Land gibt es solche Situationen. Schauen Sie sich doch einmal um in der Welt. Die einzige Sache ist doch die, wie man diesen Zustand bewältigt. Wer hat ihn denn bewältigt? Die CDU! Sie hat ihren Koalitionspartner ausgewechselt und damit die Sache gemacht. Damit kommen wir doch am besten weiter. (*Starke Unruhe. – Schmücker*: Die Krise war nicht nur ökonomisch. Wenn man es genau untersucht, wird es noch peinlicher.) Also, lassen wir es jetzt. Wir werden es in unserer Propaganda bestimmt nicht tun. Ich habe es auch nie wiederholt. Ich habe gesagt, wenn von einer Krise die Rede war, dann ist sie dadurch entstanden, daß man über die Verhältnisse disponiert hat. Als man das merkte, ging man daran, um sie zu meistern, aber da hat sich die FDP geweigert. Dann haben wir den Koalitionspartner ausgewechselt. (*Starke Unruhe. – Zuruf*: Es ist wirklich ernst, was Brandt vorhat!) Ich bin auf diese Dinge vorbereitet. Ich habe den Schiller nicht verstanden. Strauß und Schiller haben es fertiggebracht, dem deutschen Volke weiszumachen, die Aufwertung sei etwas, was zugunsten des einfachen Mannes ginge. Es war eine Situation, in der das wie ein großer Sieg über den Druck des Auslandes wirkte. Ich habe den Schiller eigentlich nie verstanden. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß aus den bekannten Gründen nicht aufgewertet wird. Alle ökonomische wie die volkswirtschaftliche Vernunft hätte Schiller veranlassen sollen aufzuwerten. Warum hat er es nicht getan? Weil die Gewerkschaften einerseits und die Wirtschaft andererseits dagegen waren. Die Wirtschaft hat nämlich gesagt, damit bestehe die Gefahr, daß

unsere Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig bleibt. Er hat also gegen seine eigene Einsicht gehandelt und aus der Not eine Tugend gemacht und so getan, als ob hier ein großer nationaler Sieg über den Druck des Auslandes erfochten worden sei. (*Lebhafte Unruhe.*)

Hahn: Ich möchte den Punkt anschneiden, wie wir mit den Studentenunruhen und der Hochschulreform fertig werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir mit Sicherheit einem sehr schweren „Donner“ entgegengehen, der die Öffentlichkeit vermutlich beunruhigen wird. Die Situation wird also nicht leichter, sondern schwerer sein als im vergangenen Winter. Die SPD ist in der Frage des Verhaltens gegenüber den Studentenrevolten völlig zerstritten und unsicher. Es ist also nötig, daß die CDU eine klare Linie verfolgt und damit das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt. Dazu ist erforderlich, daß sich die CDU mit der CSU koordiniert und eine klare Linie verfolgt.

Wir müssen das Ordnungsrecht gegen allen Druck durchhalten. Es ist nötig, daß wir das klar in allen Ländern verfolgen, in denen wir zu bestimmen haben. Zweitens ist es notwendig, daß wir zur gleichen Zeit Reformmaßnahmen durchführen. Baden-Württemberg legt ja in diesem Augenblick einen Hochschul-Gesamtplan in einer neuen Form vor.⁹⁰ (*Kiesinger:* Die Frage ist, wer stimmt ihm zu. Die Studenten?) Nein, die stimmen bestimmt nicht zu. Es gilt aber nun, dieses Programm zu verkaufen. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich die CDU damit auseinandersetzt. Ein so großer und umfassender Plan ist bisher noch nicht vorgelegt worden. Es wäre doch eine Möglichkeit, daß man sich auf dieses Konzept einigen könnte. (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*)

Filbinger: Dieser Hochschul-Gesamtplan bringt als Wichtigstes die Entlastung der Universitäten durch den großen Ansturm der Studenten bis in die achtziger Jahre. Es gibt einen Gesamtzuwachs an Studenten von etwa 40 % bis 1980. Wenn man das alles mit Studienplätzen bewältigen wollte, die an den Universitäten neu geschaffen werden, dann würden wir dafür die Milliarden nicht aufbringen. Der Gedanke des Hochschul-Gesamtplanes ist der, daß man die Universitäten entlastet durch Hereinnahme der Pädagogischen Hochschulen, der Ingenieurschulen und der Fachhochschulen in den Hochschulbereich. Das ist ein sehr glücklicher Gedanke, der sehr viel Geld spart, der auch die Ausbildung der Studenten nicht notwendigerweise in die wissenschaftliche Sphäre ganz generell hineindrückt. Man hat Nachfrage heute nach Ingenieuren, die Absolventen unserer Ingenieurschulen sind. (*Starke Unruhe.*) Ich würde das, was der Kollege Hahn⁹¹ gesagt hat, von mir aus unterstützen, daß man in die Wahlkampfplattform Konzeptionen dieser Art mit aufnimmt. Gerade diese Probleme spielen mit einer Rolle bei den Unruhen an den Hochschulen, aber nicht bei dem revolutionären Kern, denn dem ist es gerade recht, wenn die Universitäten überstopft sind. Die anderen, die sich mit den Anarchisten solidarisieren, tun es häufig aus Unzufriedenheit und Unmut über die

⁹⁰ Der „Rahmenplan zur Hochschulreform“ war am 10. April 1969 vom baden-württembergischen Kultusministerium fertiggestellt worden. Zum Inhalt vgl. den Beitrag von Wilhelm Hahn in DUD Nr. 84 vom 5. Mai 1969 „Konsequente Reformpolitik“.

⁹¹ Wilhelm Hahn.

tatsächlichen unzulänglichen Verhältnisse an unseren Universitäten. Wenn die CDU hier vorangeht, dann wäre vieles gewonnen.

Bezüglich des Ordnungsrechts sind wir auch vorangegangen. Die Tatsache, daß von den elf Ländern neun den Staatsvertrag⁹², den wir gemacht haben, unterzeichnet haben, ist sicherlich auch eine Sache, die wir im Wahlkampf nicht gerade kleinschreiben sollten, obwohl wir den Gedanken der Reform zehnmal mehr betonen als den Gedanken des Ordnungsrechts. Ich bin auch der Meinung, daß die Bewältigung der Unruhen an den Universitäten in diesem Sommer der CDU Wesentliches einbringen wird.

Wenn wir deutlich machen, daß wir die Partei sind, die politisch dafür sorgt, daß man diese Dinge Schritt für Schritt in die Hand bekommt, dann wird uns das bei der Wahl helfen. Die Bevölkerung erwartet von der CDU, daß sie nicht nur für Sicherheit und Stabilität sorgt, sondern für die generelle Ordnung überhaupt, und daß die Krisenherde an den Universitäten in den Griff genommen werden.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich muß nun ein wenig Wasser in den Wein gießen. Das erste ist die Bewältigung der Studentenunruhen. Hier gibt es nur ein entsprechendes Vorgehen gegen alle diejenigen, die das Gesetz brechen. Wir gewinnen nur etwas, wenn diese Reform Zustimmung bei den Studenten und bei den Professoren findet. Aber das findet sie nicht. Hier liegt doch das Problem. Ich habe früher schon gesagt, die Zeit für Hochschulgesetze ist nicht da. Das, was geleistet worden ist in Baden-Württemberg, ist wahrhaftig aller Ehren wert, das ist wirklich eine bedeutende Leistung, aber die Forderung, die immer wieder erhoben wird, zugleich mit dem Ordnungsrecht – damit das nicht einen polizeistaatlichen Eindruck erweckt – die große Reform zu verbinden, ist enorm schwierig. Ich habe mich ja viel mit dieser Frage befaßt. Hier an diesem Tisch sagte mir Herr Leussink⁹³, der Vorsitzende des Bildungsrates wie der Westdeutschen Rektorenkonferenz, sie würden vielleicht, wenn es gut gehe, am Jahresende mit der Gesamtkonzeption einer nationalen Bildungskommission fertig werden.

Das sind die Institutionen, die damit beauftragt sind, das auszuarbeiten. Nun machen die einzelnen Länder frisch-fröhlich ihre eigenen Hochschulgesetze. Das ist ein höchst problematischer Zustand. Ich habe deswegen gesagt, man sollte an den Hochschulen zunächst die Probleme anpacken, die den Studenten auf den Nägeln brennen, ohne den Ehrgeiz zu haben, nun in jedem einzelnen Hochschulgesetz eines Landes eine perfekte Lösung zu finden. Ich muß sagen, ich bin unglücklich über die Art, wie die Dinge gelöst sind. Dazu ist noch gekommen, daß wir in unseren Landtagen je nach der Art, wer in der Regierung und wer in der Opposition war, uns so verhalten haben, möglichst

92 Am 27. März 1969 unterzeichneten neun Bundesländer – mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – einen Staatsvertrag über das universitäre Ordnungsrecht, vgl. FAZ vom 29. März 1969 „Die Ordnung an den Universitäten“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 29./30. März 1969 „Vertrag über Hochschulordnungsrecht“.

93 Dr. Hans Leussink (geb. 1912), Ingenieur; 1954 Ordinarius für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der TH Karlsruhe, 1958–1961 Rektor der TH Karlsruhe, 1960–1962 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 1962–1969 Mitglied des Wissenschaftsrats, 1965–1969 Vorsitzender des Wissenschaftsrats, 1969–1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Vgl. KEMPF/MERZ S. 432–437.

den unruhigen Studenten und auch den Professoren nach dem Munde zu reden. (*Am-rehn*: Bei uns nicht!) Nun, Berlin ist eine glückliche Ausnahme. (*Lebhafte Unruhe*.) Ich frage mich, Herr Professor Hahn, ob diese Bemühungen nicht einfach nur die Rolle eines Feigenblattes für das haben, was wir sonst tun müßten. Ich fühle mich einfach nicht wohl in meiner Haut. Jetzt kommen, wenn ich recht unterrichtet bin, Nordrhein-Westfalen mit einem Hochschulgesetz, Bayern und Baden-Württemberg, Hessen hat schon eins.⁹⁴

Hahn: Das Hochschulgesetz haben wir schon ein Jahr. Hier handelt es sich aber nicht um ein Hochschulgesetz, sondern um einen Organisationsplan, der drei Dinge gleichzeitig lösen soll: Erstens muß das Massenproblem jetzt angepackt werden. Wenn es jetzt nicht angepackt wird, haben wir in wenigen Jahren eine Katastrophe. Wir müssen da etwas tun. Wir können das aber nicht tun, ohne daß wir die Studienreform vorantreiben. Wir gehen hierbei z. T. auf die Wünsche des Mittelbaues ein. Wir hoffen, daß wir den Mittelbau wieder trennen können von den Studenten. Von den Professoren erwarten wir keinen starken Widerstand. Schließlich wollen wir noch der Forschung wieder den Raum zurückgeben, indem wir Massen z. T. abdrängen auf die Fachhochschulen. Das sind wichtige Gesichtspunkte, die weit über das hinausgehen, was der Wissenschaftsrat überhaupt machen kann.

Kiesinger: Das will ich auch nicht kritisieren, Herr Professor Hahn. Was ich kritisieren, ist dieses Nebeneinander und Durcheinander in der Hochschulgesetzgebung. Es bleibt im ganzen dabei, daß dieses Durcheinander der Hochschulgesetzgebung natürlich keinen guten Eindruck macht. (*Lebhafte Unruhe*.)

Streibl: Wir haben den Hochschul-Gesamtplan, wie er hier vorgestellt wird, im Hochschulgesetz mitverarbeitet. Trotzdem bleibt eines bestehen. Wir haben jetzt festgestellt, daß die Professoren zuerst dafür und nachher geschlossen dagegen waren. Die Studenten sind ohnehin geschlossen dagegen. Sie haben sicher recht, es wird ein sehr heißes Eisen werden. (*Anhaltende Unruhe*.)

Kiesinger: Wir werden mit den Maßnahmen zur Hochschulreform vielleicht sachlich das Notwendigste tun, aber wir werden damit, so scheint es mir, die Stimmung nicht umwandeln, jedenfalls nicht in diesem Jahr.

⁹⁴ Zum Hochschulgesetz für Baden-Württemberg vgl. Landtag von Baden-Württemberg Beilage IV/5900 vom 12. März 1968 „Hochschulgesetz nach den Beschlüssen Dritter Beratung“ S. 10167–10182. – Zu den Vorschlägen für ein Hochschulreformgesetz für Nordrhein-Westfalen vgl. Politische Akademie Eichholz (Hg.): Eichholz-Informationen II/1969 vom 1. April 1969. Kultusminister Fritz Holthoff brachte das Hochschulgesetz am 23. April 1969 unter Protesten der Studenten in den Landtag ein. – Zu den Vorschlägen für ein hessisches Hochschulreformgesetz vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 27. März 1969. – Der bayerische Ministerrat hatte am 18. März 1969 den Entwurf für ein Hochschulgesetz verabschiedet, das am 25. März 1969 dem Landtag von Kultusminister Ludwig Huber zugeleitet wurde und dort am 3. Juni 1969 in erster Lesung behandelt wurde. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 25. März 1969 „Keine Drittel-Parität in Bayern“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. Juni 1969 „Hochschulgesetz im Landtag“.

Nun naht langsam für mich der zweite Teil des Nachmittags. Sind noch Wortmeldungen da? (*Heck*: Zu dem Punkt nicht mehr.) Wir haben auf der Tagesordnung noch den Gesetzgebungsplan.

Heck: Dazu haben wir den Fraktionsvorsitzenden gebeten, hier zu berichten. Er konnte in die heutige Sitzung nicht kommen. Er hat aber zugesagt, daß er einen seiner Stellvertreter beauftragen werde, und zwar den Kollegen Blank. Aber der Kollege Blank ist entschuldigt. Für ihn ist Ersatz nicht hier, so daß der Bericht nicht erstattet werden kann. Ich bin nicht darüber informiert und orientiert, was zwischen Herrn Barzel und Herrn Schmidt besprochen worden ist. Infolgedessen hat es keinen großen Sinn, darüber zu diskutieren.

Zwei wichtige Probleme sind besprochen worden: erstens die Finanzverfassungsreform, zweitens die Verjährung. (*Kiesinger*: Die Verjährung ist keine Sache der Fraktion, sondern der Regierung.) Der nächste Punkt ist die Lohnfortzahlung. Ich empfehle deswegen, daß wir es dabei belassen. (*Starke Unruhe*.) Es hat keinen großen Sinn.

Kiesinger: Ich mache folgenden Vorschlag: Wir werden uns in absehbarer Zeit wiedersehen. Herr Barzel hat mir in einem ausführlichen Schreiben die Punkte mitgeteilt, die besprochen worden sind, worüber man sich geeinigt hat und worüber nicht. Ich würde jetzt, wenn ich das darstellen wollte, noch mindestens eine Stunde dafür brauchen. Diese Zeit haben wir einfach nicht mehr zur Verfügung. Ich schlage deshalb vor, daß wir dieses Thema auf der nächsten Bundesvorstandssitzung behandeln. Das ist ein dickes Dokument, zu dem eine ganze Menge zu sagen ist. Es geht also um die Dinge, die im Schoße des Bundestages liegen, nicht um das, was die Regierung zu beschließen hat, sondern um das, was im Bundestag noch zu behandeln ist. Mein Gesamteindruck ist der, guter Wille ist auf beiden Seiten. Das ist sehr erfreulich. Es ist eine gute Atmosphäre. Ich glaube aber, daß man ziemliche Abstriche davon machen muß. (*Starke Unruhe*.)

Stoltenberg: Herr Heck, könnten wir jetzt – oder in der nächsten Sitzung – vielleicht noch etwas hören über Wahlkongresse? (*Kohl*: Das ist der nächste Punkt der Tagesordnung.) Entschuldigung!

VORBEREITUNG DES BUNDESTAGSWAHLKAMPFS

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf einen kurzen Überblick über die Wahlsituation geben. Die letzten vier Wahlen waren dadurch charakterisiert, daß wir Regierungspartei und die SPD Oppositionspartei gewesen sind. Bis 1959 hatten wir ohnedies eine Situation, wo es nahezu auf keinem wichtigen Feld der deutschen Politik eine gemeinsame Basis zwischen uns und der SPD gegeben hat. Die Fronten waren hier absolut klar. Aber von 1959 bis 1966 hat sich die SPD mit Erfolg im Bewußtsein der Öffentlichkeit darum bemüht, sich programmatisch so an die CDU anzulehnen, daß sie in der Tat nur schwer unterscheidbar ist. Ich glaube, daß sie realiter mit ihrer Annäherung lange nicht so weit gegangen ist, als dies propagandistisch und taktisch nach den Auffassungen der Herren der Fall war.

Die Bundestagswahl, die wir vor uns haben, steht ganz eindeutig unter dem Vorzeichen der Entscheidung vom Dezember 1966, nämlich die SPD geht als Regierungspartei in den Wahlkampf. Das ist von Schmidt auf dem Parteitag ganz klar gesagt worden. Es ist deswegen von der Seite her unausweichlich gegeben, ob das nun jemand gerne hat oder nicht, daß das ein Wahlkampf zwischen uns und den Sozialdemokraten wird. Die Sozialdemokraten erheben den Führungsanspruch auf die deutsche Politik. Wir auch. Infolgedessen ist es ganz klar, daß es ein Wahlkampf zwischen uns und den Sozialdemokraten gibt. Wenn die Freien Demokraten erklären, die Hauptstoßrichtung dieses Wahlkampfes gelte der CDU, dann kann das natürlich nicht heißen, daß wir nun diesen Ball aufnehmen und uns in der Hauptsache mit der FDP herumschlagen. Das wäre ausgesprochen töricht.

Auf der anderen Seite darf man nicht verkennen, daß die potentiellen labilen Wähler der SPD nicht in erster Linie von uns erobert werden können; d. h. nicht, daß wir nicht auch Wähler von ihnen gewinnen können; aber im großen und ganzen wird es so sein, daß diejenigen, die über die radikalen Flügel unzufrieden sind in der SPD, labil und disponibel sind für eine Wahlentscheidung in der Richtung der neuen deutschen Linken, der Deutschen Kommunistischen Partei, und daß andere radikale Wähler wie bisher in den Landtagswahlen von der SPD auch zur NPD abgehen können und daß die linksliberalen Wähler mehr von der neuen FDP angezogen werden wie etwa von uns. Ich sage das deswegen, damit ich nicht mißverstanden werde, wenn ich erkläre, wir müssen zwangsläufig einen Wahlkampf führen, der zwischen der SPD und uns ausgemacht wird. Die Wähler, die wir erobern können, sind viel mehr im Bereich der Freien Demokraten, gerade durch das Verhalten der FDP bei der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin, frei geworden. Ich glaube auch, daß wir einen beträchtlichen Teil der potentiellen NPD-Wähler für uns gewinnen können. Ich bin der festen Überzeugung, daß die NPD-Leute nicht mehr entfernt die Chance bei der Bundestagswahl haben, die sie bei den letzten Landtagswahlen realisieren konnten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir eine ganz andere Situation haben.

Wir haben im bäuerlichen Bereich im Gegensatz zu der Zeit, in der die Landtagswahlen stattgefunden haben, ausgesprochen beruhigte, ich will nicht sagen zufriedene, Verhältnisse. Wir haben wirtschaftlich eine Lage, mit der die Bevölkerung zufrieden ist, wie in den besten Zeiten Ludwig Erhards, so daß für Poujadismus im wesentlichen kein Klima gegeben ist, wenigstens lange nicht mehr in dem Umfange wie bei den Landtagswahlen. Da gibt es keinen Zweifel. Wir haben den 21. August gehabt, der den Leuten wieder ins Bewußtsein gebracht hat, daß wir nicht in einer Lage sind, in der man Politik so machen kann, daß man mit der deutschen Faust einfach auf den Tisch schlägt. Die Situation ist also erheblich anders. Ich bin davon überzeugt, daß wir eine Chance haben, die NPD unter 5 % zu drücken. Wir müssen, wie ich meine, alles tun, die NPD so klein wie möglich und wenn irgend möglich, unter die 5 %-Grenze zu bringen.

Zur Politik der Großen Koalition ist zu sagen, sie ist der Sache nach eine organische Fortsetzung der Politik der vorausgegangenen Regierungen, aber sie erscheint im öffentlichen Bewußtsein – und wird auch von der Presse, von Rundfunk und Fernsehen

teilweise so behandelt –, als ob vor allen Dingen die Wirtschaftspolitik, die Ostpolitik und die Deutschlandpolitik von den Sozialdemokraten initiativ gestaltet worden sei. Das ist objektiv für die Deutschlandpolitik geringfügig der Fall. Für die Ostpolitik gilt es nicht; für die Wirtschaftspolitik nur geringfügig.

Das SPD-Konzept, so wie es sich bis jetzt darstellt, ist ja auch etwas, was wir vor Augen haben müssen. Die Sozialdemokraten arbeiten an der Bildung zweier Legenden. Die eine Legende ist die, die Bundesrepublik habe 1966 am Rande des Abgrundes gestanden. Die Sozialdemokratische Partei habe mit ihrem 8-Punkte-Programm⁹⁵ das eigentliche Rezept in der Tasche gehabt, wie man den deutschen Wagen auf seiner rasenden Fahrt in den Abgrund abfangen könnte. Die zweite Legende, die genauso systematisch verfolgt wird, ist die, dem Volke klarzumachen, daß die Erfolge der Großen Koalition im Grunde genommen die Erfolge der SPD seien. Die Sozialdemokraten haben natürlich genau wie wir festgestellt, daß die Wählerschaft die Große Koalition als solche und ihre Arbeit mit sehr viel mehr Sympathien verfolgt als eben die Mitgliedschaft. Das ist etwas, was ich mit Nachdruck speziell für die CDU immer wieder unterstreichen muß. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß an die 60 % der CDU-Wähler über die Große Koalition so positiv denken, daß sie ihre Fortführung nach 1969 ausdrücklich wünschen. Das sieht in der Partei völlig anders aus, und zwar schon bei den Mitgliedern, und je höher man in der Repräsentanz geht, desto kritischer steht man der Fortsetzung einer Großen Koalition gegenüber. Ich sage das deswegen, weil es ausgesprochen töricht wäre, wenn wir die Große Koalition als solche, d. h. die Große Koalition der 2½ Jahre und ihre Arbeit, mit Fragezeichen versehen würden, weil man vielleicht da und dort die Tendenz hat, um Himmels willen, wir dürfen die Große Koalition jetzt nicht so viel gelten lassen, sonst entwickelt sich die öffentliche Meinung so, daß man hier nicht mehr handlungsfrei ist.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß die Große Koalition und ihre Arbeit sehr viel Sympathien genießt, aber wir werden natürlich dieser Legendenbildung der SPD nicht in der Weise entgegentreten, daß wir uns von der SPD nun das Konzept aufzwingen lassen und uns nun in die Apologie flüchten, indem wir uns verteidigen. Das wird man so in einem Nebenthema abhandeln müssen, wie die Dinge tatsächlich sind. Ich habe vor, nachher in einem Fernsehinterview zu sagen, daß sich die Sozialdemokraten der Tatsache verweigert haben im Dezember 1966, die Führung der deutschen Politik zu übernehmen. Sie ist ihnen nämlich von den Freien Demokraten angeboten worden. Das muß man, glaube ich, der deutschen Öffentlichkeit sehr deutlich ins Bewußtsein bringen. (*Kiesinger*: Ich würde mir das noch einmal überlegen, Herr Heck, ob Sie das im Fernsehen sagen wollen. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Das ist eine Aufforderung, das nächste Mal es zu machen.) Ich sage, die Sozialdemokraten haben nicht den Mut gehabt. (*Kiesinger*: Ja, das ist eine Aufforderung an sie, das nächste Mal diesen Mut aufzubringen. – *Schröder*: Historisch ist es richtig, aber ich würde es nicht sagen. – *Kiesinger*: Vorsicht! Vorsicht! – *Lebhafte Unruhe*.) Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung.

⁹⁵ Vgl. Nr. 9 Anm. 17.

Ich meine also, die Auseinandersetzung mit den Legenden der SPD dürfen bei uns nicht das Hauptthema werden, sondern müssen das Nebenthema bleiben. Das Hauptthema des Wahlkampfes muß sein: Wir müssen die wesentlichen Alternativen der Wahlentscheidung sichtbar machen. Die Sozialdemokraten versuchen, es so darzustellen, daß sie im Grunde genommen keine andere Politik machen, sondern sie wollen es nur besser machen. Es ist aber in der Tat so – das wird z. B. bei dem Thema der Mitbestimmung glasklar deutlich –, daß hier völlig andere Auffassungen vom Grundsätzlichen her gegeben sind. Dieses Deutlichmachen der Alternative in der Wahlentscheidung hat eine personelle Seite und eine sachliche Seite. Es ist in allen Meinungsumfragen so eindeutig klar, daß das die entscheidende Strecke der SPD im Wahlkampf sein wird. Die Frage, wer ist der bessere Bundeskanzler, Kiesinger oder Brandt, hatte folgendes Ergebnis: Kiesinger 55 %, Brandt 23 %.

Man darf nicht übersehen, daß bei denen, die sich für Brandt aussprechen, fast die Hälfte der SPD-Anhänger fehlen. An die 40 % derer, die für die SPD votieren, halten Brandt für den schlechteren Bundeskanzler. Das ist eine Sache, die sehr wichtig ist. Das gleiche gilt auch für die FDP. Dort sind es 60 %, die für Kiesinger votieren. Der Sache nach wird die Alternative in unserer Wahlkampfplattform zum Ausdruck kommen müssen. Die Wahlkampfplattform muß auf alle Fälle vermeiden, was wir alle als primitiv und fast peinlich in der Wahlkampfplattform der SPD empfinden, daß sie von Anfang bis zum Schluß alles aufzählen, wovon sie glauben, daß es gefällt, und daß sie sich alles selber in die Schuhe schieben.

Zur personellen Alternative möchte ich noch eines sagen. Das werden Sie aus den Unterlagen, die ich habe verteilen lassen, ersehen. Daraus geht eindeutig hervor, daß die SPD heute in den Augen der Mehrheit der Wähler die Partei ist, die die besseren Fachleute hat. Das ist primär eine Sache, die sich an der Wertung von Schiller orientiert, während die CDU nach wie vor die Partei ist, der die Mehrheit die besseren Politiker zuspricht. Das muß man bei der Wahlkampagne berücksichtigen.

Nun zur Wahlkampfplattform! Man muß im Grunde genommen drei Dinge berücksichtigen, und zwar folgende: Die Tatsache, daß das Volk Frieden will und daß es ausgesprochene Angst im Volke gibt, der Friede könne ernsthaft gefährdet werden. Das Thema Friede ist nicht nur ein außenpolitisches Thema, es muß auch als innenpolitisches Thema behandelt werden. Das Volk ist gegenüber diesem Radikalismus an den Universitäten an sich doch sehr besorgt. Die Besorgnis ist im Grunde genommen die Ursache, warum das Volk so scharf reagiert, das am liebsten hätte, wenn man die Unruhestifter fortlaufend verdreschen würde.

Für uns ist besonders wichtig, daß wir eine Wahlkampfplattform vorweisen müssen, die zeigt, daß wir nicht nur eine Partei sind, der man vertrauen kann, sondern auch eine Partei, die Sicherheit gewährleistet im Blick auf eine Zukunft, im Blick auf das Morgen, das gestaltet werden muß. Man verdächtigt uns leicht, daß wir zwar zuverlässige Leute seien, aber im Grunde mit dem Fortschritt und mit den neuen Fragen und den neuen Problemen nichts besonderes im Sinne hätten. Das muß also in der Wahlkampfplattform seinen Ausdruck finden.

Ich glaube, ich kann hier darauf verzichten, im einzelnen anzusprechen, was in dieser Wahlkampfplattform behandelt wird, weil sich Präsidium und Vorstand zu gegebener Zeit mit der Wahlkampfplattform ausführlich befassen müssen. Wir müssen uns auf die Tatsache – die völlig neu sein wird – einstellen, daß das der erste Wahlkampf ist, der systematisch und hart geführt werden wird. Die Frage, wie wir mit der NPD fertig werden, wird bei den Wahlen kräftig davon beeinflußt, wie wir während der Kampagne bei unseren Kundgebungen und Versammlungen mit den Störversuchen der radikalen Gruppen – das wären in erster Linie die APO und nach den Erfahrungen von Ludwigs-hafen allerdings auch die neue Linke und die DKP – fertig werden. Wir werden von vornherein unter diesem Gesichtspunkt die Kundgebungen und Versammlungen anders anlegen müssen, als wir das in der Vergangenheit gemacht haben. Wir können beispielsweise keine Großkundgebungen im Freien machen, bei denen man keine Möglichkeit hat, sie auch nur einigermaßen unter Kontrolle zu halten. (*Kohl*: Das muß individuell entschieden werden.) Man kann das in Großstädten im allgemeinen nicht machen, man kann es in den Städten durchaus machen, wo sich die Leute gegenseitig kennen, wo also ein Deckmantel der Anonymität nicht zur Verfügung steht.

Dabei ist noch an einiges mehr zu denken. Wir müssen systematisch den Ordnungsdienst und unseren eigenen Ordnungsdienst organisieren. Wir müssen dafür sorgen, daß wir Versammlungsleiter haben, die in der Lage sind, eine Versammlung in der Hand zu behalten und zu gegebener Zeit in der richtigen Weise den Ordnungsdienst einzusetzen. Das ist ein ganz wesentlicher Teil dieser Kampagne.

Meine Damen und Herren! Wir sollten eines nicht vergessen. Wir hatten in der Vergangenheit bei sämtlichen Wahlkämpfen der SPD immer eines voraus; wir haben in der direkten Ansprache, d. h. in Versammlungen und Kundgebungen, immer doppelt soviel Menschen angesprochen als die SPD. Es ist sicher so, daß das Fernsehen deswegen eine außergewöhnliche Wirkung hat, weil es bestmöglichen Ersatz für den direkten Kontakt mit den politischen Repräsentanten gibt. Ich bin also nach wie vor der Meinung, daß auch bei dieser Wahlkampagne neben den traditionellen Mitteln des Wahlkampfes, wie Sichtwerbung, Plakate usw. unser Ziel sein muß, soviel Menschen wie möglich direkt anzusprechen.

Das ist das, was aus der Analyse zum Wahlkampf zu sagen ist. Ich möchte nun Herrn Kraske bitten, das kurz zu ergänzen durch einen Bericht über den konkreten Stand der technischen Wahlkampf vorbereitungen.

Wir haben dann noch eine Sache vorbereitet, über die der Bundesvorstand Beschluß fassen sollte, nämlich über den Rednereinsatz. Das kann man vielleicht am Ende des Vortrages machen.

Kraske: Ich darf Sie nun doch entgegen der Ankündigung bitten, Ihre Mappe zu nehmen. Ich möchte mit den beiden Punkten beginnen, zu denen Beschlüsse gefaßt werden müssen. Das erste knüpft an das an, was Herr Dr. Heck zum Schluß gesagt hat. Das ist die Bedeutung des Rednereinsatzes. Die Aufgabe einer wirklich durchschlagenden Kampagne wird bei diesem Wahlkampf schwieriger sein als bei jedem früheren Wahlkampf, und zwar aus drei Gründen. Der erste Grund: Die Konkurrenz des Fernsehens,

auch in der Politik, ist größer als je zuvor, weil das Fernsehen heute eine noch größere Verbreitung als 1965 hat und noch mehr Menschen glauben, daß ihnen die Politik ins Wohnzimmer komme und sie nicht in Versammlungen zu gehen brauchten. Es muß ihnen also etwas geboten werden.

Die Zahl unserer einsatzfähigen Mannschaft, die sich bei allen rhetorischen Qualitäten natürlich doch weitgehend nach Titel und Stellung richtet – es kann ein normaler Abgeordneter ein noch so großer Redner sein, in der Regel ist für eine Massenversammlung der Bundesminister, der Ministerpräsident, der Bundestagspräsident eben zugkräftiger –, hat sich wesentlich verringert durch die Änderung in der Ressortverteilung der Bundesregierung.

Der dritte Punkt: Wir haben schon im letzten Wahlkampf von Baden-Württemberg erlebt, daß man vielleicht dem Bundeskanzler noch eine Kundgebung alten Stils, d. h. eine Kundgebung ohne Diskussion, abnimmt, aber daß schon auf der Ebene der Bundesminister ein Großteil des Publikums nach der Rede des Ministers weggeht. Das muß man deswegen verstehen, weil nicht nur Dialog und Diskussion vor allem in der jungen Generation heute sehr viel größer geschrieben werden als früher, sondern auch weil diese Möglichkeit, eigene Fragen zu stellen, eines der wesentlichen Motive ist, überhaupt in Versammlungen zu gehen. Eine Rede hören und die Leute sehen, das kann man heute auch im Fernsehen. Wenn man also in die Versammlung geht, tut man es in der Erwartung für eine Diskussion; d. h. also, daß wir uns im Wahlkampf nicht wie früher bei unseren Spitzenrednern, vor allen Dingen bei unseren Ministern, darauf einstellen können, daß sie viermal an einem Abend hintereinander reden, irgendwo für eine halbe Stunde auftauchen und dann weiterfahren. Wenn Sie die beiden letzten Punkte zusammenziehen, werden Sie mir selber zugeben, ist die Konsequenz, daß wir sehr viel weniger Einsatztermine haben, aber im Grunde genommen diese Einsatztermine mindestens so dringend, wenn nicht noch dringender brauchen als früher, weil die Konkurrenz der SPD aus den entgegengesetzten Gründen natürlich viel härter ist als 1965 oder erst recht früher. Das bedeutet, daß wir an Sie und an alle übrigen Teilnehmer im zentralen Rednereinsatz noch dringender als früher appellieren müssen, sich für die entscheidende Phase des Wahlkampfs zwischen der offiziellen Wahlkampföffnung am 31. August und dem Wahltag, also für diese 20 Tage, zur Verfügung zu stellen. Ich weiß, daß das eine große Schwierigkeit für jeden von Ihnen, für jeden Bundesminister ist, aber ein wirkungsvoller zentraler Rednereinsatz ist anders nicht zu organisieren. Ich muß darauf hinweisen, daß für den eigenen Wahlkreis und für eigene Einsätze, die außerhalb der zentralen Planung liegen, immerhin praktisch die zweite Augushälfte zur Verfügung steht, wo in vielen Bereichen die Ferien beendet sind, wo jedenfalls immerhin nach den Erfahrungen früherer Wahlkämpfe durchaus Publikum zur Verfügung steht, und daß es sich hier um 20 Tage von insgesamt vier Wochen handelt, so daß also praktisch auch noch etwas übrigbleibt.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie der Beschlußvorlage in dieser Form zustimmen würden. Ich bitte insbesondere die anwesenden Landesvorsitzenden, das zu unterstützen, weil sie selber – das weiß ich aus vielen Verhandlungen über Rednerein-

satz im Wahlkampf – nachher die Leidtragenden sind, weil diese mit Recht von der Bundespartei für diese Phase eine zuverlässige Rednervermittlung erwarten.

Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, dann bitte ich Sie, sie nicht nur heute zu verabschieden als ein Stück Papier, sondern sie wirklich auch zu verfolgen, und zwar einschließlich der Frist in Punkt 4, wo bereits bis Mitte Mai Ihre Entscheidung erbeten wird, in welcher Zeit Sie uns zur Verfügung stehen. Anders ist eine zuverlässige Planung nicht möglich.

Darf ich nun vorschlagen, daß wir zunächst darüber verhandeln mit dem Ziel einer einmütigen Zustimmung und daß ich dann zu dem Wahlkampfabkommen Stellung nehme?

Stoltenberg: Wie ernst die Vorlage genommen wird, möchte ich mit einigen Anmerkungen anzeigen. Das Begehren der Vorlage ist völlig berechtigt. Es gibt aber ein paar Probleme. Wenn wir von 25 Terminen, die für den Wahlkampf vorgesehen sind, 20 ohne Auflage der Bundespartei zur Verfügung stellen sollen, dann muß man darauf hinweisen, daß drei Probleme auftauchen:

1. Das Problem des Wahlkreisabgeordneten. Dabei kann man auf die fünf anderen verweisen. 2. Das Problem, daß wir z. T. Funktionen haben; der eine ist Landesvorsitzender, der andere, wie ich, der stellvertretende Landesvorsitzende, wo der eigene Landesverband verlangen kann, daß wir dort etwas überdurchschnittlich sprechen. Wenn ich dem zustimme, gebe ich meiner Erwartung Ausdruck, daß das von der Bundespartei berücksichtigt wird. Ich muß in dieser Zeit – das gilt für die anderen Kollegen genauso – in meinem Landesverband einige Termine mehr übernehmen als in anderen Landesverbänden. Ich möchte zu Protokoll geben, daß das so zu verstehen ist und auch abgeprochen werden kann. Drittens ist noch ein gewisses Randproblem, das für einige besteht, wie für mich, nämlich die Frage, ob Termine der CSU eingeschlossen sind. Es besteht doch der Wunsch, daß die CDU-Redner im Rahmen der CSU sprechen. Herr Strauß und andere haben den dringenden Wunsch, an den einen oder anderen von uns, daß wir im Rahmen der CSU sprechen.

Mit diesen drei Anmerkungen, die ich ausdrücklich zu Protokoll gebe, bin ich also bereit, unter Zurückstellung einiger Bedenken, was die Wahlkreistermine anbetrifft, dem zuzustimmen.

Kiesinger: Ich mache mir Gedanken über das, was wir der Presse geben. Wir müssen der Presse etwas sagen. Ich würde vorschlagen, daß wir, abgesehen von einigen anderen Punkten, sagen, daß der Bundeskanzler einen Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage gegeben hat mit der Ankündigung der Entscheidungen, die der Bundeskanzler im Laufe der Legislaturperiode durch das Kabinett herbeiführen wird und daß der Bundesvorstand diesem Bericht zugestimmt hat. (*Kraske:* Eine Entscheidung im einzelnen?) Nein, dazu nichts sagen, sondern nur, damit die Öffentlichkeit weiß, der Bundeskanzler hat nicht nur eine Analyse gegeben, sondern er hat auch gesagt: das und das und so und so.

Kraske: Herr Bundeskanzler, wir müssen uns darüber klar sein, daß jedes Vorstandsmitglied einzeln angegangen und durchlöchert wird, wie soll die Entscheidung in dieser

und in jener Frage sein, so daß wir damit eine ganze Masse Spekulationen in die Presse bekommen. Das müssen wir klar sehen. (*Stoltenberg*: Kann man nicht Arbeitsprogramm statt Entscheidung sagen?)

Kiesinger: Das ist etwas anderes. Ich persönlich meine, wir benutzen die Gelegenheit, wo das gesagt wird. Das sind ja die entscheidenden Fragen. Ich hätte noch das Problem der Mitbestimmung ansprechen können, wo es ganz klar ist.

Es soll nach meiner Meinung der Öffentlichkeit gesagt werden, hier in diesem Bundesvorstand ist nicht nur eine Analyse der Situation gegeben und diskutiert worden, sondern der Bundeskanzler hat auch gesagt, so und so sieht die Sache aus. „Arbeitsprogramm“, Herr Kollege Stoltenberg, ist natürlich schwächer.

Heck: Wenn wir nur sagen, wir haben ein Arbeitsprogramm besprochen, wäre das für die Presse gleich Null. (*Starke Unruhe*.)

Kiesinger: Der Bundeskanzler hat im Bundesvorstand die Themen erörtert, die er in der kommenden Woche dem Kabinett zur Entscheidung vorlegen wird. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Herr Bundeskanzler, man müßte es in einem Falle oder auch in zwei Fällen etwas konkreter sagen. (*Anhaltende Unruhe*. – *Stoltenberg*: Finanzverfassungsreform!) Zum Beispiel die CDU ist entschlossen, die Finanzverfassungsreform zu verabschieden.

Kiesinger: Die Leute fragen doch alle, was wird mit der Verjährung, was wird mit dem Atomsperrvertrag, was wird mit dem NPD-Verbot, was wird mit der Finanzverfassungsreform. Das sind die Punkte.

Meine Damen und Herren! Nun muß ich rübergehen. Vielleicht können Sie sich die Formulierung überlegen, Herr Kraske. Es soll gesagt werden, hier im Bundesvorstand hat der Bundeskanzler erklärt, was er vorhat. Sagen Sie es in einfacher Sprache. Und dann: Der Bundesvorstand hat dem zugestimmt. – Das muß elegant formuliert werden. Bei einer abschließenden Würdigung über den Atomsperrvertrag kommen Schwierigkeiten. Deswegen möchte ich hier sagen, wir hängen das jetzt noch nicht an die große Glocke. (*Lebhafte Unruhe*.)

Kraske: Wenn wir sozusagen mit einer Neuauflage des Rütlichswures hier wirklich jetzt vereinbaren, das ist eine ausgezeichnete Lösung, dann muß ich – ohne daß ich irgend jemand zu nahe trete – dazu sagen, das wäre in der Geschichte der CDU das erste Mal, daß wir aus einem solchen Kreise wirklich alles sagen. Über den Inhalt können wir vor der Entscheidung des Kanzlers nichts sagen; denn jeder wird natürlich mächtig angegangen.

Kiesinger: Versuchen Sie einmal, eine Formel zu finden. Ich bin ja oben zu erreichen.

Schmücker: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zu Ihrer Information nur kurz mitteilen, daß der Diskontsatz von 3 auf 4 % erhöht wird. Ich schlage vor, daß wir insgesamt zustimmen. (*Anhaltende starke Unruhe*.)

Kraske: Ich bitte Sie, was die Länder und die Wahlkreise angeht, zu verstehen, daß wir einen Ausgleich schaffen müssen für die Länder, die keinen Bundesminister stellen,

wo wir aber trotzdem Stimmen gewinnen müssen. Sie werden sicher zustimmen, daß ein amtierender Bundesminister in seinem Wahlkreis auch für die Wahlkreisarbeit einen gewissen Startvorsprung hat gegenüber einem einfachen Abgeordneten, weil er bekannter ist. Dies ist eine kleine Kompensation aus Solidarität zu den anderen Abgeordneten, die in ihrer Arbeit, auch im eigenen Wahlkreis, nicht ganz soviel auf die Beine bringen.

Das Zweite ist folgendes: Die Arbeit im Wahlkreis kann nicht nur auf diese sechs Tage beschränkt werden, sondern sie muß auch in der zweiten August-Hälfte bzw. vor der Ferienzeit gemacht werden. Aus meinem täglichen Posteingang kann ich Ihnen sagen, daß wir schon jetzt von draußen laufend aufgefordert werden zur zentralen Rednervermittlung, daß wir aber in jedem einzelnen Fall – es sei denn, es geht um die Beschickung von Kongressen – absagen, weil wir erklären, bis zu dieser Wahl müssen die Bundesminister oder wer sonst im zentralen Rednereinsatz in Frage kommt, in eigener Regie ihren Verpflichtungen nachkommen, und zwar in ihrem eigenen Wahlkreis und Landesverband.

Ich könnte mir eine Modifikation vorstellen, daß man auch für den zentralen Rednereinsatz womöglich schon ein paar Termine in der zweiten August-Hälfte aufnimmt für die Bundesländer, wo die Schulferien früher sind, und dem Redner, der bereits in der zweiten August-Hälfte Termine gibt, dann im September entsprechend weniger Termine abverlangt. Vielleicht können wir uns darauf einigen.

Heck: Ich glaube, daß das ein guter Kompromißvorschlag ist; denn in der Tat, die letzten 28 Tage so vorzusehen, daß nur sechs Tage für die eigenen Bedürfnisse übrigbleiben, ist etwas wenig. Aber ich glaube, wir kommen durch, wenn wir die zweite August-Hälfte dazu nehmen und die Termine, die in der zweiten August-Hälfte angeboten sind, verrechnen. Ich glaube, mit dieser Interpretation kann ich feststellen, daß dieses Papier, wie es Ihnen vorgelegt worden ist, angenommen wurde.

Kraske: Ich darf nun zu einem zweiten konkreten Punkt, nämlich zum Wahlabkommen, kommen. Sie haben darüber einiges in der Presse gelesen, was, wie meistens, nicht alles ganz korrekt war. Es hat längst vor den Initiativen von Herrn Scheel eine Verständigung innerhalb der Koalition gegeben, daß man in ähnlicher Form wie 1965, auch unter Berücksichtigung der Lehren von 1965 wieder ein Wahlkampfabkommen abschließen sollte.⁹⁶ Man ist dabei insbesondere zwischen uns und der SPD über folgende Punkte einig gewesen:

1. Seitdem es das Parteiengesetz gibt, lohnt es sich nicht und wäre sogar gefährlich, wie 1965 ein Abkommen über Kostenbegrenzung zu machen; denn auf diesen Kosten basiert ja gerade das Parteiengesetz.
2. Es hat sich 1965 bewährt, gewisse Fristen im Wahlkampf zu vereinbaren für zentrale Werbemaßnahmen. Wir wollten das auch für die Insertion vereinbaren. Die SPD hatte

⁹⁶ Wahlkampfabkommen 1969 in ACDP 07-003-016/1. – Für die Bundestagswahl 1965 wurde im Januar 1965 ein Wahlkampfabkommen unterzeichnet, vgl. UiD Nr. 2 vom 14. Januar 1965 S. 1 f. (weitere Materialien in ACDP Dokumentation 17/04). Für die Bundestagswahl 1969 kam es am 24. April 1969 zustande, vgl. „Aktuelle Politik“ Nr. 20 vom 20. Mai 1969 (weitere Materialien in ACDP Dokumentation 17/05).

hier andere Pläne. In der Plakatierung waren wir uns einig über diese zwei Dekaden, d. h. praktisch die letzten drei Wochen des Wahlkampfes. Wir haben es jetzt auch mit unseren Landesgeschäftsführern abgesprochen und sind eigentlich an keiner Stelle auf Widerspruch gestoßen.

3. Wir sind davon abgekommen, wie 1965 ein großartiges Schiedsgericht zu installieren, weil das Schiedsgericht 1965 eine reine Farce war. Wir haben gesagt, wenn etwas schief läuft, können sich nur die Vertreter der Parteien zusammensetzen und überlegen, ob sie da irgendeinen Ausweg finden.

Dieses Abkommen ist gegenüber 1965 wesentlich verkürzt. Es enthält auch heute noch eine Reihe von Punkten, insbesondere in der deklamatorischen Fairneßklausel, wo jeder von uns ein bißchen schmunzelt. Einen Teil dieses Abkommens muß man einfach auch dadurch erklären, daß man in einem Zugzwang ist, wenn man so etwas einmal gemacht hat und die Leute fragen: Warum nicht ein zweites Mal, oder warum ein zweites Mal keine Fairneßklausel? Wollt ihr diesmal gegenüber 1965 etwa weniger fair sein? Wir haben uns mit der SPD und der FDP auf diesen Ihnen vorliegenden Text geeinigt. Die FDP hatte völlig andere Vorstellungen, die ausschließlich von den Interessen der FDP selbst diktiert waren, etwa totalen Verzicht auf Plakatierung oder der gesamte Wahlkampf in Form von Podiumsgesprächen usw. Wir haben das abgewehrt. Es war ein letzter Punkt übriggeblieben, nämlich die Empfehlung an die Wahlkreise, jeweils ein Podiumsgespräch aller Bundestagskandidaten ins Auge zu fassen. Das Präsidium hat heute morgen einstimmig beschlossen, dieser Anregung nicht zu folgen. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, dem Abkommen in der Ihnen vorliegenden Form zuzustimmen und mich zu ermächtigen, die Abschlußverhandlungen zu führen und ohne große Feierlichkeit dieses Abkommen für die CDU auch zu unterzeichnen. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Empfehlung des Plenums übernehmen und Ihrerseits zustimmen.

Heck: Widerspruch gibt es nicht. Es ist so beschlossen. Es ist zweckmäßig, wenn wir jetzt noch Gelegenheit nehmen, die Zeit, die zur Aussprache bleibt, dazu zu benutzen, um darüber zu sprechen, was sich aus der Situation, wie ich sie vorgetragen habe, für die Gestaltung des Wahlkampfes ergibt. (*Anhaltende Unruhe.*)

Scheufelen: Wir müssen den Wahlkampf gegen die SPD führen, um es den FDP-Wählern möglich zu machen, uns zu wählen, wobei wir bei der FDP das liberale Herz nicht verletzen dürfen. Meine Information geht dahin, daß damals vor der Wahl des Bundespräsidenten eine sehr starke Differenzierung unter den FDP-Abgeordneten war. Die Leute, die aus starken FDP-Gebieten kamen, waren nicht für Heinemann, während diejenigen, die aus schwachen FDP-Gebieten kamen, für Heinemann waren; d. h. unsere größten Reserven liegen in den starken FDP-Gebieten.

Wir haben auch Reserven in den hochindustrialisierten Gebieten bei der Arbeiterschaft. Das ist ein Prozeß, den wir laufend feststellen können.

Heck: Selbstverständlich kann man nicht sagen, bei der FDP ist gar nichts zu holen. Es wäre völlig töricht, hier zu übersehen, daß ein beträchtlicher Prozentsatz von FDP-Wählern unsicher geworden ist. Was wir in Niedersachsen in den letzten Tagen erlebt

haben⁹⁷, diese Konsequenzen werden beispielsweise in Baden-Württemberg nicht gezogen. Ich weiß das aus vielen Gesprächen, wie hier die Traditions-FDP-Leute gesonnen sind. Ich bin davon überzeugt, daß NPD-Wähler aus dem bäuerlichen Bereich aus den Landtagswahlen von uns zurückzuholen sind. Das gleiche gilt für den Mittelstand. Die Lage ist wesentlich besser, als sie 1967 bei den Landtagswahlen gewesen ist. Hier wird natürlich eine Rolle spielen, wie das Thema der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherungsreform behandelt wird.

Mit der SPD ist es regional sehr verschieden. Ich schätze, es wird die Bewegung auch bei der Bundestagswahl einsetzen, die wir bei den Landtagswahlen festgestellt haben. Die katholischen Arbeiter, die bisher CDU gewählt haben, wählen SPD, die evangelischen Arbeiter, die bisher SPD gewählt haben, wählen CDU. In Baden-Württemberg war das mit Händen zu greifen.

Gradl: Herr Heck hat gesagt, die Wirkung im Wahlkampf wird davon abhängen, wie wir mit den Störungen fertig werden. Es wird sehr viel auch davon abhängen, wie wir überhaupt mit dem Auftreten der radikalen Opposition in den nächsten Monaten fertig werden. Ich habe vorhin in einem privaten Gespräch gesagt, jede gelungene Provokation der APO ist eine gewonnene Wahlkampfveranstaltung für die NPD. Die Frage ist, kann man da noch mehr tun als bisher, um zu sichern, daß in diesem Sommer, wenn die Universitätsferien zu Ende sind, diese Unruhen vermieden werden. Ich möchte gerne erreichen, daß a) überhaupt, b) vor allem in den von der CDU regierten Ländern für die Öffentlichkeit deutlich wird, daß die CDU-Führung mit diesen Herausforderungen fertig wird. Man sollte unsere Leute aus den Innenministerien zusammentun, um dann zu sehen, wie man eine bessere gegenseitige Information über beabsichtigte Aktivitäten dieser radikalen Gruppen erreichen kann, um auch zu sichern, daß die sich nicht entfalten können. Das ist nach meiner Ansicht sehr wichtig.

Ich weiß nicht, wie groß die Wirkung einzuschätzen ist, die vom Fernsehen von bestimmten Fernsehkommentatoren auf die Öffentlichkeit ausgeht, wie weit diese Wirkung das aufhebt, was wir Positives zu schaffen versuchen durch unser eigenes Engagement im Ringen um die Wählerstimmen. Ich fürchte, daß die sehr starke FDP-Position im Kommentatorenkreis der Rundfunk- und Fernsehanstalten uns vieles zerstören [wird] an gutem Eindruck, den wir bei den Wahlkampf vorbereitungen durch unsere Kundgebungen, Versammlungen usw. erreichen wollen.

Ich weiß nicht, was man dagegen tun kann. Ich habe da keinen Rat. Ich will in diesem Kreis einmal offen sagen, welche ganz handfesten Informationen ich über das Management der Kommentierung vor der Bundesversammlung bekommen habe. Die Trä-

97 In der niedersächsischen FDP war es im April 1969 zu Flügelkämpfen gekommen. Eine Ursache war die Weigerung der niedersächsischen Wahlmänner, der Forderung Scheels nachzukommen, bei der Bundespräsidentenwahl geschlossen für Heinemann abzustimmen. Landesgeschäftsführer Herbert Stender kündigte fristlos und kündigte an, zusammen mit den Abgeordneten Erich Konrad und Nikolaus Dreyer zur CDU übertreten zu wollen. Vgl. „Nordsee-Zeitung“ vom 14. April 1969 „Aufstand der Altliberalen“; „Hamburger Abendblatt“ vom 14. April 1969 „FDP-Streit in Niedersachsen“.

ger der Kommentare werden täglich in einer Schaltkonferenz verabredet. Die Konferenz wird geführt von Herrn Gütt. In bezug auf die Bundesversammlung, ob nun Berlin genommen werden solle oder nicht, und was damit zusammenhängt, hat es sieben Kommentare gegeben. Diese sieben Kommentare waren negativ. Wie ist das zustande gekommen? In dieser Schaltkonferenz wird manipuliert. Es kommen diejenigen zum Zuge – und dies kann man sehr geschickt machen –, die eine bestimmte Grundrichtung in einer solchen Frage haben. In diesem Falle kamen immer diejenigen zum Zuge, die negativ waren. Dies wird so raffiniert gemacht, daß, wenn man die Kommentatoren nach Parteizugehörigkeit oder Parteinähe gruppiert, wir nicht in der Lage sind zu sagen, das sind nur SPD-Leute oder FDP-Leute; das sind auch welche, die der CDU nahestehen. Wenn sich nämlich in der Abrede herausstellt, daß jemand einen Standpunkt hat, der der Hauptrichtung entspricht und außerdem noch der CDU nahe ist, dann wird der genommen; in diesem Falle z. B. Johannes Gross. So geschieht das. Und dann wundern wir uns nachher, warum im Lande draußen so viel Verwirrung in der Beurteilung einer solchen Frage entsteht.

Wenn ich mir vorstelle, wie das im Wahlkampf manipuliert werden kann, dann habe ich Sorge und stelle mir die Frage, wie kann man das verhindern. Ich habe jetzt keine Antwort darauf. Ich möchte Sie nur bitten, dieses Problem mit zu überlegen.

Dufhues: Zu der Information von Herrn Gradl kann ich im einzelnen nicht Stellung nehmen, aber ich halte es für unwahrscheinlich, daß Herr Gütt entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse der Kommentatoren gehabt hat. Wir haben ja gerade verhindert, daß Herr Gütt stellvertretender Personalrat wurde. (*Starke Unruhe.*) Ich bin aber gerne bereit, dieser Information nachzugehen.

Ich möchte auf das eingehen, was Sie zuerst gesagt haben, weil ich da eine Verbindung sehe mit der Wirksamkeit des Fernsehens und des Rundfunks, also der Massenmedien. Es kommt nicht allein darauf an, Herr Gradl, daß wir mit den harten Methoden der APO möglichst fertig werden, es kommt entscheidend darauf an, wie diese Vorkommnisse der deutschen Öffentlichkeit im Fernsehen dargestellt werden. Hier besteht eine verhängnisvolle Neigung vieler Redakteure und Mitarbeiter der Rundfunkanstalten, selbst eine besonders aktuelle, interessante und erregende Sendung zu bringen. Ein Beispiel! Als in Bonn die Notstandsgesetze beraten wurden⁹⁸, kam der Redakteur der Anstalt X und sagte: Woher kriegen wir Stacheldraht? Hier muß Stacheldraht her, damit sinnfälliger dargestellt werden kann, unter welchem Druck sich die öffentliche Meinungsbildung vollzieht. – Ich erwähne das als ein harmloses Beispiel.

Wenn ich Mitglied der APO wäre und Einfluß hätte auf die Arbeit von Redakteuren und Mitarbeitern von Rundfunkanstalten, dann würde ich es für ein wirksames Mittel in der Arbeit dieser fragwürdigen Kreise halten, daß jeden Tag der Bundeskanzler, der in öffentlichen Kundgebungen spricht, mit Eiern und Tomaten beworfen und jeden Tag in einer völlig abwertenden Weise der deutschen Öffentlichkeit dargestellt würde. Das würde er nicht durchhalten.

⁹⁸ Vgl. Nr. 18 Anm. 62.

Ich bringe dieses Beispiel, um anzuregen, daß wir in den einzelnen Rundfunkanstalten sehr sorgfältig untersuchen, wie unter den besonderen Bedingungen im Sommer und Herbst die Berichterstattung in vernünftiger, objektiver und sachlicher Weise gewährleistet wird. Ich habe bereits vor vier Wochen den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks gebeten, Vorschläge zu machen. Ich bin gerne bereit, Ihnen, Herr Kraske und Herr Rathke, das mitzuteilen. Ich sehe in den Möglichkeiten der Berichterstattung des Fernsehens in Verbindung mit dem, was Sie mit Recht hervorgehoben haben, eine Gefahr, die wir jetzt bereits ins Auge fassen sollten, weil die völlige Abwertung in Form des Lächerlichmachens eine ganz große Gefahr für die Wirksamkeit des Wahlkampfes gerade für die Persönlichkeit des Bundeskanzlers Kiesinger ist.

Stoltenberg: Es ist ein wichtiger Punkt, daß wir diesen Terminplan nicht schon im Mai oder Juni an die Öffentlichkeit geben; denn das gäbe sonst diesen Kräften, die diese Wirkung erzielen wollen, die Möglichkeit, sich zentral auf den Bundeskanzler oder auf den einen oder anderen so einzustellen, daß es keine störungsfreie Veranstaltung mehr geben kann. Wir müssen erreichen – nicht nur von der Bundesgeschäftsstelle, sondern auch von den Landesverbänden –, daß die Termine erst dann bekanntgegeben werden, wenn es dem Interesse der unmittelbaren Vorbereitung der Versammlung dient.

Die Kommentierung beim Rundfunk und Fernsehen ist schwer durchschaubar. Mir hat neulich ein von der CDU vorgeschlagener und in die Reihen der Journalisten aufgenommener Journalist gesagt, daß er als Fernsehkommentator nur einmal oder zweimal im Jahr zugezogen werde, weil seine Auffassung eben der, die dort vorherrscht, nicht entspricht. Es wäre interessant, einmal festzustellen, in welcher Häufigkeit die einzelnen Kommentatoren zum Zuge kommen. Da gibt es offenbar ganz erhebliche Gewichtsverlagerungen.

Heck: Ich weiß von einer (*Sehr starke Unruhe.*) Programmdirektion, daß es dort drei linke Journalisten gibt. Es sind vier Parteivertreter dort, davon drei linksstehende Journalisten. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf: Was ist mit Herrn Wessel⁹⁹?*) Herr Wessel, den ich deswegen angesprochen habe, sagte mir, er habe keinerlei Einfluß darauf. (*Schwarzhaupt: Und wer hat ihm das aufoktroiyert?*) Die Programmdirektion des Bayerischen Rundfunks. Man kann bei Herrn Wessel mit Sicherheit nicht sagen, daß er mit den linken Leuten sympathisiert. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Herr Wessel hat bei der Vorbereitung, wie wir festgestellt haben, sich selber sträflich wenig um diese Sendung gekümmert. Dann machen es eben andere. Dem Herrn Wessel würde es, von langer Hand vorbereitet, nicht schlechter gelingen als dem

⁹⁹ Kurt Wessel (1908–1976), Journalist; 1958–1961 Vorsitzender des baden-württembergischen Journalistenverbands, 1961 Journalist beim „Münchner Merkur“, 1963–1973 Chefredakteur, 1960–1966 Diskussionsleiter der BR-Sendung „Unter uns gesagt“.

Herrn Appel¹⁰⁰, der sich auch selber die Journalisten für seine Runde aussucht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Es ist sicher so, wenn ich auf die Ausführungen von Gradl eingehe, daß ein größerer Teil dieser Leute in der Richtung sympathisiert, und zwar ist das für die Kommentatoren die kritische Einstellung, weil es für sie die natürliche ist. Ich halte es durchaus für möglich, daß die Sozialdemokraten ihre Leute und ihre Mitglieder kräftiger in der Hand haben als die unsrigen. Daran ist kein Zweifel.

Kohl: Wir hatten gestern Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Düsseldorf über Rundfunkfragen.¹⁰¹ Da ist genau das Thema aufgekommen, und ich muß sagen, das Thema ist beinahe so alt wie die CDU. Das Lamento wiederholt sich jedesmal. Ich kann nur sagen, ich glaube in der Regel nicht, was da umgeht. Ich weiß beispielsweise aus der Baracke der SPD hier, daß sie in ihren Sitzungen unentwegt über die hervorragende Personalarbeit der CDU in den Rundfunkhäusern usw. jammern. Dort wird also genau das Gegenteil gesagt! (*Große Heiterkeit.*)

Ich habe solche Protokolle gelesen. (*Zuruf:* Das wird sicher der Saarländische Rundfunk gewesen sein. – *Dufhues:* Die beiden Chefredakteure des Fernsehens und des Hörfunks beim Westdeutschen Rundfunk sind Mitglieder der CDU. Mehr kann man doch nicht tun. – *Anhaltende lebhaft Unruhe.*) Ich kann nur sagen, ich habe das aus einem Protokoll gesehen, wobei ich genauso gelacht habe, daß sich diese Leute furchtbar erregt haben, die auch an diesem Beispiel aus ihrer Sicht nachgewiesen haben, wie es ist. Das war der Vorgang des neuen Programmdirektors vom Südwestfunk¹⁰², wo sie einen Anspruch erhoben haben. Den haben sie abgeschmettert und haben keinen neuen Mann hineingebracht.

Ich erinnere an die Sache beim Bayerischen Rundfunk, wo jetzt als Nachfolger von Hans Heigert ein abgestempelter CSU-Mann ist.¹⁰³ Das ist doch einfach ... (*Schwarzhaup:* Hans Heigert war es aber gar nicht mehr!) Hans Heigert war und ist bis zur Stunde CSU-Mitglied. Deshalb muß man also hier einen Unterschied machen. Die CDU/CSU hat nun einmal zu dem ganzen Milieu und Metier ein mehr als distanziertes Verhältnis. Wir als die Notabeln des Bundesvorstands bedienen uns des Fernsehens und

100 Reinhard Appel (geb. 1927), Journalist; 1946–1950 Redakteur bei der „Stuttgarter Zeitung“, 1950–1971 Leiter des Bonner Büros, 1963–1973 Moderation der ZDF-Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“, 1973–1975 Intendant des Deutschlandfunk, 1976–1988 ZDF-Chefredakteur.

101 Protokoll vom 16. April 1969 nicht zu ermitteln. Vermutlich handelte es sich um die Sitzung der am 5.–7. Februar 1969 in Köln gebildeten Kommission „Presse und Rundfunk“ der Fraktionsvorsitzendenkonferenz; die Federführung dafür lag bei der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen. – Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz befaßte sich am 18.–20. Juni 1969 mit Rundfunkpolitik und -gebühren (Niederschrift in ACDP 07 Fraktionsvorsitzendenkonferenz unverzeichnet).

102 Vom 9. April 1965 bis 31. März 1969 war Günter Gaus Programmdirektor und stv. Intendant des Südwestfunks. Nachfolger wurde Dr. Hans-Joachim Lange.

103 Auf Heigert folgte Rudolf Mühlfnz (1919–2000), Journalist; 1969–1983 Chefredakteur Fernsehen, Koordinator Politik und Stellvertreter des Fernsehleiters beim Bayerischen Rundfunk.

des Rundfunks so, wie wir sie brauchen, aber die Kontakte sind z. T. sehr miserabel. Das ist der eine Punkt. (*Unruhe.*)

Der zweite Punkt! Wenn man 20 Jahre lang in der Personalpolitik Raubbau treibt und in den Aufsichtsgremien von Fernsehen und Rundfunkanstalten nach der Pfründewirtschaft die Mitglieder für die Rundfunkräte und Verwaltungsräte benennt – Leute, die sich keinen Deut um die Sache kümmern, denen es z. T. nur um die 300 oder 200 DM monatliche Aufwandsentschädigung geht –, dann ist das schlecht.

Wenn ich mir überlege – ich habe den großen Vorzug, den Freundeskreis, also praktisch die CDU/CSU-Fraktion, im Zweiten Deutschen Fernsehen zu führen –, wer da drinsitzt für die Bundesregierung auf dem CDU-Konto, so sind dort Leute dabei – ich will jetzt keinen Namen nennen –, die sieht man, wenn es gut geht, nur alle Schaltjahre einmal, und die Amtszeit dauert genau vier Jahre. (*Große Heiterkeit und Unruhe.*) Solche Beispiele gibt es also. Ich habe aber keinen Grund, jetzt hier jemand anzuschwärzen. Das sind amtierende und vor allem nicht mehr amtierende Bundesminister. (*Stoltenberg*: Amtierende können gar nicht dabei sein! – *Kraske*: Doch!) Selbstverständlich! Es sitzen noch aus dem Kontingent aus der Übergangszeit noch eine ganze Reihe von Leuten darauf.

Das ist eben der Punkt, über den sich die Journalisten mit Recht beklagen. Ich habe auch den Eindruck, daß das Bild nicht so negativ ist, wie es hier gesagt worden ist. Ich kann hier nur sprechen über die beiden Sender, die ich sehr genau beobachten kann, das eine ist der Südwestfunk, das andere ist das ZDF. Wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich mich bitter beschweren über die Verhältnisse, die dort herrschen.

Vor einigen Tagen war der Frauenkongreß in Ludwigshafen.¹⁰⁴ Dort hat das Studio des Südwestfunks vier Tage lang, jedesmal 20 Minuten, bis es den Leuten zum Halse heraushängen mußte, diese Geschichte gemacht. Allerdings hat der Südwestfunk dann im Radio eine Sendung gebracht mit einem Redakteur, dem es nicht gefallen hat, daß wir die Kommunisten aus dem Saal hinausgeprügelt haben. Nun, das ist das Risiko, daß unter Umständen auch eine andere Meinung vertreten wird. Das ist doch genauso wie bei diesem Rednereinsatz, jeder unterschreibt, aber keiner hält sich daran. Wir müssen versuchen, bei den Verwaltungsgremien der Sender z. T. zu einer Personalveränderung zu kommen. Da wird ja praktisch über die Haushaltsstellen entschieden; über die Beförderungsstellen, die genehmigt werden, wird die Politik gemacht.

Nun kann man nicht pauschal sagen, daß dort alle Leute links stehen. Wir haben Sendungen im ersten und im zweiten Programm in den letzten Wochen gehabt, die ganz hervorragend für uns gewesen sind. Wenn Sie beispielsweise die Sendungen „Porträts der Parteiführer“¹⁰⁵ der Reihe nach gesehen haben, dann können Sie doch nicht sagen, daß die CDU dabei schlecht angekommen ist. Das war mit sehr viel Liebe gemacht; manchmal zwar nicht mit sehr viel Liebe zur Historie. Aber das andere läßt sich doch

104 Vgl. Anm. 10.

105 Reihe des ZDF. – Am 28. März 1969 wurde Kiesinger vorgestellt von Peter Küstermann (Abschrift BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4 Deutsche Gruppe).

nicht leugnen. Es sind also eine Reihe von Leuten dabei, die wirklich guten Willens sind.

Es läßt sich auch nicht leugnen, daß es in unserer Gesellschaft und in der CDU Tatbestände gibt, die der Kritik wert sind. Und wenn sich nun die Journalisten darauf stürzen, so kann man in Gottes Namen auch nichts machen. Wir müssen endlich Abschied nehmen von dem Gedanken: Wenn einer CDU-Mann ist, hat er seinen Verstand aufgegeben. (*Lebhafte Unruhe.*) Das ist eine Vorstellung, die paßt nicht in die Welt.

Heck: Ich meine, diese Darstellung ist ungefähr so einseitig wie die andere. (*Kohl:* Das habe ich auch bewußt so gemacht. – *Unruhe.*)

Gradl: Ich muß sagen, meine Darstellung war nicht einseitig! Ich habe nicht gesagt, daß alles links ist. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich habe eine ganz bestimmte Gruppe genannt, nämlich die Kommentatoren. Und da ist in der Tat eine Schaltstelle, nämlich beim Fernsehen. Und darauf muß man achthaben!

Sie haben völlig recht, die Besetzung der Gremien geschieht nach Gesichtspunkten, die der Sache ungemein schaden.

Heck: Ich wollte zu dem Thema „radikale Gruppen“ noch etwas sagen. Ich will die DKP ausklammern. (*Starke Unruhe.*) Man soll sich nicht täuschen. Die eigentliche Ursache ist nicht die Enge an den Universitäten und ihr Charakter des 19. Jahrhunderts. Das sind zwei Tatbestände, die zwar die Solidarisierung einer großen Zahl von Studenten ermöglichen, aber die eigentlichen Gründe liegen hier ganz woanders. Die werden wir auch auf die Wahl hin nicht beseitigen können. Das wird uns vermutlich die nächsten Jahre, vielleicht noch ein ganzes Jahrzehnt begleiten.

Es geht darum, daß die radikalen Gruppen an sich eine ganz clevere Methodik eines gewaltlosen Prozesses im Übergang zum gewalttätigen Prozeß entwickelt haben, die sehr schwer faßbar ist. Deswegen muß man alles tun, um auf der einen Seite zu ermöglichen, Gesetzesbrecher zu fassen, aber auf der anderen Seite gleichzeitig zu verhindern und aus dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Solidarisierung zu ermöglichen. Wenn die Möglichkeit zur Solidarisierung genommen ist, dann ist die Bekämpfung dieser kleinen Gruppe verhältnismäßig einfach. Das ist natürlich verhältnismäßig leicht formuliert, aber sehr schwer getan.

Ich wollte nur mit Nachdruck davor warnen, hier anzunehmen, die Protestbewegungen an den Universitäten seien zu Ende. Das hat ganz andere Ursachen. (*Unruhe.*)

Scheufelen: Bei der Frankfurter Buchmesse¹⁰⁶ war es so, daß eine APO-Gruppe den Fernsehredakteuren mitgeteilt hat, jetzt machen wir Krach. In dem Moment, wo das Fernsehen gesagt hat, das ist interessant, ging der Krach los. Und wenn das Fernsehen dann abgedreht hat, war der Krach vorbei. (*Starke Unruhe.*) Man hatte zuweilen den Eindruck, die ganze Buchmesse habe nur aus Krach bestanden.

So war es auch genau bei unserer Landtagswahl. Die letzten zehn Tage vor den Landtagswahlen hatte man den Eindruck, Deutschland besteht nur noch aus randalie-

106 Die Buchmesse fand vom 18.–24. September 1968 statt. – Zu den Turbulenzen im Verlauf der Buchmesse vgl. Ute SCHNEIDER: Literarische und Politische Gegenöffentlichkeit, in: Stephan FÜSSEL (Hg.): 50 Jahre Frankfurter Buchmesse 1949–1999. Frankfurt/Main 1999 S. 89–114.

renden Studenten. So schön also diese Dinge für die Journalisten sind, so stellen sie doch in ihrer Wertung nicht eine objektive Berichterstattung dar. Sie werden in der Menge, in der sie gebracht werden, weit überbewertet. (*Unruhe.*)

WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG. VERSCHIEDENES

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf vorschlagen, daß wir jetzt zum Schluß kommen. Wir haben noch die Ziffer 4: Wirtschaftsvereinigung zu behandeln. Aber hier ist die Arbeit der Kommission noch nicht abgeschlossen, so daß es keinen Sinn hat, hier einen Zwischenbericht zu erstatten und dann zu diskutieren.

Zum Punkt Verschiedenes liegt von uns aus nichts vor. Wenn von Ihnen aus nichts vorliegt – das ist wohl der Fall –, dann können wir die Sitzung schließen. Ich danke Ihnen.